



Verteilung der Bedarfe älterer Leistungsberechtigter der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Bericht

für das
**Forschungsnetzwerk Alterssicherung
der Deutschen Rentenversicherung Bund,**
Berlin,

von
Dr. Bruno Kaltenborn

Potsdam, den 31. Mai 2014

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	6
1 Einleitung	9
2 Institutionelle Rahmenbedingungen	11
2.1 Solidarische Lebensleistungsrente	11
2.2 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.....	12
3 Methodische Hinweise zur Grundsicherungsstatistik	16
4 Bedarfe älterer Empfänger/innen von Grundsicherung	19
4.1 Ergebnisse auf Bundesebene	19
4.2 Regional differenzierte Ergebnisse.....	23
5 Regionale Streuung der Wohnkosten im Vergleich mit anderen Sozialleistungssystemen	37
6 Aufwertung von Entgeltpunkten und Grundsicherungsbezug	49
7 Fazit	52
Literatur	53
Anhang	55

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Aktueller Rentenwert, Beitragssätze der Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner/innen sowie monatliches Mindestniveau der solidarischen Lebensleistungsrente.....	12
Tabelle 2:	Ausgewählte monatliche Regelsätze der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.....	14
Tabelle 3:	Mietenstufen des Wohngelds.....	38
Tabelle 4:	Ausgewählte konzeptionelle Merkmale der für die laufenden Wohnkosten der verwendeten Statistiken.....	40
Tabelle 5:	Durchschnittliche Bruttobedarfe der Grundsicherung nach dem SGB XII und durchschnittliche Wohnkosten von Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II im Regionalvergleich	59

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Durchschnittsbeträge der einzelnen Bedarfskomponenten bei der Grundsicherung Ende 2012	20
Abbildung 2: Zahl älterer Empfänger/innen der Grundsicherung Ende 2012	20
Abbildung 3: Durchschnittsbeträge für die einzelnen Bedarfskomponenten bezogen auf alle älteren Empfänger/innen von Grundsicherung Ende 2012.....	21
Abbildung 4: Verteilung der laufenden monatlichen Bruttobedarfe der Grundsicherung Ende 2012	22
Abbildung 5: Verteilung der laufenden monatlichen Wohnbedarfe der Grundsicherung Ende 2012	23
Abbildung 6: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe nach Region und Trägertyp Ende 2012	24
Abbildung 7: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe nach Bundesländern Ende 2012	25
Abbildung 8: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe der zehn größten örtlichen Träger Ende 2012	26
Abbildung 9: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe bei der Grundsicherung nach örtlichem Träger Ende 2012.....	27
Abbildung 10: Durchschnittliche laufende Wohnbedarfe bei der Grundsicherung nach örtlichem Träger Ende 2012.....	29
Abbildung 11: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe ausgewählter örtlicher Träger Ende 2012	30
Abbildung 12: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe ohne Wohnbedarfe bei der Grundsicherung nach örtlichem Träger Ende 2012.....	31
Abbildung 13: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe sowie laufende Wohnbedarfe bei der Grundsicherung der Berliner Bezirke Ende 2012	32
Abbildung 14: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe ohne Wohnbedarfe bei der Grundsicherung der Berliner Bezirke Ende 2012.....	33

Abbildung 15: Verteilung der laufenden Bruttobedarfe der Grundsicherung Ende 2012	34
Abbildung 16: Verteilung der laufenden Wohnbedarfe der Grundsicherung Ende 2012	35
Abbildung 17: Verteilung der laufenden Bruttobedarfe ohne Wohnbedarfe der Grundsicherung Ende 2012	36
Abbildung 18: Laufende Wohnbedarfe nach dem SGB II (Alleinstehende) und dem SGB XII im Regionalvergleich	43
Abbildung 19: Laufende Wohnbedarfe nach dem SGB II (Paare ohne minderjährige Kinder) je Person und dem SGB XII im Regionalvergleich	44
Abbildung 20: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter (SGB II-Bedarfsgemeinschaften) und laufende Wohnbedarfe (SGB XII) im Regionalvergleich	45
Abbildung 21: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter (Wohngeld-Mietenstufen) und laufende Wohnbedarfe (SGB XII) im Regionalvergleich	47
Abbildung 22: Laufende Wohnbedarfe nach dem SGB II (Alleinstehende) im Regionalvergleich	55
Abbildung 23: Laufende Wohnbedarfe je Person nach dem SGB II (Paare ohne minderjährige Kinder) im Regionalvergleich	56
Abbildung 24: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter von SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Regionalvergleich	57
Abbildung 25: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter (Wohngeld-Mietenstufen) im Regionalvergleich	58

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
AGS	Amtlicher Gemeindeschlüssel
AGSG	Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (Bayern)
AVSG	Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (Bayern)
BB	Brandenburg
BE	Berlin
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
ChWi	Charlottenburg-Wilmersdorf (Berliner Bezirk)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
DE	Deutschland
FrKr	Friedrichshain-Kreuzberg (Berliner Bezirk)
HB	Land Bremen
HE	Hessen
HH	Hamburg
i.V.m.	in Verbindung mit
krfr. St.	kreisfreie Stadt
Krs.	Kreis
Lich	Lichtenberg (Berliner Bezirk)
Lkrs.	Landkreis
MaHe	Marzahn-Hellersdorf (Berliner Bezirk)
Mitt	Mitte (Berliner Bezirk)
MV	Mecklenburg-Vorpommern

ND	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
Neuk	Neukölln (Berliner Bezirk)
Pank	Pankow (Berliner Bezirk)
qm	Quadratmeter
Rein	Reinickendorf (Berliner Bezirk)
RP	Rheinland-Pfalz
SächsAGSGB	Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB IV	Sozialgesetzbuch Viertes Buch - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch - Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Sozialgesetzbuch Sechstes Buch - Gesetzliche Rentenversicherung
SGB XI	Sozialgesetzbuch Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch - Sozialhilfe
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
Span	Spandau (Berliner Bezirk)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ST	Sachsen-Anhalt
StZe	Steglitz-Zehlendorf (Berliner Bezirk)
TH	Thüringen
TrKö	Treptow-Köpenick (Berliner Bezirk)
TSch	Tempelhof-Schöneberg (Berliner Bezirk)

WoG	Wohngeld
WoGG	Wohngeldgesetz
WoGV	Wohngeldverordnung

1 Einleitung

Seit einigen Jahren gibt es von unterschiedlichen politischen Akteuren Überlegungen für eine Aufstockung von Renten langjährig Versicherter mit geringen Rentenanwartschaften. Damit soll erreicht werden, dass langjährig versicherte Geringverdiener/innen im Alter nicht auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen sind bzw. ein Alterseinkommen oberhalb von deren Niveau erhalten. Teilweise wird dies damit begründet, dass sich auch für Geringverdiener/innen eine private Zusatzversorgung lohnen soll. Da eine entsprechende Reform nicht verabschiedet wurde, haben alle im 18. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien im Wahlkampf zur Bundestagswahl am 22. September 2013 entsprechende Forderungen in ihr Wahlprogramm aufgenommen.¹ Die große Koalition plant nun - voraussichtlich bis 2017 - eine solidarische Lebensleistungsrente einzuführen, die den vor genannten Ideen folgt (vgl. Kapitel 2).

Anders als die Rente der gesetzlichen Rentenversicherung ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine individuelle bedürftigkeitsgeprüfte Leistung, die vom individuellen Bruttobedarf und dem anrechenbaren Einkommen und Vermögen abhängt. Damit folgen Rente und Grundsicherung zwei sehr unterschiedlichen Konzepten. Während die Rente maßgeblich durch die historische Erwerbsbiographie und das Alter bei Rentenzugang bestimmt wird, sind die Leistungen der Grundsicherung (nahezu) ausschließlich von den aktuellen Verhältnissen abhängig.² Aufgrund dieser Unterschiede ist nicht gewährleistet, dass langjährig Versicherte eine Altersrente mindestens in Höhe ihres Grundsicherungsbedarfs erhalten.

Offen ist, inwieweit eine solidarische Lebensleistungsrente abhelfen würde. Dies hängt vor allem vom durchschnittlichen Niveau und der Verteilung der Bedarfe der Grundsicherung ab. Daher werden vorliegend diese Bedarfe näher betrachtet. Da die regionale Streuung maßgeblich von den anerkannten laufenden Aufwendungen für Unterkunft und Heizung determiniert wird, wird besonders hierauf eingegangen. Die Untersuchung basiert auf der Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012. Entsprechende Daten wurden freundlicherweise vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder zur Verfügung gestellt. Zudem werden zur regionalen Streuung von Wohnkosten vergleichend die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Statistik der Bundesagentur für Arbeit) und die Wohngeldstatistik (Statistisches Bundesamt) herangezogen. Für die Erstellung thematischer Karten wurden Geobasisdaten zu administrativen Grenzen (Bundesamt für Kartographie und Geodäsie) verwendet.

Im folgenden Kapitel 2 wird zunächst auf das Vorhaben einer solidarischen Lebensleistungsrente der großen Koalition und die bestehende Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingegangen. In Kapitel 3 enthält einige methodische Hinweise zur Grundsicherungsstatistik. Das zentrale Kapitel 4 enthält die Ergebnisse Niveau und Verteilung der Bruttobe-

¹ Einen Überblick über die Diskussion bis zu diesem Zeitpunkt geben DÜNN und STOSBERG [2013].

² Grundsicherung ist ausgeschlossen, wenn in den letzten zehn Jahren die Bedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde (§ 41 Abs. 4 SGB XII).

darfe bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. In Kapitel 5 wird die regionale Streuung der Wohnkosten mit anderen Sozialleistungssystemen (Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und Wohngeld) verglichen. In Kapitel 6 wird auf den Zusammenhang von solidarischer Lebensleistungsrente und Grundsicherungsbezug eingegangen. Kapitel 7 schließlich enthält ein kurzes Fazit. Der Anhang enthält ergänzende thematische Karten und eine tabellarische Übersicht zu durchschnittlichen Bedarfen und Wohnkosten im Regionalvergleich.

2 Institutionelle Rahmenbedingungen

Im Folgenden wird zunächst die solidarische Lebensleistungsrente, die die große Koalition voraussichtlich bis 2017 einführen will, skizziert (Abschnitt 2.1). Anschließend wird auf wesentliche Aspekte der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die hier als Referenzmaßstab für die solidarische Lebensleistungsrente dient, eingegangen (Abschnitt 2.2).

2.1 Solidarische Lebensleistungsrente

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen den drei Parteien CDU, CSU und SPD [2013, S. 52] für die 18. Legislaturperiode sieht die Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente vor, voraussichtlich bis zum Jahr 2017.

Zielgruppe sind bestimmte langjährig Versicherte, deren „Alterseinkommen“ weniger als 30 Entgeltpunkte erreicht (Einkommensprüfung).³ Als langjährig Versicherte sollen jene gelten, die mindestens 40 Jahre bzw. - aufgrund einer geplanten Übergangsregelung bis 2023 - 35 Jahre Beiträge gezahlt haben. Dabei sollen jeweils maximal fünf Jahre Arbeitslosigkeit als Beitragszeiten berücksichtigt werden. Ab 2024 soll zudem zusätzliche Altersvorsorge Zugangsvoraussetzung sein.

Mit der solidarischen Lebensleistungsrente soll eine Aufwertung der erreichten Entgeltpunkte erfolgen. Jene, die trotz dieser Aufwertung nicht auf eine Rente von 30 Entgeltpunkten kommen und zudem bedürftig sind (Bedürftigkeitsprüfung), sollen einen weiteren Zuschlag bis zu einer Gesamtsumme von 30 Entgeltpunkten erreichen.

Die Finanzierung soll aus Steuermitteln erfolgen.

Tabelle 1 zeigt die Berechnungsgrundlagen und das resultierende Mindestniveau der solidarischen Lebensleistungsrente für Beitragszeiten in West- bzw. Ostdeutschland zu unterschiedlichen Zeitpunkten bzw. für unterschiedliche Zeiträume. Für Beitragszeiten in Westdeutschland ergäbe sich aus 30 Entgeltpunkten im ersten Halbjahr 2015 ein Niveau von 858,30 EUR monatlich (brutto), nach Abzug des Eigenanteils zur Krankenversicherung der Rentner/innen und der Pflegeversicherung der Rentner/innen verblieben 765,60 EUR monatlich (netto). Für Beitragszeiten in Ostdeutschland sind die Beträge mit 791,70 EUR monatlich und 706,20 EUR jeweils etwas geringer. Perspektivisch ist bis 2020 eine Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland geplant (CDU, CSU und SPD [2013, S. 53]).

³ Unklar bleibt hier, welches Einkommen genau mit „Alterseinkommen“ gemeint ist.

Tabelle 1: Aktueller Rentenwert, Beitragssätze der Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner/innen sowie monatliches Mindestniveau der solidarischen Lebensleistungsrente

Zeitpunkt bzw. -raum	Aktueller Rentenwert	Mindestniveau (brutto)	KVdR ^a	PVdR ^b	Mindestniveau (netto)
Beitragszeiten in Westdeutschland					
31.12.2012	28,07 EUR	842,10 EUR	8,2%	2,2%	754,52 EUR
01.07.-31.12.2014	28,61 EUR	858,30 EUR	8,2%	2,3%	768,18 EUR
01.01.-30.06.2015	28,61 EUR	858,30 EUR	8,2%	2,6% ^c	765,60 EUR
01.07.2017-30.06.2018	31,34 EUR ^d	940,20 EUR	8,2%	2,8% ^e	836,78 EUR
Beitragszeiten in Ostdeutschland					
31.12.2012	24,92 EUR	747,60 EUR	8,2%	2,2%	669,85 EUR
01.07.-31.12.2014	26,39 EUR	791,70 EUR	8,2%	2,3%	708,57 EUR
01.01.-30.06.2015	26,39 EUR	791,70 EUR	8,2%	2,6% ^c	706,20 EUR
01.07.2017-30.06.2018	28,79 EUR ^d	863,70 EUR	8,2%	2,8% ^e	768,69 EUR
^a Krankenversicherung der Rentner/innen: nur Eigenanteil der Rentner/innen; ohne Zusatzbeitrag nach § 242 SGB V (ohne Berücksichtigung etwaiger künftiger Änderungen). ^b Pflegeversicherung der Rentner/innen: einschließlich um 0,25 Prozentpunkte erhöhter Beitrag für Kinderlose ab 23 Jahren (§ 55 Abs. 3 SGB XI). ^c Planung lt. Koalitionsvertrag ab 1. Januar 2015. ^d Prognose lt. Rentenversicherungsbericht 2013 der Bundesregierung (ohne Berücksichtigung künftiger Rentenreformen). ^e Planung lt. Koalitionsvertrag für einen nicht terminierten zweiten Schritt der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs in der 18. Legislaturperiode.					

Anmerkung: Im Koalitionsvertrag (CDU, CSU und SPD [2013, S. 53]) ist eine Angleichung der bislang unterschiedlichen aktuellen Rentenwerte für west- und ostdeutsche Beitragszeiten bis spätestens 2020 vorgesehen. Damit wären die dargestellten Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland hinfällig.

Quelle: § 1 RWBestV 2012, Bundesrat [2014], § 241, § 247, § 249a SGB V, § 55, § 59 Abs. 1 S. 1 SGB XI, Deutscher Bundestag [2013, S. 45], CDU, CSU und SPD [2013, S. 52, 61].

2.2 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Auswertungen zu den tatsächlichen Bedarfen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung basieren auf der Empfängerstatistik zum 31. Dezember 2012 (vgl. Kapitel 3 und 4). Daher wird hier vorrangig auf die seinerzeit maßgeblichen institutionellen Regelungen eingegangen.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde Anfang 2003 eingeführt.⁴ Anfangs war sie in einem eigenen Leistungsgesetz, dem Grundsicherungsgesetz (GSiG), verankert, Anfang 2005 wurde sie mit der Sozialhilfe im neuen SGB XII zusammengeführt (§§ 41-46b SGB XII) und ist seither eine Sozialhilfeleistung.

Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach §§ 41-46b SGB XII haben Ältere und dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, die bedürftig sind (§ 41 Abs. 1 SGB XII). Die Altersgrenze entspricht der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (§ 235 Abs. 2 SGB VI), also bis zum Jahr 2011 liegt sie bei 65 Jahren, im Jahr 2012 bei 65 Jahren und einem Monat, anschließend steigt sie sukzessive bis zum Jahr 2031 bis auf 67 Jahre (§ 41 Abs. 2 SGB XII).

Die Grundsicherung ist eine individuelle bedürftigkeitsgeprüfte Leistung, die vom individuellen Bruttobedarf (§ 42 SGB XII) und dem anrechenbaren Einkommen und Vermögen der bzw. des Leistungsberechtigten und der Partnerin bzw. des Partners abhängt (§ 43 Abs. 1 SGB XII). Anders als bei der Sozialhilfe ansonsten werden Unterhaltsansprüche gegenüber Eltern und Kindern in der Regel⁵ nicht berücksichtigt (§ 43 Abs. 2 SGB XII).

Vorliegend ist vor allem der Bruttobedarf von Älteren von Interesse. Er setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen (§ 42 SGB XII):⁶

- Regelbedarf als bundeseinheitlicher Regelsatz (vgl. Tabelle 2), bis Ende 2012 mit der Möglichkeit regionaler Abweichungen (vgl. unten) (§ 42 Nr. 1 a.F. i.V.m. Anlage zu § 28 und § 29 Abs. 2-5 SGB XII),
- Mehrbedarf in Höhe von in der Regel 17% des maßgeblichen Regelsatzes für Leistungsberechtigte mit einem Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen G, deren Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr also erheblich beeinträchtigt ist (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 30 Abs. 1 SGB XII),
- Mehrbedarf in Höhe von 35% des maßgeblichen Regelsatzes für behinderte Menschen, die Eingliederungshilfe erhalten (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 30 Abs. 4 SGB XII),
- Mehrbedarf in individueller Höhe für Kranke und Behinderte sowie hiervon Bedrohte und Genesende, die einer kostenaufwendigen Ernährung bedürfen (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 30 Abs. 5 SGB XII),
- Mehrbedarf in Höhe von 2,3% des maßgeblichen Regelsatzes bei dezentraler Warmwasserversorgung (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 30 Abs. 7 SGB XII),
- einmaligen Bedarfen zur Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, zur Erstausrüstung für Bekleidung und Erstausrüstungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 31 SGB XII),

⁴ Zur Evaluierung ihrer Einführung vgl. STEINWEDE u.a. [2008].

⁵ Sofern deren Einkünfte im Sinne des Einkommensteuerrechts 100.000 EUR jährlich nicht übersteigen (§ 43 Abs. 3 SGB XII i.V.m. § 16 SGB IV).

⁶ Nicht berücksichtigt ist hier der Mehrbedarf für werdende Mütter (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 30 Abs. 2 SGB XII).

- bei Personen, die nach der Auffangregelung nach § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind:⁷ Beiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung einschließlich des Zusatzbeitrags nach § 242 SGB V (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 32 Abs. 1, Abs. 3-4 SGB XII),
- bei Personen, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder privat krankenversichert sind: Beiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung einschließlich des Zusatzbeitrags nach § 242 SGB V grundsätzlich als Kann-Leistung (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 32 Abs. 2-5 SGB XII),
- Beiträgen für die Altersvorsorge als Kann-Leistung (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 33 SGB XII),
- Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 42 Nr. 3 i.V.m. § 34 Abs. 1-6, §§ 34a-34b SGB XII),
- anerkannte laufende Aufwendungen für Unterkunft, Heizung und zentrale Warmwasserversorgung als Pflichtleistung, Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzugskosten als Kann-Leistung (§ 42 Nr. 4 i.V.m. § 35 SGB XII),
- Mietschulden als Kann- oder Soll-Leistung (ggf. als Darlehen) (§ 42 Nr. 4 i.V.m. § 36 SGB XII),
- ergänzende Darlehen für vom Regelbedarf umfassten, unabweisbaren Bedarf, der auf keine andere Weise gedeckt werden kann, als Soll-Leistung (§ 42 Nr. 5 i.V.m. § 37 Abs. 1 SGB XII).

Tabelle 2: Ausgewählte monatliche Regelsätze der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Jahr	Alleinstehende(r)	Erwachsene(r) mit Partner/in im Haushalt
2012 ^a	374 EUR	337 EUR
2014	391 EUR	353 EUR
^a Vom Bund festgelegte Regelsätze; Möglichkeit regional abweichender Regelsätze.		

Quelle: Anlage zu § 28 SGB XII.

Anstelle der drei pauschalierten Mehrbedarfzuschläge ist im Einzelfall jeweils der individuelle Bedarf anzusetzen, wenn dieser abweicht (§ 42 Nr. 2 i.V.m. § 30 Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 7 SGB XII). Für die Regelsätze soll dies nach Auffassung der Bundesregierung (Deutscher Bundestag [2012a, S. 15]) auch bereits vor der Einfügung eines expliziten Verweises in § 42 Nr. 1 SGB XII auf § 27a Abs. 4 S. 1 SGB XII zum 1. Januar 2013 gegolten haben.

Die Bundesländer haben für die Sozialhilfe die Möglichkeit (§ 29 Abs. 2-5 SGB XII),

⁷ In anderen Fällen einer Pflichtversicherung werden die entsprechenden Beiträge grundsätzlich vom anrechenbaren Einkommen abgezogen.

- auf Basis einer näher definierten landesspezifischen Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe abweichende Regelsätze festzulegen und / oder
- die Träger der Sozialhilfe zu ermächtigen, - gegenüber den bundesweiten bzw. den vorstehenden landesweiten - höhere regionale Regelsätze festzusetzen.

Bis Ende 2012 galten diese abweichenden Regelsätze nicht nur für die Hilfe zum Lebensunterhalt, sondern auch für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§ 42 Nr. 1 a.F. i.V.m. Anlage zu § 28 und § 29 Abs. 2-5 SGB XII). Soweit bekannt hatte Ende 2012 lediglich das Land Bayern eine der skizzierten Ermächtigungen genutzt; es hat den örtlichen Trägern der Sozialhilfe die Festsetzung höherer Regelsätze als die vom Bund festgesetzten Regelsätze erlaubt (§ 98 AVSG). Soweit bekannt gab es lediglich in der Landeshauptstadt und dem Landkreis München höhere Regelsätze von 401 EUR bzw. 393 EUR monatlich für Alleinstehende.⁸ Analog galt dies auch für die in der Landeshauptstadt und bzw. dem Landkreis München wohnenden Leistungsberechtigten im Zuständigkeitsbereich des Bezirks Oberbayern als überörtlichem Träger⁹. Inzwischen zahlt stattdessen zumindest die Landeshauptstadt München einen analogen Aufstockungsbetrag jenseits der Grundsicherung (vgl. auch § 43 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 98 Abs. 2 S. 2 AVSG).¹⁰

Laufende Aufwendungen für Unterkunft, Heizung und zentrale Warmwasserversorgung außerhalb von Einrichtungen werden in der tatsächlichen Höhe anerkannt, sofern sie angemessen sind oder eine Senkung der Unterkunftskosten nicht möglich oder nicht zumutbar ist (§ 35 SGB XII). Durch Landesgesetz können die kreisfreien Städte und Kreise ermächtigt oder verpflichtet werden, eine Satzung zu erlassen, in denen die anzuerkennenden Aufwendungen festgelegt werden (§ 35a SGB XII i.V.m. §§ 22a-22c SGB II). Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung muss den Satzungen insbesondere ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung einer abstrakt angemessenen Quadratmetermiete zugrunde liegen (KRAUB [2013], Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge [2014]). Bei Leistungen in einer stationären Einrichtung sind als Kosten für Unterkunft und Heizung Beträge in Höhe der durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes anzuerkennen (§ 42 Nr. 4 SGB XII).

Im Jahr 2012 trug der Bund 45% der Nettoausgaben (§ 46a Abs. 1 SGB XII a.F.), 2013 waren es 75% und ab dem Jahr 2014 sind es 100% (§ 46a Abs. 1 SGB XII).

⁸ <http://sz.de/1.1425562>; vgl. auch Deutscher Bundestag [2012b, S. 9].

⁹ Vgl. <http://www.bezirk-oberbayern.de/showobject.phtml?object=tx|360.756.1|&ModID=7&FID=379.4198.1&NavID=360.79&La=1>

¹⁰ Vgl. <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Sozialamt/regelsaetze.html>.

3 Methodische Hinweise zur Grundsicherungsstatistik

Für die Auswertung von Bruttobedarfen wurde auf die Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückgegriffen (§ 121 Nr. 1 lit. b i.V.m. § 122 Abs. 2 SGB XII). Sie enthält jeweils zum Jahresende für den gesamten Bestand an Leistungsberechtigten u.a. Angaben zu Alter, Wohngemeinde und ggf. Gemeindeteil, Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen und Bruttobedarfen (§ 122 Abs. 2, § 124 Abs. 1 SGB XII). Der letztverfügbare Stand ist der 31. Dezember 2012; dieser wurde vorliegend verwendet.

Vor dem Hintergrund der von der großen Koalition geplanten solidarischen Lebensleistungsrente (vgl. Kapitel 2) liegt eine Begrenzung des in die Auswertung einzubeziehenden Personenkreises in zweifacher Hinsicht nahe:

- Im Hinblick darauf, dass die von den Parteien vorgeschlagenen Mindestaltersrenten ausschließlich für „Ältere“ in Betracht kommen, liegt es nahe, ausschließlich „ältere“ Empfänger/innen von Grundsicherung in die Betrachtung einzubeziehen. Dabei bleibt allerdings noch über die Altersgrenze zu entscheiden. Insgesamt liegt aus folgenden Gründen eine Altersgrenze von 65 Jahren nahe:
 - Bis Ende 2011 betrug die Regelaltersgrenze nach § 235 Abs. 2 SGB VI für Altersrenten 65 Jahre. Seither wird sie sukzessive, zunächst um einen Monat jährlich bis auf 67 Jahre angehoben. Allerdings weicht das tatsächliche Renteneintrittsalter vielfach von der Regelaltersgrenze sowohl nach oben als auch nach unten ab. Dies wird auch für künftige Empfänger/innen einer solidarischen Lebensleistungsrente gelten. Um dieser Heterogenität gerecht zu werden, läge es eigentlich nahe, eine Altersgrenze von unter 65 Jahren zu wählen.
 - Nach dem Erreichen der vorgenannten Regelaltersgrenze besteht bei Bedürftigkeit - unabhängig von einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung - Anspruch auf Grundsicherung (§ 41 Abs. 2 SGB XII). Mithin sind die jüngeren Empfänger/innen der Grundsicherung ausschließlich solche mit einer Erwerbsminderung. Diese Gruppe dürfte sich systematisch von jenen ohne Erwerbsminderung unterscheiden. Da die Mindestaltersrente keine Erwerbsminderung voraussetzt, erscheint die Berücksichtigung von ausschließlich voll Erwerbsgeminderten vor Erreichen der Regelaltersgrenze problematisch.
 - Die vorstehenden Ausführungen sprächen bei der Auswertung zum Stichtag 31. Dezember 2012 eigentlich für eine Altersgrenze von 65 Jahren und einem Monat (Regelaltersgrenze im Jahr 2012). Von den statistischen Ämtern wird für die Empfängerstatistik zum Stichtag 31. Dezember 2012 bislang jedoch noch die Altersgrenze von 65 Jahren zugrunde gelegt.¹¹ Daher wurde vorliegend diese Altersgrenze verwendet.

¹¹ Das Statistische Bundesamt plant in der noch ausstehenden Veröffentlichung der Ergebnisse für 2012 eine Altersgrenze von 65 Jahren und einem Monat zu verwenden.

- Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist für Personen außerhalb von Einrichtungen grundsätzlich bedarfsdeckend konzipiert, nicht jedoch für Personen in Einrichtungen.¹² Daher liegt es nahe, nur Empfänger/innen von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen zu berücksichtigen.

Bundesweite Daten zur Schichtung Bruttobedarfe der Empfänger/innen von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren hat das Statistische Bundesamt zur Verfügung gestellt, wobei die Schichtung vorgegeben war. Zur Ermittlung der regionalen Streuung, insbesondere aufgrund regional unterschiedlicher Mietniveaus, war eine Sonderauswertung der Empfängerstatistik durch die statistischen Ämter der Länder erforderlich. Sie haben auf Ebene der 402 kreisfreien Städte und Kreise sowie für die zwölf Berliner Verwaltungsbezirke und ergänzend auch auf Ebene der 16 Länder folgende Angaben für die Empfänger/innen von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 zur Verfügung gestellt:

- Zahl der Empfänger/innen,
- durchschnittliche anerkannte Aufwendungen für Unterkunft, Heizung und zentrale Warmwasserbereitung nach § 35 SGB XII (ohne Übernahme von Mietschulden nach § 42 Nr. 4 i.V.m. § 36 SGB XII) in EUR monatlich im Dezember 2012 (einschließlich Empfänger/innen ohne derartige Aufwendungen),
- durchschnittlicher Bruttobedarf insgesamt in EUR monatlich (ggf. Dezember 2012. Dieser Bruttobedarf enthält jedoch einige Positionen von untergeordneter Bedeutung nicht;¹³ dies betrifft
 - die einmaligen Bedarfe (§ 31 SGB XII),
 - die Bedarfe für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII),
 - die Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII),
 - ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII).

Die regionale Abgrenzung ist anhand der Zuständigkeit der Träger der Empfänger/innen erfolgt. Bei der Zuständigkeit ist zwischen sachlicher und örtlicher Zuständigkeit zu unterscheiden:

¹² So werden als Kosten für Unterkunft und Heizung in Einrichtungen lediglich die durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushalts im Bereich des örtlich zuständigen Sozialhilfeträgers anerkannt (§ 27b SGB XII). Weitergehende Leistungen werden ggf. von der sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) oder im Rahmen der Hilfe zur Pflege (§§ 61-66 SGB XII) erbracht.

¹³ Gleichwohl gibt es jedoch für drei der vier Positionen Angaben zu Häufigkeit und durchschnittlicher Höhe der entsprechenden Bruttobedarfe auf Bundesebene (vgl. Abschnitt 4.1). Die Bedarfe für Bildung und Teilhabe wurden erstmals Ende 2012 erhoben, werden jedoch erst nach noch ausstehenden Plausibilitätsprüfungen voraussichtlich frühestens im Herbst 2014 verfügbar sein.

- Die sachliche Zuständigkeit lag bis Ende 2012 grundsätzlich bei den örtlichen Trägern, also den kreisfreien Städten und Kreisen (§ 3, § 97 SGB XII a.F.), seit 2013 wird dies nach Landesrecht bestimmt (§ 46b Abs. 1-2 SGB XII). In Bayern und Sachsen gab es aufgrund der seinerzeitigen Möglichkeit einer abweichenden Zuständigkeitsregelung einzelne Fälle im Zuständigkeitsbereich der überörtlichen Träger:
 - In Bayern waren die Bezirke als überörtliche Träger (Art. 81 Abs. 1, Art. 82 Abs. 1 S. 2 AGSG) auch für die Grundsicherung zuständig, sofern zugleich Eingliederungshilfe an Behinderte oder von einer Behinderung bedrohte Menschen im Sinn des § 53 Abs. 1-2 SGB XII durch Betreuung in einer Wohngemeinschaft oder in betreutem Einzelwohnen erbracht wurde. Zum Stichtag am 31. Dezember 2012 gab es in Bayern 295 Empfänger/innen von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren, für die der überörtliche Träger zuständig war.
 - In Sachsen war der landesweite Kommunale Sozialverband Sachsen als überörtlicher Träger (§ 13 SächsAGSGB) in bestimmten Fällen bei Leistungsberechtigten, die zu Monatsbeginn noch nicht 65 Jahre alt waren, für Leistungen der Grundsicherung zuständig. Zum Stichtag am 31. Dezember 2012 gab es in Sachsen eine/n Empfänger/in von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren, für die bzw. den der überörtliche Träger zuständig war. Dabei müsste es sich um eine Person handeln, die im Zeitraum vom 2. bis 31. Dezember 2012 ihren 65. Geburtstag hatte.

Die vorgenannten insgesamt 296 Empfänger/innen in Bayern und Sachsen im Zuständigkeitsbereich eines überörtlichen Trägers von knapp 400.000 Empfänger/innen bundesweit können nicht in Auswertungen auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise als örtliche Träger einbezogen werden. In Aggregaten (Länder, Westdeutschland, Ostdeutschland, Bund) sind sie jedoch enthalten.

- Bis Ende 2012 ergab sich die örtliche Zuständigkeit für die Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen regelmäßig aus dem gewöhnlichen Aufenthalt (§ 98 Abs. 1 S. 2 SGB XII a.F.), meist also dem Wohnort; seit 2013 wird die Zuständigkeit nach Landesrecht bestimmt (§ 46b Abs. 1 SGB XII). Bei Unterbringung in einer ambulant betreuten Wohnmöglichkeit war und ist der gewöhnliche Aufenthalt vor dieser Unterbringung maßgeblich (2012: § 98 Abs. 5 SGB XII; ab 2013: § 46b Abs. 3 S. 3 i.V.m. § 98 Abs. 5 SGB XII). Darüber hinaus war lediglich in Ausnahmefällen - bei einer Fortführung von Leistungen außerhalb des Trägerbezirks - abweichend davon der vormals örtlich zuständige Träger auch weiterhin zuständig (§ 98 Abs. 1 S. 3 SGB XII a.F.). Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen ein örtlicher Träger eine erforderliche Hilfe in seinem Zuständigkeitsbereich nicht sicherstellen kann und sie daher an einem anderen Ort erbringt. Beispielsweise kann es sich um eine häusliche Pflege zur Vermeidung einer sonst erforderlichen stationären Unterbringung bei einer oder einem Angehörigen handeln, die bzw. der außerhalb des Zuständigkeitsgebiets des örtlichen Trägers lebt. Insbesondere außerhalb von Einrichtungen dürften Abweichungen zwischen gewöhnlichem Aufenthalt bzw. Wohnort und örtlich zuständigem Träger nur in wenigen Einzelfällen vorkommen. Ihnen wird daher keine weitere Aufmerksamkeit gewidmet.

4 Bedarfe älterer Empfänger/innen von Grundsicherung

Am 31. Dezember 2012 gab es in Deutschland knapp 400.000 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren. In den folgenden beiden Abschnitten wird auf Niveau und Verteilung der Bruttobedarfe dieses Personenkreises im Dezember 2012 eingegangen, zunächst auf Bundesebene (Abschnitt 4.1), anschließend werden regionale Unterschiede thematisiert (Abschnitt 4.2).

4.1 Ergebnisse auf Bundesebene

Die beiden Ende 2012 am häufigsten im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren gewährten Leistungen sind der Regelbedarf und der laufende Wohnbedarf¹⁴ (vgl. Abbildung 2). Die insgesamt knapp 400.000 Leistungsberechtigten hatten durchschnittlich einen Regelbedarf in Höhe von 361 EUR monatlich (vgl. Abbildungen 1 und 2). Ausgehend von den beiden unterschiedlichen Regelsätzen (vgl. Tabelle 2 in Kapitel 2) ergibt sich daraus, dass etwa zwei Drittel dieser Empfänger/innen alleinstehend waren, während etwa ein Drittel zusammen mit einer Partnerin bzw. einem Partner lebte.¹⁵ Bei über 394.000 Leistungsberechtigten wurde ein laufender Wohnbedarf in Höhe von durchschnittlich 321 EUR anerkannt (vgl. Abbildungen 1 und 2). Dieser laufende Bruttobedarf enthält die Kosten einer etwaigen zentralen, nicht jedoch jene einer etwaigen dezentralen Warmwasserbereitung.

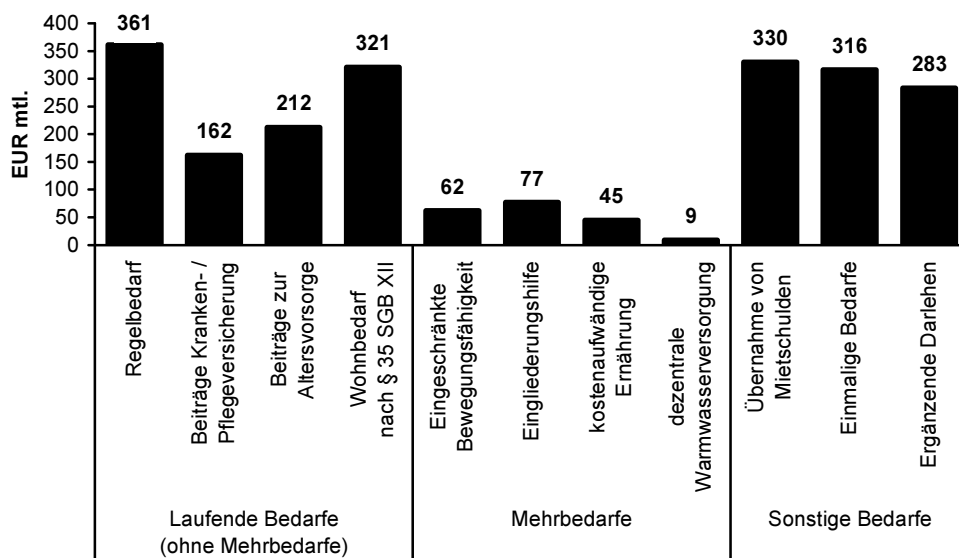
Anspruch auf einen Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserbereitung bzw. für Leistungsberechtigte, deren Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt ist (Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen G), sowie auf Übernahme von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen hatten jeweils zwischen 75.000 und 90.000 Leistungsberechtigte (vgl. Abbildung 2); dies entspricht jeweils etwa 20% aller Leistungsberechtigten. Die anerkannten Bruttobedarfe hierfür betragen bezogen auf die Empfänger/innen der jeweiligen Leistung durchschnittlich 9 EUR, 62 EUR bzw. 162 EUR monatlich (vgl. Abbildung 1). Bei der Interpretation der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge ist zu berücksichtigen, dass diese bei einer Pflichtversicherung grundsätzlich vom anrechenbaren Einkommen abgezogen werden und nicht als Bedarf anerkannt werden. Die Berücksichtigung als Bedarf kommt insbesondere bei einer freiwilligen Versicherung in Betracht.

Die übrigen Leistungen wurden deutlich seltener gewährt. Mit Ausnahme des Mehrbedarfs für kostenaufwändige Ernährung für gut 9.000 Leistungsberechtigte mit einem Durchschnittsbetrag von 45 EUR monatlich war die Zahl der Empfänger/innen jeweils geringer als 1.000. Es ist davon auszugehen, dass die 2011 eingeführten Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), für die noch keine statistischen Angaben vorliegen, allenfalls sehr selten älteren Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung gewährt wurden.

¹⁴ Mit laufendem Wohnbedarf ist hier und im Folgenden der gesamte Bedarf nach § 35 SGB XII, nicht jedoch die Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII) und der Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserversorgung (§ 30 Abs. 7 SGB XII) gemeint.

¹⁵ Eine geringfügige Unsicherheit ergibt sich aus den seinerzeit höheren Regelsätzen in der Landeshauptstadt und im Landkreis München sowie abweichenden Regelsätze im Einzelfall (vgl. Kapitel 2).

Abbildung 1: Durchschnittsbeträge der einzelnen Bedarfskomponenten bei der Grundsicherung Ende 2012

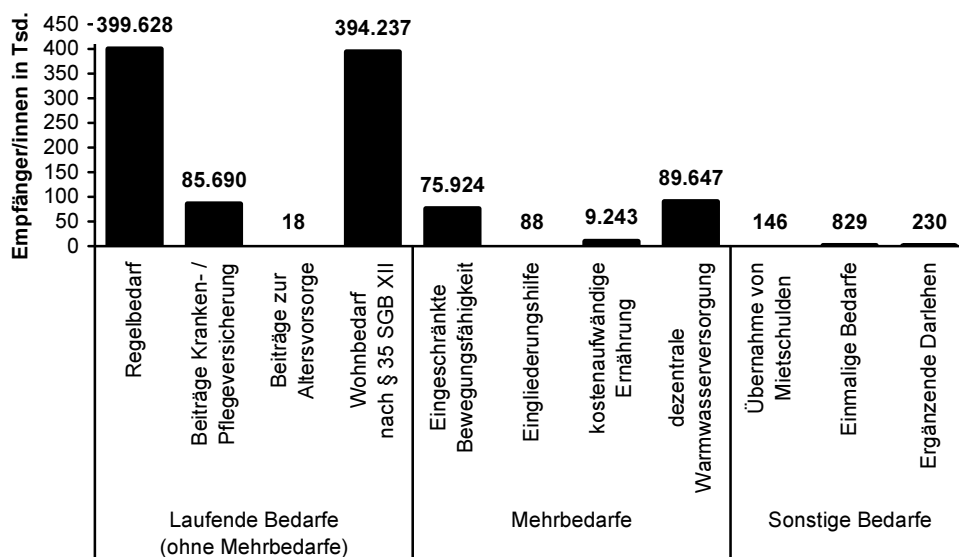


Dr. Bruno Kaltenborn 2014

Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt sind die Durchschnittsbeträge der Bruttobedarfe im Dezember 2012 je Empfänger/in der jeweiligen Leistung.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 des Statistischen Bundesamtes.

Abbildung 2: Zahl älterer Empfänger/innen der Grundsicherung Ende 2012



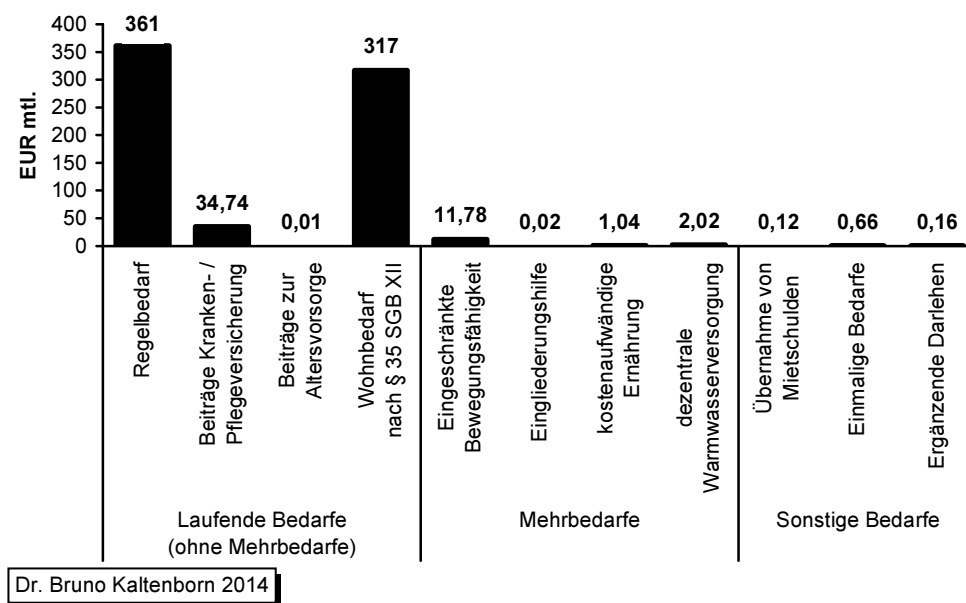
Dr. Bruno Kaltenborn 2014

Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt ist die Zahl der Empfänger/innen der jeweiligen Leistung im Dezember 2012.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 des Statistischen Bundesamtes.

Abbildung 3 zeigt die Durchschnittsbeträge der einzelnen Bedarfskomponenten, nun jedoch jeweils bezogen auf alle Empfänger/innen von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren. Im Durchschnitt vergleichsweise große Relevanz haben jene Leistungen mit einer hohen Zahl an Empfängerinnen und Empfängern sowie hohen Durchschnittsbeträgen je Empfänger/in der jeweiligen Leistung (vgl. Abbildungen 1 und 2). Dies sind der Regelbedarf mit einem durchschnittlichen Bruttobedarf von 361 EUR monatlich und der laufende Wohnbedarf in Höhe von knapp 317 EUR monatlich. Mit deutlichem Abstand folgen die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung mit knapp 35 EUR monatlich und der Mehrbedarf aufgrund erheblich eingeschränkter Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr (Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen G) mit knapp 12 EUR monatlich. Die übrigen Bedarfskomponenten betragen durchschnittlich jeweils höchstens 2 EUR monatlich. Insgesamt resultiert ein durchschnittlicher Bruttobedarf in Höhe von 728 EUR monatlich.¹⁶

Abbildung 3: Durchschnittsbeträge für die einzelnen Bedarfskomponenten bezogen auf alle älteren Empfänger/innen von Grundsicherung Ende 2012



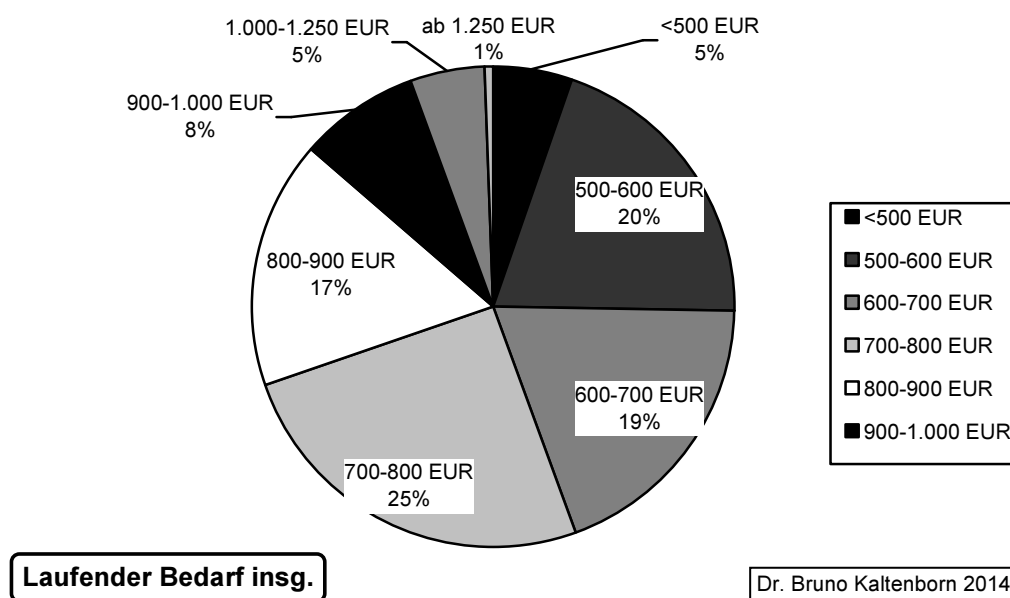
Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt sind die Durchschnittsbeträge der Bruttobedarfe im Dezember 2012 je Empfänger/in von Grundsicherung.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen.

¹⁶ Dieser durchschnittliche Bruttobedarf von 728 EUR monatlich enthält anders als die im Folgenden verwendeten laufenden individuellen Bruttobedarfe in Höhe von durchschnittlich 727 EUR monatlich auch die Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII).

Da sowohl die anerkannten Bedarfskomponenten (vgl. Abbildung 2) als auch deren Höhe individuell unterschiedlich sind,¹⁷ streuen die insgesamt anerkannten laufenden Bruttobedarfe erheblich (vgl. Abbildung 4). Während etwas weniger als die Hälfte der Leistungsberechtigten einen laufenden Bruttobedarf von weniger als 700 EUR monatlich hatte, hatte jeweils ein Viertel einen laufenden Bruttobedarf zwischen 700 EUR und 800 EUR bzw. zwischen 800 EUR und 1.000 EUR monatlich. 6% hatten sogar einen noch höheren laufenden Bruttobedarf.

Abbildung 4: Verteilung der laufenden monatlichen Bruttobedarfe der Grundsicherung Ende 2012



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt ist die Verteilung der laufenden monatlichen Bruttobedarfe im Dezember 2012 (Durchschnitt: 727 EUR) ohne Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII).

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen.

Angesichts ihrer im Durchschnitt überragenden Bedeutung sind die Verteilung von Regelbedarf und laufendem Wohnbedarf von besonderem Interesse. Jene etwa zwei Drittel der Leistungsberechtigten, die alleinstehend waren, hatten grundsätzlich einen Regelbedarf von 374 EUR monatlich, während das übrige Drittel mit Partner/in grundsätzlich einen Regelbedarf in Höhe von 337 EUR monatlich hatte (vgl. Tabelle 2 in Kapitel 2).

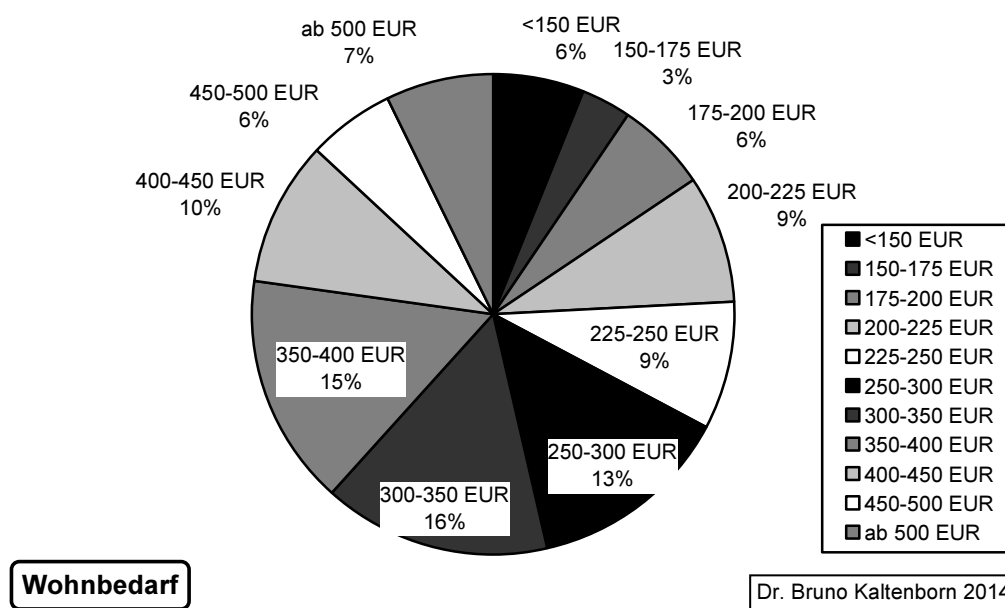
Die Verteilung der laufenden monatlichen Wohnbedarfe nach § 35 SGB XII zeigt Abbildung 5. Die Streuung ist erheblich. Jeweils knapp ein Viertel aller Leistungsberechtigten hatte hier einen Bruttobedarf in Höhe von weniger als 225 EUR monatlich bzw. zwischen 225 EUR

¹⁷ Zu regionalen Unterschieden vgl. Abschnitt 4.2.

und 300 EUR monatlich. Knapp ein Drittel hatte einen Bruttobedarf zwischen 300 EUR und 400 EUR. Wiederum knapp ein Viertel hatte einen höheren laufenden Wohnbedarf.

Diese erhebliche Streuung der laufenden Wohnbedarf dürfte in erheblichem Ausmaß durch die regional unterschiedlichen Mietniveaus bedingt sein. Auf die regionale Heterogenität der laufenden Bruttobedarfe insgesamt und für Unterkunft und Heizung wird im folgenden Abschnitt 4.2 eingegangen.

Abbildung 5: Verteilung der laufenden monatlichen Wohnbedarfe der Grundsicherung Ende 2012



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt ist die Verteilung der monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufender Wohnbedarf) im Dezember 2012 (Durchschnitt: 317 EUR).

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen.

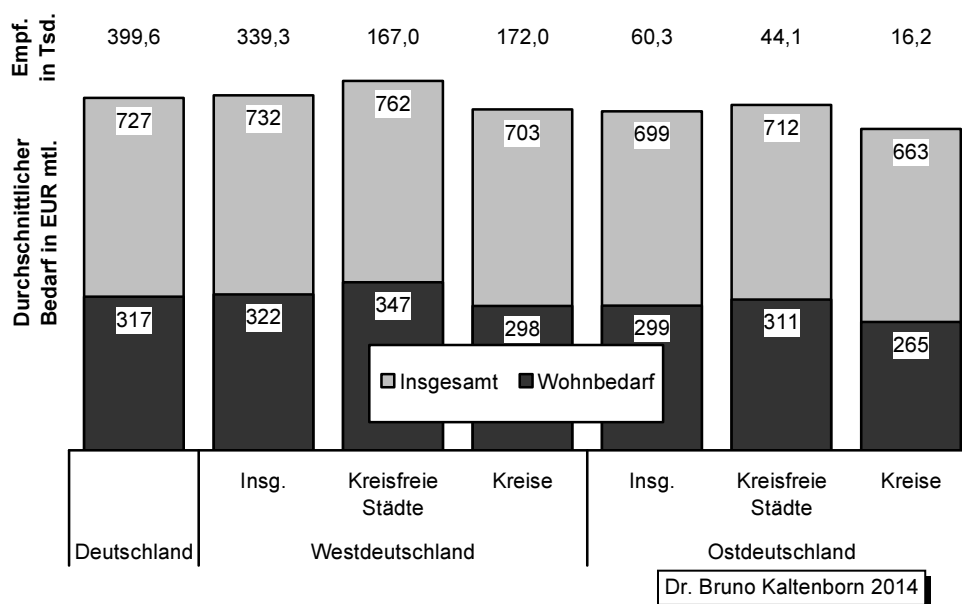
4.2 Regional differenzierte Ergebnisse

Von den Ende 2012 knapp 400.000 Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren wurden knapp 340.000 von einem westdeutschen und lediglich gut 60.000 von einem ostdeutschen Träger einschließlich Berlin betreut (vgl. Abbildung 6). In Westdeutschland entfielen jeweils etwa die Hälfte auf kreisfreie Städte und Kreise, in Ostdeutschland fast drei Viertel auf die kreisfreien Städte und lediglich gut ein Viertel auf die Kreise. Das Resultat für Ostdeutschland wird dabei von Berlin dominiert, auf das mehr als die Hälfte der ostdeutschen Empfänger/innen von Grundsicherung entfällt (vgl. auch Abbildung 7).

Die durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe sind in den kreisfreien Städten höher als in den Kreisen und in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland (vgl. Abbildung 6). In den kreisfreien Städten Westdeutschlands betragen sie durchschnittlich 762 EUR monatlich, in

ostdeutschen Kreisen lediglich 663 EUR monatlich und damit fast 100 EUR weniger. Dabei werden die regionalen Unterschiede von den laufenden Wohnbedarfen dominiert. Dies dürfte wesentlich durch unterschiedliche Mietniveaus verursacht sein. Die sonstigen laufenden Bruttobedarfe unterscheiden sich im Durchschnitt zwischen kreisfreien Städten und Kreisen West- und Ostdeutschlands nur wenig, sie betragen zwischen 398 EUR monatlich durchschnittlich in ostdeutschen Kreisen und 415 EUR monatlich in kreisfreien Städten Westdeutschlands.

Abbildung 6: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe nach Region und Trägertyp Ende 2012



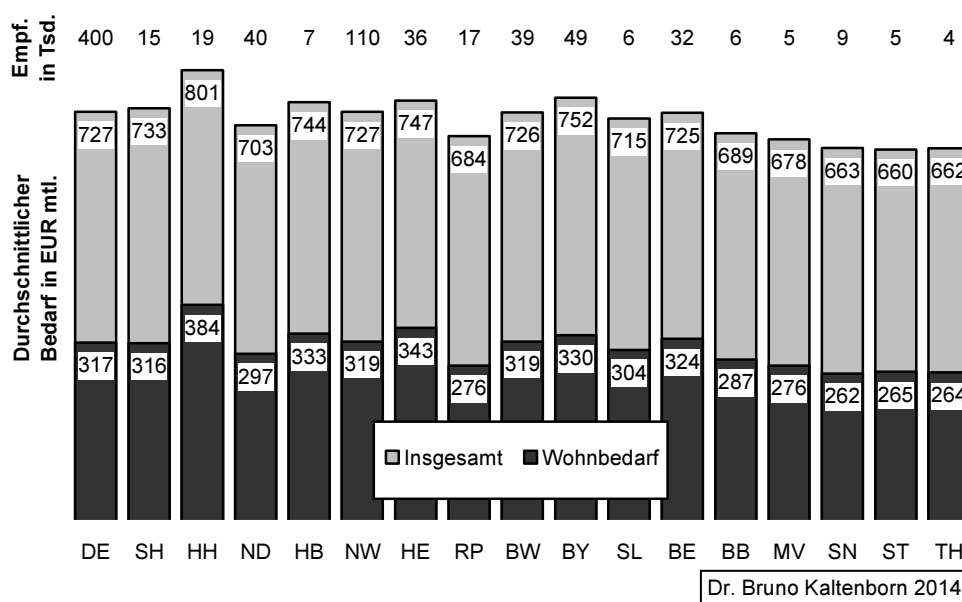
Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt sind die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufender Wohnbedarf) sowie die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe im Dezember 2012 ohne Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII). Westdeutschland ohne Berlin, Ostdeutschland einschließlich Berlin. Geringfügige Differenzen in den Summen, da überörtliche Träger in Bayern und Sachsen für insgesamt 296 Empfänger/innen zuständig sind, die sich nicht kreisfreien Städten und Kreisen als örtliche Träger zuordnen lassen.

Lesebeispiel: Ende 2012 gab es in den kreisfreien Städten Westdeutschlands rund 167.000 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren. Sie hatten durchschnittlich einen laufenden Wohnbedarf in Höhe von 347 EUR monatlich; ihr gesamter laufender Bruttobedarf betrug durchschnittlich 762 EUR monatlich.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundsergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); eigene Berechnungen.

Bei einer Differenzierung nach Bundesländern fällt die Dominanz Nordrhein-Westfalens auf (vgl. Abbildung 7). Ende 2012 lebte dort über ein Viertel aller Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren. In Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen und Berlin lebten jeweils zwischen 32.000 und 49.000 Leistungsberechtigten. Auf die übrigen Bundesländer entfielen jeweils zwischen 4.000 und 19.000 Leistungsberechtigten. Die regionale Heterogenität zwischen den Bundesländern hinsichtlich der durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe wird wiederum maßgeblich von den laufenden Wohnbedarfen bestimmt. Ihre Spannweite reichte von 262 EUR monatlich in Sachsen bis 384 EUR monatlich in Hamburg. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern bei den durchschnittlichen sonstigen laufenden Bruttobedarfe war deutlich geringer: Sie schwankte zwischen 395 EUR monatlich in Sachsen-Anhalt und 422 EUR in Bayern.

Abbildung 7: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe nach Bundesländern Ende 2012



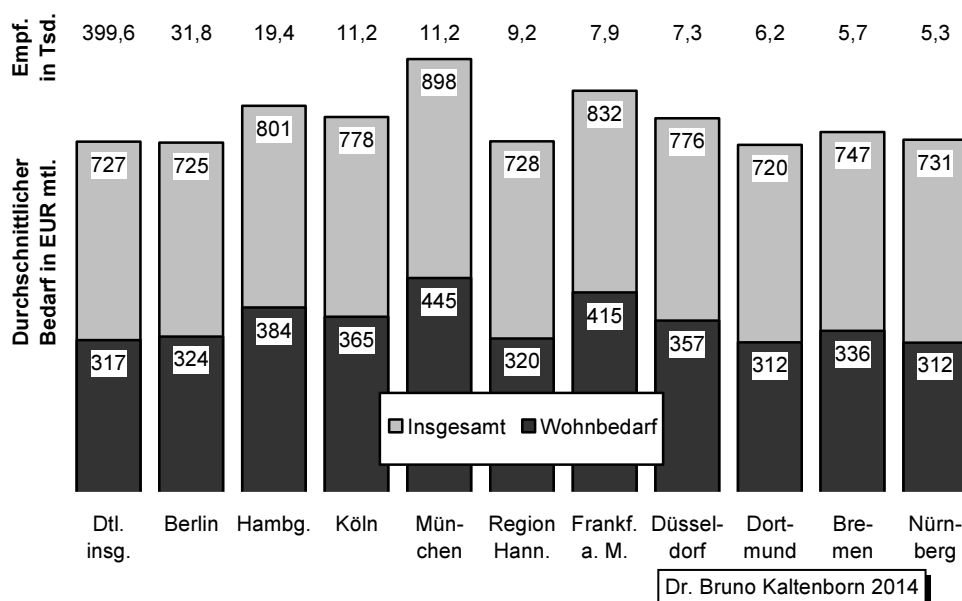
Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt sind die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufender Wohnbedarf) sowie die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe im Dezember 2012 ohne Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII). DE: Deutschland; SH: Schleswig-Holstein; HH: Hamburg; ND: Niedersachsen; HB: Land Bremen; NW: Nordrhein-Westfalen; HE: Hessen; RP: Rheinland-Pfalz; BW: Baden-Württemberg; BY: Bayern; SL: Saarland; BE: Berlin; BB: Brandenburg; MV: Mecklenburg-Vorpommern; SN: Sachsen; ST: Sachsen-Anhalt; TH: Thüringen.

Lesebeispiel: Ende 2012 gab es in Schleswig-Holstein rund 15.000 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren. Sie hatten durchschnittlich einen laufenden Wohnbedarf in Höhe von 316 EUR monatlich; ihr gesamter laufender Bruttobedarf betrug durchschnittlich 733 EUR monatlich.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); eigene Berechnungen.

Bei den zehn größten örtlichen Träger, also die kreisfreien Städte und Kreise, die für die meisten Empfänger/innen zuständig sind, sind sowohl die durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe als auch die laufenden Wohnbedarfe meist höher als im Bund insgesamt oder liegen - in jeweils zwei Fällen - sehr knapp darunter (Abbildung 8).

Abbildung 8: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe der zehn größten örtlichen Träger Ende 2012

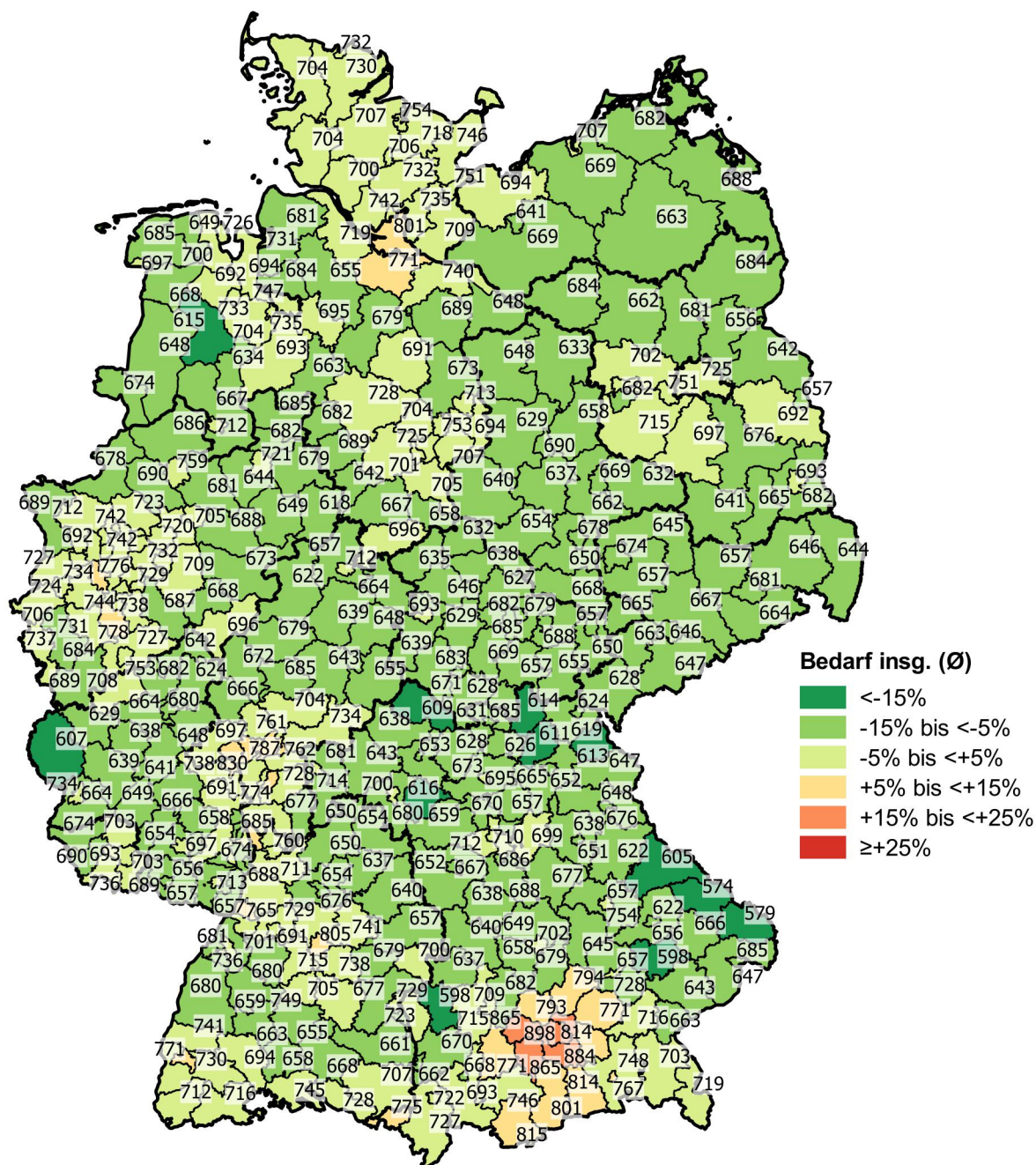


Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt sind die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufender Wohnbedarf) sowie die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe im Dezember 2012 ohne Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII).

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundsergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); eigene Berechnungen.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den örtlichen Trägern, also den kreisfreien Städten und Kreisen, deutlicher als zwischen den Bundesländern. Abbildung 9 zeigt die durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe und ihre Abweichung vom Bundesdurchschnitt. Ihre Bandbreite reicht von 21% unter dem Bundesdurchschnitt im bayerischen Landkreis Regen (574 EUR monatlich) bis zu rund 20% über dem Bundesdurchschnitt in der bayerischen Landeshauptstadt München (898 EUR monatlich) und Umgebung. Höher als im Bundesdurchschnitt sind die laufenden Bruttobedarfe zudem im Rhein-Main-Gebiet, im Stuttgarter Raum, in Köln und Düsseldorf sowie dem Hamburger Raum. Bei den zehn örtlichen Trägern mit den geringsten durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfen handelt es sich ausschließlich um Landkreise, neun von ihnen liegen in Bayern. Insgesamt sind damit die regionalen Unterschiede innerhalb Bayerns besonders ausgeprägt.

Abbildung 9: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe bei der Grundsicherung nach örtlichem Träger Ende 2012



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines der 402 örtlichen Träger (kreisfreie Städte und Kreise). Dargestellt sind die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe der 402 örtlichen Träger im Dezember 2012 sowie deren klassierte relative Abweichung vom Bundesdurchschnitt der 399.628 Empfänger/innen aller Träger (727 EUR monatlich).

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundsergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

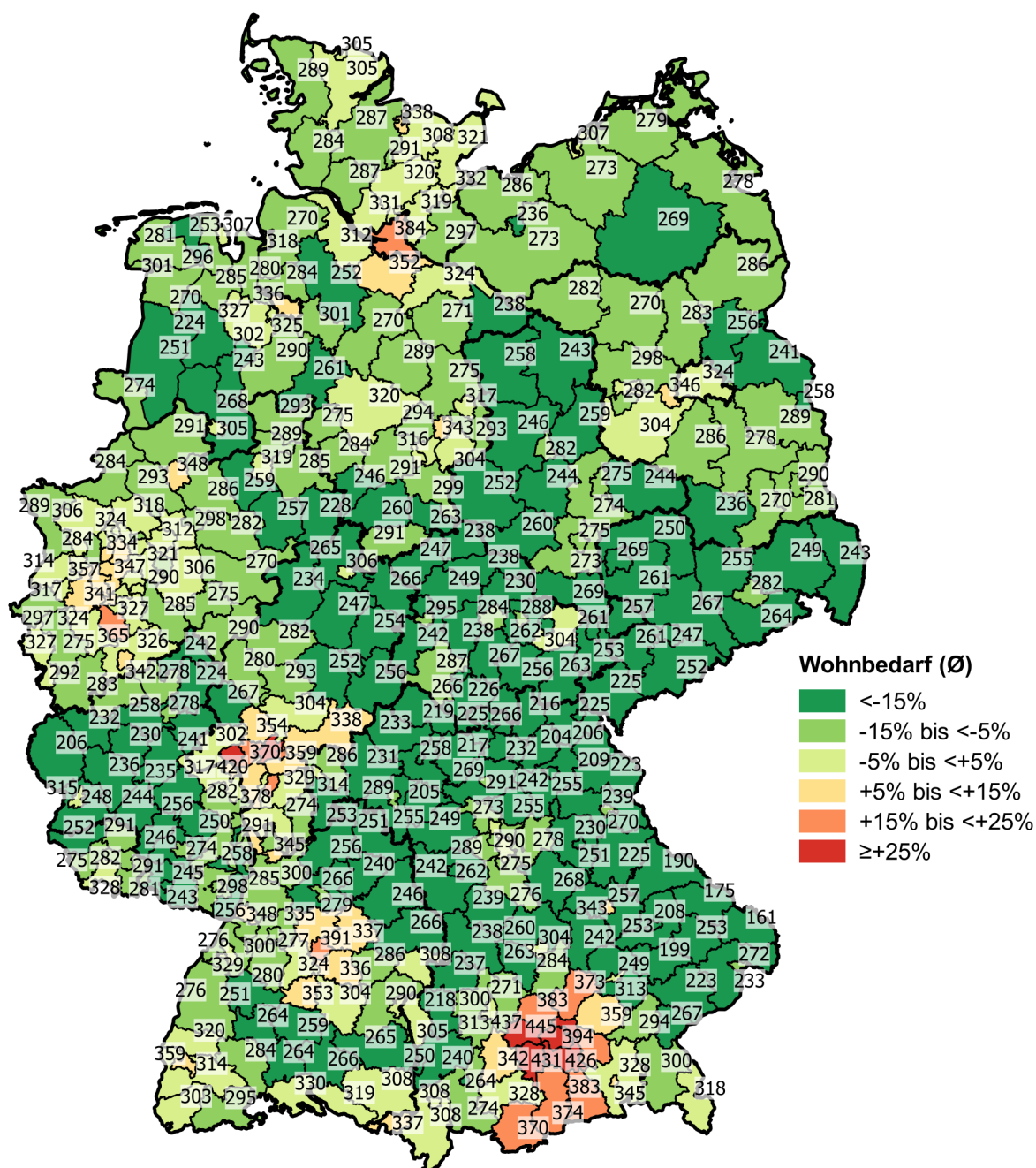
Die skizzierte regionale Heterogenität ist wesentlich auf die unterschiedlichen laufenden Wohnbedarfe zurückzuführen (vgl. Abbildung 10). Die relativen regionalen Unterschiede zwischen den örtlichen Trägern sind bei den laufenden Wohnbedarfen deutlich ausgeprägter als bei laufenden Bruttobedarfen insgesamt, ansonsten ist die regionale Struktur jedoch ähnlich. So sind beispielsweise die sechs örtlichen Träger mit den höchsten laufenden Wohnbedarfen und den höchsten laufenden Bruttobedarf insgesamt identisch. Am geringsten sind die durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfe im bayerischen Landkreis Freyung-Grafenau mit knapp der Hälfte des Bundesdurchschnitts (161 EUR monatlich), am höchsten wiederum in der bayerischen Landeshauptstadt mit 40% über dem Bundesdurchschnitt (445 EUR monatlich). Wie Abbildung 11 zeigt, handelt es sich bei den örtlichen Trägern mit den geringsten laufenden Wohnbedarfen wiederum ausschließlich um Landkreise, von denen neun in Bayern liegen. Auch sechs der zehn örtlichen Träger mit den höchsten laufenden Wohnbedarfen liegen in Bayern; darüber hinaus handelt es sich um die beiden größten hessischen Städte sowie um Stuttgart und Hamburg (vgl. Abbildung 11). In Ostdeutschland gibt es einzig in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam überdurchschnittliche laufende Wohnbedarfe (vgl. Abbildung 10). Ursachen für die ausgeprägte regionale Heterogenität bei den laufenden Wohnbedarfen dürften vor allem regional unterschiedliche Mietenniveaus sein (vgl. auch Kapitel 5).

Abbildung 12 zeigt schließlich die regionalen Unterschiede zwischen den örtlichen Trägern hinsichtlich der laufenden Bruttobedarfe ohne den Wohnbedarf. Die relativen regionalen Unterschiede sind hier deutlich geringer als bei den laufenden Bruttobedarfen insgesamt und den laufenden Wohnbedarfen. Mit 8% unter dem Bundesdurchschnitt sind sie am geringsten im Saalekreis in Sachsen-Anhalt (377 EUR monatlich), mit bis zu 12% über dem Bundesdurchschnitt sind sie am höchsten in der Landeshauptstadt und im Landkreis München (453 EUR bzw. 458 EUR monatlich) und Umgebung. Etwa die Hälfte der Differenz der durchschnittlichen Bruttobedarfen ohne Wohnbedarfe zwischen der Landeshauptstadt München bzw. dem Landkreis München zum Bund dürfte auf die seinerzeit regional höheren Regelsätze zurückzuführen sein (vgl. Kapitel 2). Als weitere Ursachen für regionale Unterschiede kommen folgende Aspekte in Betracht:

- unterschiedliche Zusammensetzung der Empfänger/innen insbesondere hinsichtlich
 - Partnerschaft (Alleinstehende haben einen höheren Regelsatz als Empfänger/innen mit Partner/in),
 - Art der Kranken- und Pflegeversicherung (insbesondere bei freiwilliger Krankenversicherung Bedarf für Beiträge),
 - erheblich eingeschränkter Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr (Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen G bekommen einen Mehrbedarfszuschlag) sowie
 - Art der Warmwasserversorgung (bei dezentraler Warmwasserversorgung besteht ein Mehrbedarf);
- unterschiedliche Ausübung des Ermessens bei den Ermessensleistungen, die quantitativ allerdings nur eine untergeordnete Bedeutung haben.

Trotz der geringen regionalen Unterschiede wird es erhebliche individuelle Unterschiede zwischen den laufenden Bruttobedarfen ohne Wohnbedarf geben (vgl. auch Abschnitt 4.1).

Abbildung 10: Durchschnittliche laufende Wohnbedarfe bei der Grundsicherung nach örtlichem Träger Ende 2012

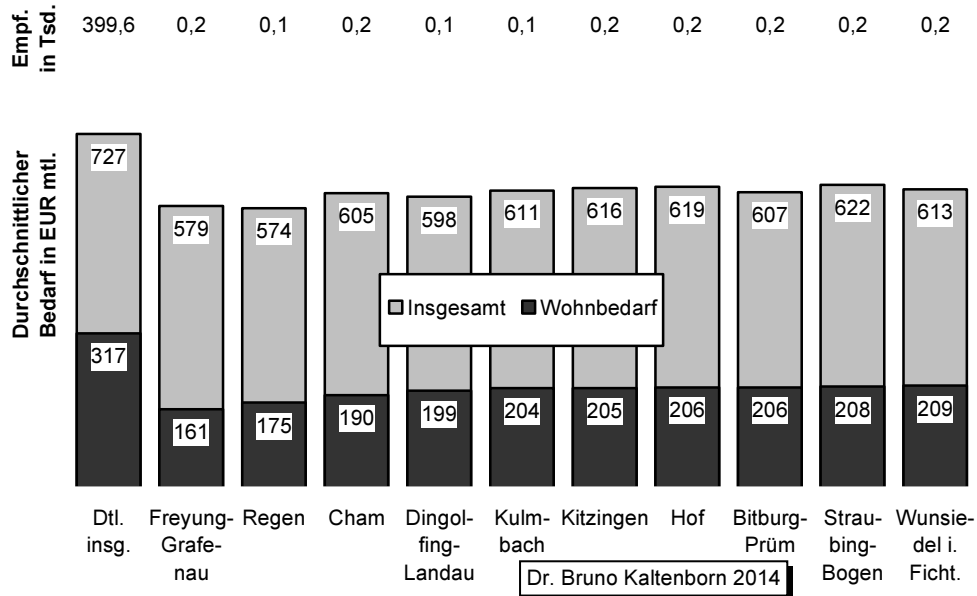


Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines der 402 örtlichen Träger (kreisfreie Städte und Kreise). Dargestellt sind die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufende Wohnbedarfe) der 402 örtlichen Träger im Dezember 2012 sowie deren klassierte relative Abweichung vom Bundesdurchschnitt der 399.628 Empfänger/innen aller Träger (317 EUR monatlich).

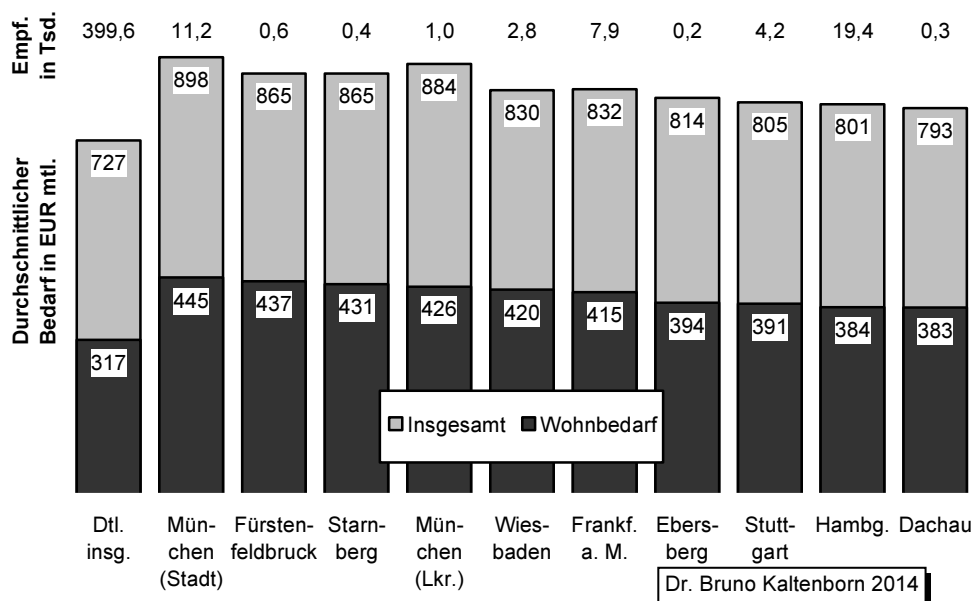
Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

Abbildung 11: Zahl der Empfänger/innen der Grundsicherung und ihre durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfe ausgewählter örtlicher Träger Ende 2012

a) Örtliche Träger mit den geringsten durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfen



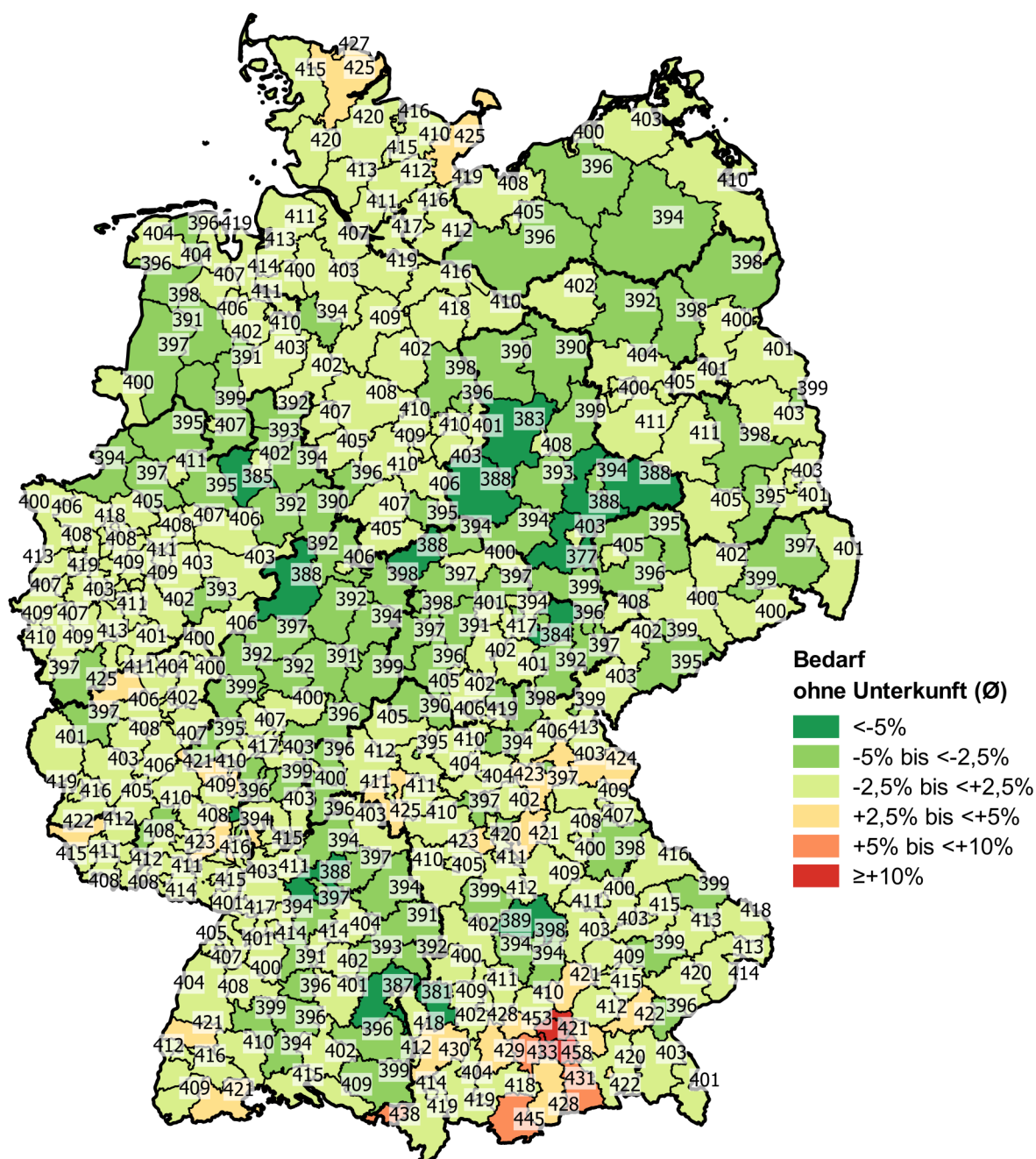
b) Örtliche Träger mit den höchsten durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfen



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.628 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012. Dargestellt sind die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufender Wohnbedarf) sowie die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe im Dezember 2012 ohne Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII).

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); eigene Berechnungen.

Abbildung 12: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe ohne Wohnbedarfe bei der Grundsicherung nach örtlichem Träger Ende 2012

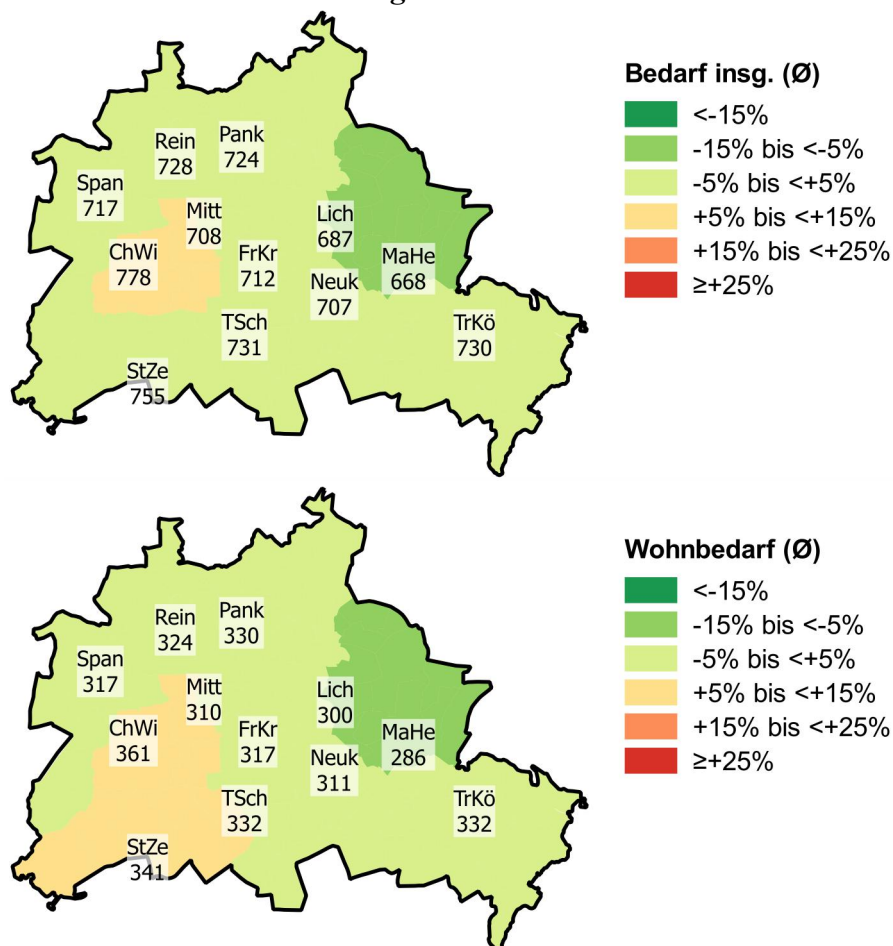


Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines der 402 örtlichen Träger (kreisfreie Städte und Kreise). Dargestellt sind die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe ohne Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII der 402 örtlichen Träger im Dezember 2012 sowie deren klassierte relative Abweichung vom Bundesdurchschnitt der 399.628 Empfänger/innen aller Träger (410 EUR monatlich).

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundsergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

Die Abbildungen 13 und 14 zeigen die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe und deren Komponenten für die zwölf Berliner Bezirke. Am höchsten sind die Bedarfe jeweils in den beiden westlichen Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf, am geringsten in den östlichen Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg.

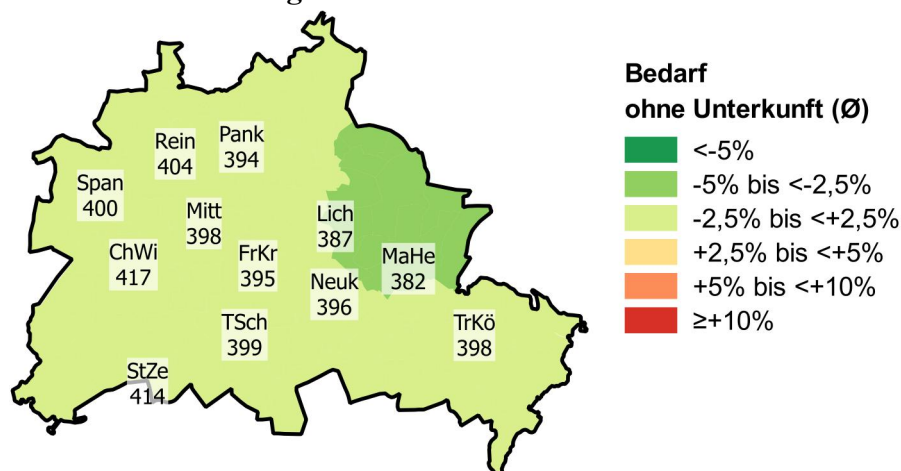
Abbildung 13: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe sowie laufende Wohnbedarfe bei der Grundsicherung der Berliner Bezirke Ende 2012



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 31.839 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 in Berlin. Dargestellt sind die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe bzw. die durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufende Wohnbedarfe) der 12 Berliner Bezirke im Dezember 2012 sowie deren klassierte relative Abweichung vom jeweiligen Bundesdurchschnitt der 399.628 Empfänger/innen aller Träger (727 EUR bzw. 317 EUR monatlich); ChWi: Charlottenburg-Wilmersdorf, FrKr: Friedrichshain-Kreuzberg, Lich: Lichtenberg, MaHe: Marzahn-Hellersdorf, Mitt: Mitte, Neuk: Neukölln, Pank: Pankow, Rein: Reinickendorf, Span: Spandau, StZe: Steglitz-Zehlendorf, TrKö: Treptow-Köpenick, TSch: Tempelhof-Schöneberg.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2014); Geobasisdaten zum Juli 2012: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; eigene Berechnungen.

Abbildung 14: Durchschnittliche laufende Bruttobedarfe ohne Wohnbedarfe bei der Grundsicherung der Berliner Bezirke Ende 2012



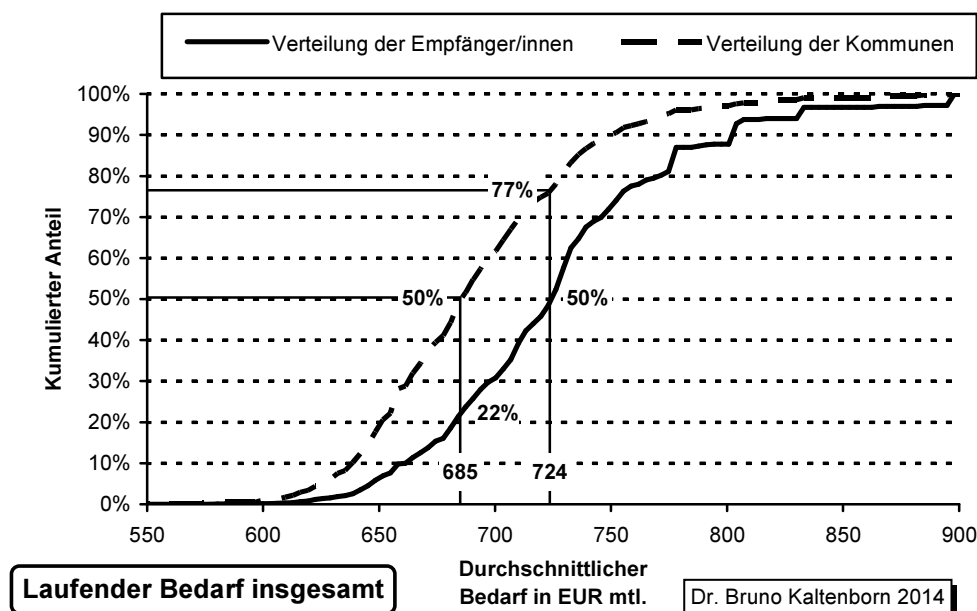
Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 31.839 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 in Berlin. Dargestellt sind die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe ohne Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII der 12 Berliner Bezirke im Dezember 2012 sowie deren klassierte relative Abweichung vom Bundesdurchschnitt der 399.628 Empfänger/innen aller Träger (410 EUR monatlich); ChWi: Charlottenburg-Wilmersdorf, FrKr: Friedrichshain-Kreuzberg, Lich: Lichtenberg, MaHe: Marzahn-Hellersdorf, Mitt: Mitte, Neuk: Neukölln, Pank: Pankow, Rein: Reinickendorf, Span: Spandau, StZe: Steglitz-Zehlendorf, TrKö: Treptow-Köpenick, TSch: Tempelhof-Schöneberg.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2014); Geobasisdaten zum Juli 2012: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; eigene Berechnungen.

Die Abbildungen 15, 16 und 17 verdichten die Information der thematischen Karten zu den laufenden Bruttobedarfen. Sie zeigen die Verteilung der Kommunen nach der Höhe des durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfs insgesamt sowie für und ohne Wohnbedarf. Dabei ist Berlin jeweils in seine zwölf Bezirke aufgeteilt, so dass sich statt 402 jeweils 413 Kommunen ergeben. Darüber hinaus zeigen die drei Abbildungen jeweils eine mit der Zahl der jeweiligen Empfänger/innen gewichtete Verteilung.

Aus Abbildung 15 ist zunächst zu erkennen, dass bei der Hälfte der Kommunen der durchschnittliche laufende Bruttobedarf höchstens 685 EUR monatlich betrug; sie waren allerdings lediglich für 22% aller Empfänger/innen zuständig. Entsprechend war bei der anderen Hälfte der Kommunen, die für 78% der Empfänger/innen zuständig waren, der durchschnittliche laufende Bruttobedarf höher als 685 EUR monatlich. Für die Hälfte der Empfänger/innen war eine der 77% der Kommunen zuständig, bei der der durchschnittliche laufende Bruttobedarf höchstens 724 EUR betrug. Entsprechend war für die andere Hälfte der Empfänger/innen eine Kommune mit einem laufenden Bruttobedarf von mehr als 724 EUR monatlich zuständig. Dieser Betrag entspricht ungefähr dem Bundesdurchschnitt von 727 EUR monatlich, Mittelwert und Median der mit der Zahl der Empfänger/innen gewichteten Verteilung fallen hier also fast zusammen. Insgesamt wird aus dem Vergleich der beiden in Abbildung 15 dargestellten Verteilungen zudem deutlich, dass höhere durchschnittliche laufende Bruttobedarfe vornehmlich bei Kommunen mit einer größeren Empfängerzahl bestehen.

Abbildung 15: Verteilung der laufenden Bruttobedarfe der Grundsicherung Ende 2012



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers (Verteilung der Empfänger/innen) bzw. die örtlichen Träger (Verteilung der Kommunen); Berlin jeweils aufgeteilt in seine 12 Bezirke, dadurch ergeben sich 413 Kommunen. Die dargestellten Verteilungen beziehen sich auf die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe im Dezember 2012 ohne Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII).

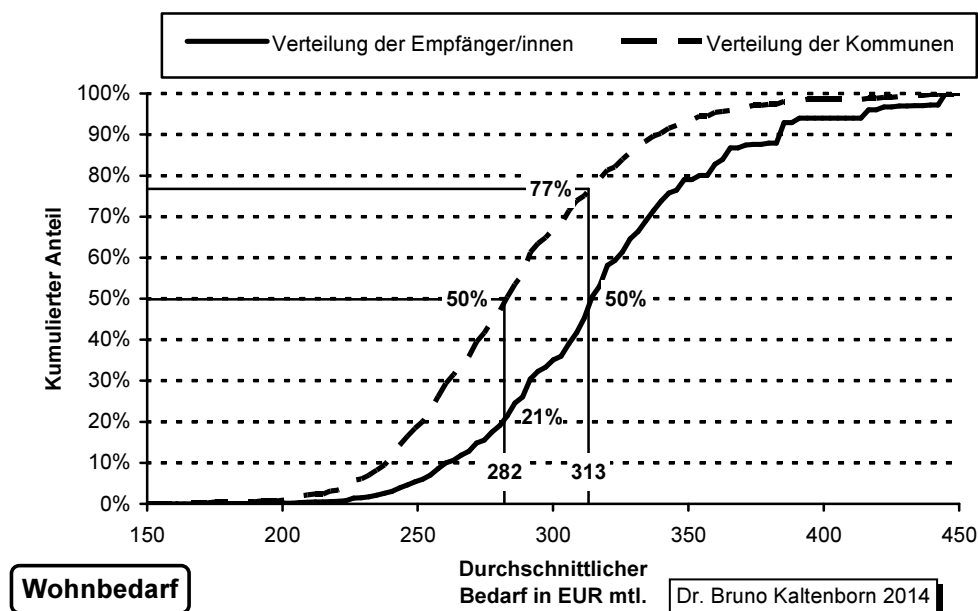
Lesebeispiel 1: Ende 2012 betrug bei 50% der örtlichen Träger der durchschnittliche laufende Bruttobedarf höchstens 685 EUR monatlich; diese örtlichen Träger waren allerdings lediglich für 22% der Empfänger/innen zuständig.

Lesebeispiel 2: Ende 2012 war für 50% der Empfänger/innen einer der 77% der örtlichen Träger mit einem durchschnittlichen laufenden Bruttobedarf von höchstens 724 EUR monatlich zuständig.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Sonderauswertung); © Statistische Ämter der Länder, 2014; eigene Berechnungen.

Abbildung 16 zeigt analog die beiden Verteilungen der laufenden Wohnbedarfe. Die Struktur ist ähnlich wie bei den laufenden Bruttobedarfen insgesamt (Abbildung 15). Die Hälfte der Kommunen mit einer Zuständigkeit für 21% der Empfänger/innen hatte einen durchschnittlichen laufenden Wohnbedarf von höchstens 282 EUR. Für die Hälfte der Empfänger/innen war eine der 77% der Kommunen mit einem durchschnittlichen laufenden Wohnbedarf von höchstens 313 EUR monatlich zuständig. Umgekehrt war für die andere Hälfte der Empfänger/innen eine der 23% der Kommunen mit einem durchschnittlichen laufenden Wohnbedarf von mehr als 313 EUR zuständig. Auch hier waren der Median mit der Zahl der Empfänger/innen gewichteten Verteilung (313 EUR monatlich) und der Bundesdurchschnitt (317 EUR monatlich) annähernd identisch. Zudem ergibt sich wiederum aus einem Vergleich der beiden in Abbildung 16 dargestellten Verteilungen, dass die durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfe bei Kommunen mit einer größeren Empfängerzahl tendenziell höher sind.

Abbildung 16: Verteilung der laufenden Wohnbedarfe der Grundsicherung Ende 2012



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers (Verteilung der Empfänger/innen) bzw. die örtlichen Träger (Verteilung der Kommunen); Berlin jeweils aufgeteilt in seine 12 Bezirke, dadurch ergeben sich 413 Kommunen. Die dargestellten Verteilungen beziehen sich auf die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufende Wohnbedarfe) im Dezember 2012.

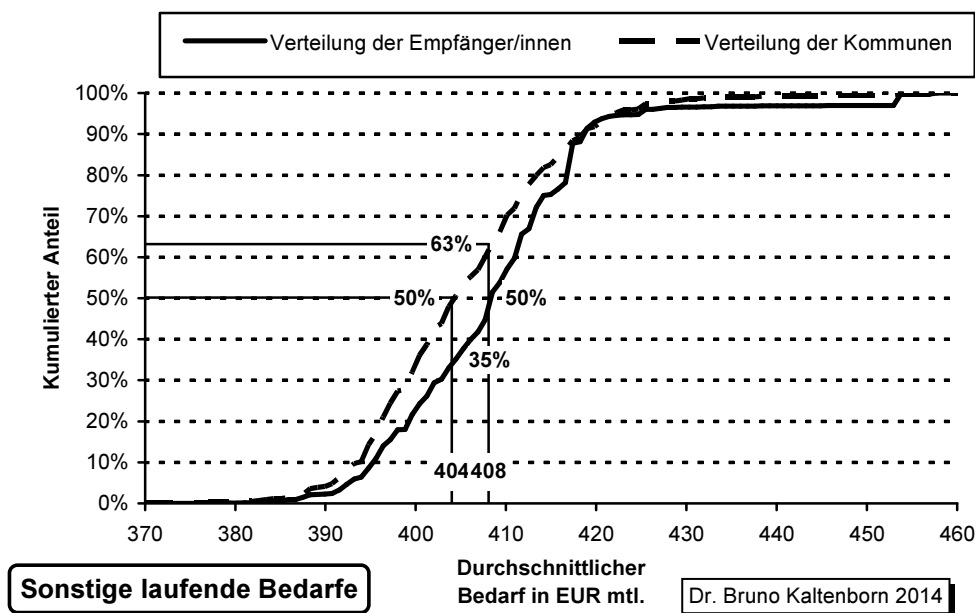
Lesebeispiel 1: Ende 2012 betrug bei 50% der örtlichen Träger der durchschnittliche laufende Wohnbedarf höchstens 282 EUR monatlich; diese örtlichen Träger waren allerdings lediglich für 21% der Empfänger/innen zuständig.

Lesebeispiel 2: Ende 2012 war für 50% der Empfänger/innen einer der 77% der örtlichen Träger mit einem durchschnittlichen laufenden Wohnbedarf von höchstens 313 EUR monatlich zuständig.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Sonderauswertung); © Statistische Ämter der Länder, 2014; eigene Berechnungen.

Abbildung 17 zeigt schließlich analog zu den Abbildungen 15 und 16 die Verteilungen der laufenden Bruttobedarfe ohne Wohnbedarf. Die regionale Heterogenität ist hier deutlich geringer als bei den durchschnittlichen laufenden Bruttobedarfen insgesamt und den durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfen. Entsprechend verlaufen die Verteilungen deutlich steiler und liegen zudem enger beieinander.

Abbildung 17: Verteilung der laufenden Bruttobedarfe ohne Wohnbedarfe der Grundsicherung Ende 2012



Anmerkung: Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers (Verteilung der Empfänger/innen) bzw. die örtlichen Träger (Verteilung der Kommunen); Berlin jeweils aufgeteilt in seine 12 Bezirke, dadurch ergeben sich 413 Kommunen. Die dargestellten Verteilungen beziehen sich auf die durchschnittlichen laufenden monatlichen Bruttobedarfe im Dezember 2012 ohne Unterkunft und Heizung (§ 35 SGB XII), Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII).

Lesebeispiel 1: Ende 2012 betrug bei 50% der örtlichen Träger der durchschnittliche laufende Bruttobedarf ohne Wohnbedarf höchstens 404 EUR monatlich; diese örtlichen Träger waren allerdings lediglich für 35% der Empfänger/innen zuständig.

Lesebeispiel 2: Ende 2012 war für 50% der Empfänger/innen einer der 63% der örtlichen Träger mit einem durchschnittlichen laufenden Bruttobedarf ohne Wohnbedarf von höchstens 408 EUR monatlich zuständig.

Quelle: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Sonderauswertung); © Statistische Ämter der Länder, 2014; eigene Berechnungen.

5 Regionale Streuung der Wohnkosten im Vergleich mit anderen Sozialleistungssystemen

Die durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfe der Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren weisen deutlichere regionale Unterschiede aus als die übrigen laufenden Bedarfe. Die regionale Streuung der laufenden Wohnbedarfe wird daher in diesem Kapitel mit derjenigen in anderen Sozialleistungssystemen verglichen. Dabei liegen für den Vergleich zwei Systeme nahe:

- Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II: Diese Leistung können bei Bedürftigkeit erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren und die mit ihnen gemeinsam lebenden Angehörigen erhalten. Diese Personen bilden jeweils eine sog. Bedarfsgemeinschaft. Der Vergleich der Grundsicherung nach dem SGB XII mit diesem System liegt aus zwei Gründen nahe:
 - Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist das mit Abstand größte Fürsorgesystem, also dasjenige mit den meisten Leistungsberechtigten. Im Jahr 2013 gab es 3,3 Mio. Bedarfsgemeinschaften mit 4,4 Mio. erwerbsfähigen und 1,7 Mio. nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014b]).
 - Es werden zeitnah sehr differenzierte monatliche Statistiken zu den Wohnkosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise veröffentlicht.
- Wohngeld: Das Wohngeld - als Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder zur Belastung (Lastenzuschuss) für den selbst genutzten Wohnraum - erhalten Haushalte in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße, der berücksichtigungsfähigen Bruttokaltmiete bzw. Belastung und dem Gesamteinkommen. Für einen Vergleich mit der Grundsicherung nach dem SGB XII hat das Wohngeld den Vorteil, dass Angaben zu den regionalen Wohnkosten nicht nur auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise, sondern auch für größere kreisangehörige Gemeinden vorliegen.

Beim Wohngeld sind die regionalen Mietniveaus Grundlage für eine Einteilung in bundesweit sechs Mietstufen, für die jeweils unterschiedliche Höchstbeträge für die zu berücksichtigende Bruttokaltmiete bzw. Belastung festgelegt sind. Tabelle 3 zeigt die Mietstufen, das zugehörige Mietenniveau in Relation zum Bundesdurchschnitt und die Höchstbeträge für die zu berücksichtigende Bruttokaltmiete bzw. Belastung für Ein- und Zwei-Personen-Haushalte.

Alle Gemeinden ab 10.000 Einwohner/innen sowie die jeweils übrigen Gebiete eines Kreises zusammen sind jeweils einer Mietstufe zugeordnet (§ 12 Abs. 3 WoGG, Anlage zu § 1 Abs. 3 WoGV). Grundlage für die seit Anfang 2009 geltende Zuordnung waren die durchschnittlichen tatsächlichen Bruttokaltmieten je Quadratmeter der Hauptmieterhaushalte¹⁸, die

¹⁸ Einschließlich mietähnliche Nutzungsverhältnisse, insbesondere Inhaber/innen eines mietähnlichen Dauerwohnrechts, einer Genossenschafts- oder einer Stiftswohnung sowie eines dinglichen Wohnungsrechts.

am 31. Dezember 2006 Wohngeld bezogen.¹⁹ Diese durchschnittlichen Mieten sind jedoch - ebenso wie die vom Statistischen Bundesamt jährlich aktualisierten Auswertungen - nicht zugänglich. Daher muss vorliegend auf die festgelegte Zuordnung der Gemeinden zu Mietenstufen und die damit korrespondierenden Mietenniveaus zurückgegriffen werden.

Tabelle 3: Mietenstufen des Wohngelds

Mietenstufe	Mietenniveau	Höchstbeträge für die zu berücksichtigende Bruttokaltmiete bzw. Belastung		
		1-Personen-Haushalte	2-Personen-Haushalte	Abweichung von Mietenstufe III
I	kleiner -15%	292 EUR mtl.	352 EUR mtl.	~-12%
II	-15% bis -5%	308 EUR mtl.	380 EUR mtl.	~-6%
III	-5% bis +5%	330 EUR mtl.	402 EUR mtl.	±0%
IV	+5% bis +15%	358 EUR mtl.	435 EUR mtl.	~+8%
V	+15% bis +25%	385 EUR mtl.	468 EUR mtl.	~+16%
VI	ab +25%	407 EUR mtl.	501 EUR mtl.	~+24%

Anmerkung: Das Mietenniveau ist die Abweichung der Bruttokaltmieten je Quadratmeter von Hauptmieterhaushalten (einschließlich mietähnliche Nutzungsverhältnisse) mit Bezug von Wohngeld am 31. Dezember 2006 vom Bundesdurchschnitt. Die Bruttokaltmieten umfassen die laufende Nettokaltmiete und die laufenden Betriebskosten, nicht jedoch die Heiz- und Warmwasserkosten.

Quelle: § 12 Wohngeldgesetz, eigene Berechnungen.

Aufgrund der unterschiedlichen statistischen Konzepte sind die laufenden Wohnbedarfe der Grundsicherung nach dem SGB XII und die Wohngeld-Mietenstufen nur bedingt miteinander vergleichbar (vgl. auch Tabelle 4). Während bei der Grundsicherung die anerkannten laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung je Person zur Verfügung stehen, geben die Wohngeld-Mietenstufen Aufschluss über Bruttokaltmieten von Hauptmieterinnen und -mietern (einschließlich mietähnliche Nutzungsverhältnisse) je Quadratmeter Wohnfläche. Zudem liegen die Zeitbezüge sechs Jahre auseinander.

Flexibler in der Auswertung ist dagegen die Grundsicherung nach dem SGB II. Daher wurde hier jeweils ein Konzept, das konzeptionell möglichst den vorliegenden Daten zur Grundsicherung nach dem SGB XII bzw. den Wohngeld-Mietenstufen entspricht, verwendet:

- Analog zu laufenden Wohnbedarfen der Grundsicherung nach dem SGB XII: Es werden anerkannte Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II herangezogen. Anders als bei der Grundsicherung nach dem SGB XII sind darin jedoch die Kosten einer zentralen Warmwasserbereitung sowie Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzugskosten nicht enthalten. Diese Kosten sollten jedoch regelmäßig von untergeordneter

¹⁹ Es wurde jedoch offenbar der Gebietsstand vom 31. Dezember 2007 zugrunde gelegt (vgl. auch § 12 Abs. 4 WoGG).

Bedeutung sein, so dass dieser konzeptionelle Unterschied nicht relevant sein sollte. Zudem werden - anders als bei den vorgestellten Auswertungen der Grundsicherung nach dem SGB XII - nur jene mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung einbezogen. Da in beiden Sozialleistungssystemen jeweils nur ein sehr geringer Anteil keine derartigen Kosten hat, sollte die quantitative Relevanz dieses konzeptionellen Unterschieds gering sein. Während die Grundsicherung nach dem SGB XII eine individuelle Leistung ist, bezieht sich die Grundsicherung nach dem SGB II jeweils auf eine Bedarfsgemeinschaft. Um diesen Unterschied zu neutralisieren, werden bei der Grundsicherung nach dem SGB II die Kosten je Person verwendet. Die älteren Empfänger/innen von Grundsicherung nach dem SGB XII dürften überwiegend allein oder mit einer bzw. einem Partner/in zusammenleben. Die Vielfalt der Empfängerstrukturen beim SGB II dürfte hingegen ausgeprägter sein. Daher wurden in die Auswertung der Wohnkosten nur SGB II-Bedarfsgemeinschaften von Alleinstehenden und von Paaren ohne minderjährige Kinder einbezogen. Es läge nahe, für die Auswertungen den gleichen Zeitbezug zu verwenden. Dies wäre beim SGB II jedoch nur unter Verzicht auf einige Regionen möglich gewesen, für die für den Berichtsmonat Dezember 2012 entsprechende Angaben nicht vorliegen.²⁰ Daher wurden die Angaben für den Berichtsmonat Dezember 2013 verwendet.

- Analog zu den Wohngeld-Mietenstufen: Analog zu den Wohngeld-Mietenstufen werden tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter zugrunde gelegt. Dabei werden allerdings anders als bei den Wohngeld-Mietenstufen nicht nur Hauptmieter/innen (einschließlich mietähnliche Nutzungsverhältnisse), sondern alle Mieter/innen einbezogen. Die Unterschiede zwischen Bedarfsgemeinschaft (SGB II) und Haushalt (Wohngeld) werden durch die Betrachtung von Quadratmetermieten neutralisiert. Die Begrenzung auf SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung ist analog zum Wohngeld, da deren Gewährung laufende Wohnkosten voraussetzt. Für das SGB II wurde - im Interesse der Einheitlichkeit mit der vorstehenden Betrachtung und der Aktualität - wiederum der Berichtsmonat Dezember 2013 - und nicht wie für die Wohngeld-Mietenstufen der Dezember 2006 - verwendet.

Einen Überblick über konzeptionelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verwendeten Statistiken gibt Tabelle 4.

Wie auch schon in Kapitel 4 werden jeweils die relativen Abweichungen der regionalen Durchschnitte vom Bundesdurchschnitt in klassierter Form dargestellt. Durch diese Relativierung werden die skizzierten konzeptionellen Unterschiede bei den laufenden Wohnkosten neutralisiert, soweit sie sich proportional gleichmäßig auf die regionalen Durchschnitte auswirken. Die skizzierten konzeptionellen Unterschiede sind jedoch relevant, soweit sie sich regional unterschiedlich auswirken.

²⁰ Dies betrifft die niedersächsischen Landkreise Friesland, Leer und Oldenburg, den nordrhein-westfälischen Kreis Steinfurt und die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart.

Tabelle 4: Ausgewählte konzeptionelle Merkmale der für die laufenden Wohnkosten der verwendeten Statistiken

Merkmal	Laufende Wohnbedarfe		Bruttokaltmieten je Quadratmeter	
	SGB XII	SGB II		Wohngeld-Mietenstufen
Grundgesamtheit	Personen <ul style="list-style-type: none"> mit Bezug von Grundsicherung nach dem SGB XII außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahre im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers 	Bedarfsgemeinschaften <ul style="list-style-type: none"> mit Bezug von Grundsicherung nach dem SGB II mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung nur Alleinstehende bzw. nur Paare ohne minderjährige Kinder 		Haushalte <ul style="list-style-type: none"> mit Bezug von Wohngeld nur Hauptmieter/innen (einschließlich mietähnliche Nutzungsverhältnisse)
Stichtag ^a	31. Dezember 2012	Mitte Dezember 2013		31. Dezember 2006
Zeitraum ^b	Dezember 2012 (bei nur zeitweisem Bezug Hochrechnung auf gesamten Monat)	Dezember 2013 (bei nur zeitweisem Bezug keine Hochrechnung auf gesamten Monat)		Dezember 2006
Gebietsstand	31. Dezember 2012	31. Dezember 2012 (nur geringfügige Änderungen bis 31. Dezember 2013, vgl. Regierung der Oberpfalz [2013])		31. Dezember 2007 ^c
Gebietszuordnung	Trägerzuständigkeit	Wohnort bzw. gewöhnlicher Aufenthalt		Wohnort
Tatsächliche vs. anerkannte Wohnkosten	Anerkannte Wohnkosten	Anerkannte Wohnkosten	Tatsächliche Wohnkosten	Tatsächliche Wohnkosten

Merkmal	Laufende Wohnbedarfe		Bruttokaltmieten je Quadratmeter	
	SGB XII	SGB II		Wohngeld-Mietenstufen
Wohnkosten- definition	Laufende Kosten für <ul style="list-style-type: none"> • Unterkunft • „kalte“ Betriebskosten • Heizung • zentrale Warmwasser- versorgung sowie <ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsbeschaf- fungskosten, Mietkau- tionen und Umzugskos- ten 	Laufende Kosten für <ul style="list-style-type: none"> • Unterkunft • „kalte“ Betriebskosten • Heizung 	Laufende Kosten für <ul style="list-style-type: none"> • Unterkunft • „kalte“ Betriebskosten 	Laufende Kosten für <ul style="list-style-type: none"> • Unterkunft • „kalte“ Betriebskosten
Bezugsgröße	Person	Person	Quadratmeter Wohnfläche	Quadratmeter Wohnfläche
^a Zur Abgrenzung der Grundgesamtheit. ^b Zur Ermittlung der relevanten Wohnkosten. ^c Seither insbesondere Kreisgebietsreformen in Sachsen (zum 1. August 2008) und Mecklenburg-Vorpommern (zum 4. September 2011).				

Quelle: Eigene Darstellung.

Zunächst zeigen die Abbildungen 18 und 19 die durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfe älterer Empfänger/innen von Grundsicherung nach dem SGB XII im Dezember 2012 sowie von leistungsberechtigten Alleinstehenden bzw. Paaren ohne minderjährigen Kinder nach dem SGB II im Dezember 2013 im Regionalvergleich.²¹ Insgesamt gibt es jeweils eine ähnliche Regionalstruktur: Deutlich überdurchschnittliche laufende Wohnbedarfe gibt es vor allem im Raum München, im Rhein-Main-Gebiet sowie in und in der Nähe von Stuttgart, Köln und Hamburg. Bei der Grundsicherung nach dem SGB II sind zudem in der Universitätsstadt Münster die laufenden Wohnbedarfe deutlich überdurchschnittlich. Anders als bei der Grundsicherung nach dem SGB XII sind in Ostdeutschland nicht nur in der Stadt Potsdam, sondern auch in Berlin die laufenden Wohnbedarfe überdurchschnittlich.

Abbildung 20 zeigt wiederum die durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfe älterer Empfänger/innen von Grundsicherung nach dem SGB XII im Dezember 2012 und zudem die durchschnittlichen tatsächlichen Bruttokaltmieten je Quadratmeter von Bedarfsgemeinschaften mit SGB II-Bezug im Dezember 2013 im Regionalvergleich.²² Wiederum sind übereinstimmend die Wohnkosten vor allem im Raum München, im Rhein-Main-Gebiet sowie in und in der Nähe von Stuttgart, Köln und Hamburg überdurchschnittlich. Darüber hinaus zahlen danach SGB II-Leistungsberechtigte auch in den Universitätsstädten Münster, Heidelberg und Freiburg und dessen Umgebung sowie in den Landkreisen Grafschaft Bentheim und Leer (Niedersachsen), Odenwaldstraße (Hessen) und Kusel (Rheinland-Pfalz) deutlich überdurchschnittliche Quadratmetermieten.

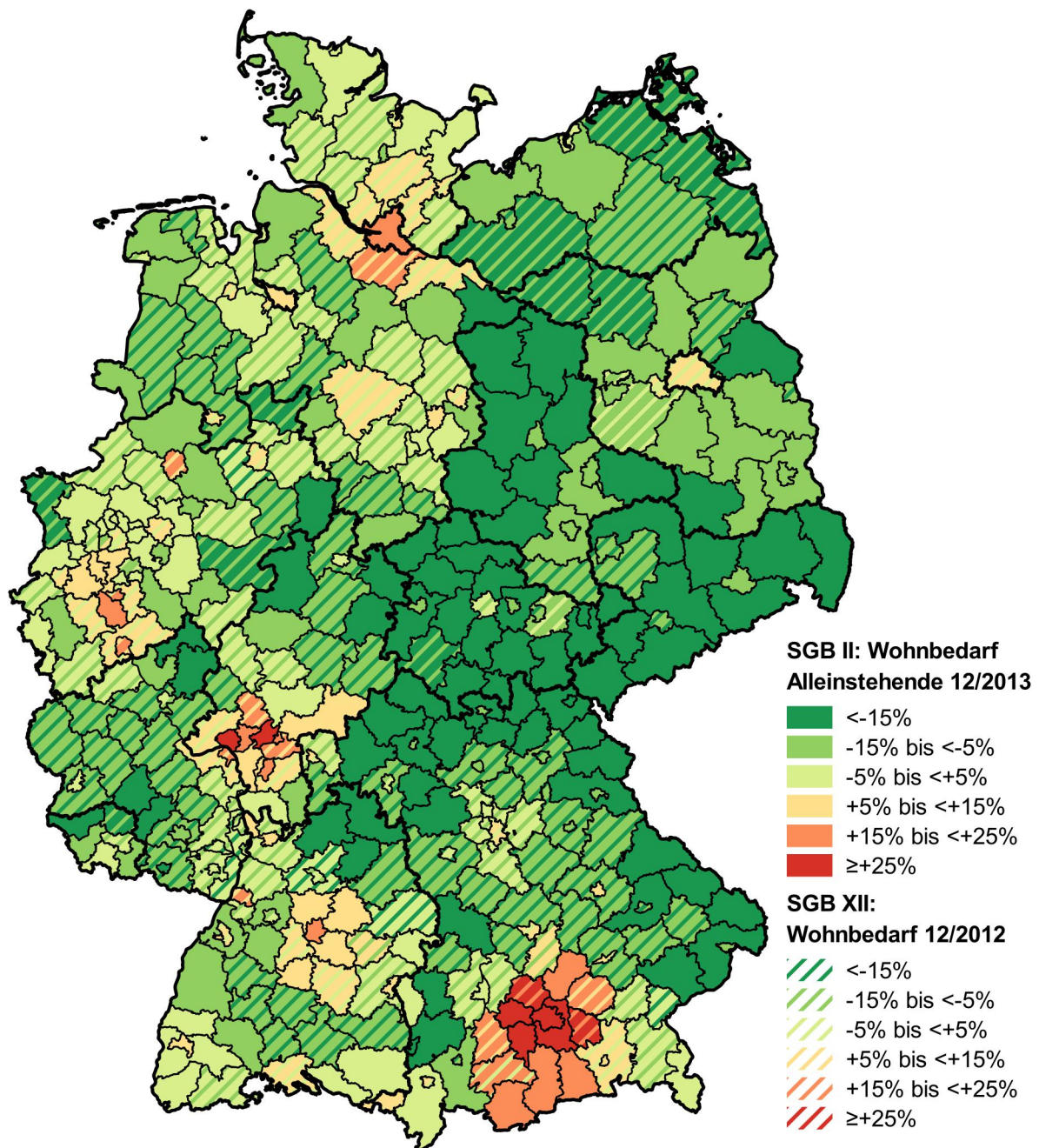
Abbildung 21 zeigt nochmals die durchschnittlichen laufenden Wohnbedarfe älterer Empfänger/innen von Grundsicherung nach dem SGB XII im Dezember 2012 und die anhand der Bruttokaltmieten je Quadratmeter von Hauptmieterhaushalten mit Bezug von Wohngeld am 31. Dezember 2006 gebildeten Mietenstufen im Regionalvergleich.²³ Dabei ist die regionale Differenzierung der Mietenstufen feiner als bei den vorgestellten Ergebnisse der Grundsicherung nach dem SGB XII und der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Für alle Gemeinden ab 10.000 Einwohner/innen sowie für die jeweils restlichen Kreisgebiete wurde eine eigene Mietenstufe ermittelt. Insgesamt zeigt sich bei den Mietenstufen wiederum eine ähnliche regionale Struktur wie bei den laufenden Wohnbedarfen der Grundsicherung nach dem SGB XII: Kostenträchtig sind vor allem der Großraum München, Stuttgart und Umgebung sowie das Rhein-Main-Gebiet. Darüber hinaus gibt es verschiedene weitere, teilweise auch kleinere Regionen mit überdurchschnittlichen Mieten, neben der Region Köln, betrifft dies Hamburg, Hannover, Kiel, Heidelberg, Mannheim und Freiburg sowie in Ostdeutschland Rostock und die brandenburgische Gemeinde Schönefeld südlich von Berlin.

²¹ Die Abbildungen 22 und 23 im Anhang enthalten ergänzend die durchschnittlichen Beträge nach dem SGB II (dort ohne die Wohnbedarfe der Grundsicherung nach dem SGB XII).

²² Abbildung 24 im Anhang enthält ergänzend die durchschnittlichen Beträge nach dem SGB II (dort ohne die Wohnbedarfe der Grundsicherung nach dem SGB XII).

²³ Abbildung 25 im Anhang enthält ergänzend eine genauer erkennbare Darstellung der Wohngeld-Mietenstufen ohne die Wohnbedarfe der Grundsicherung nach dem SGB XII.

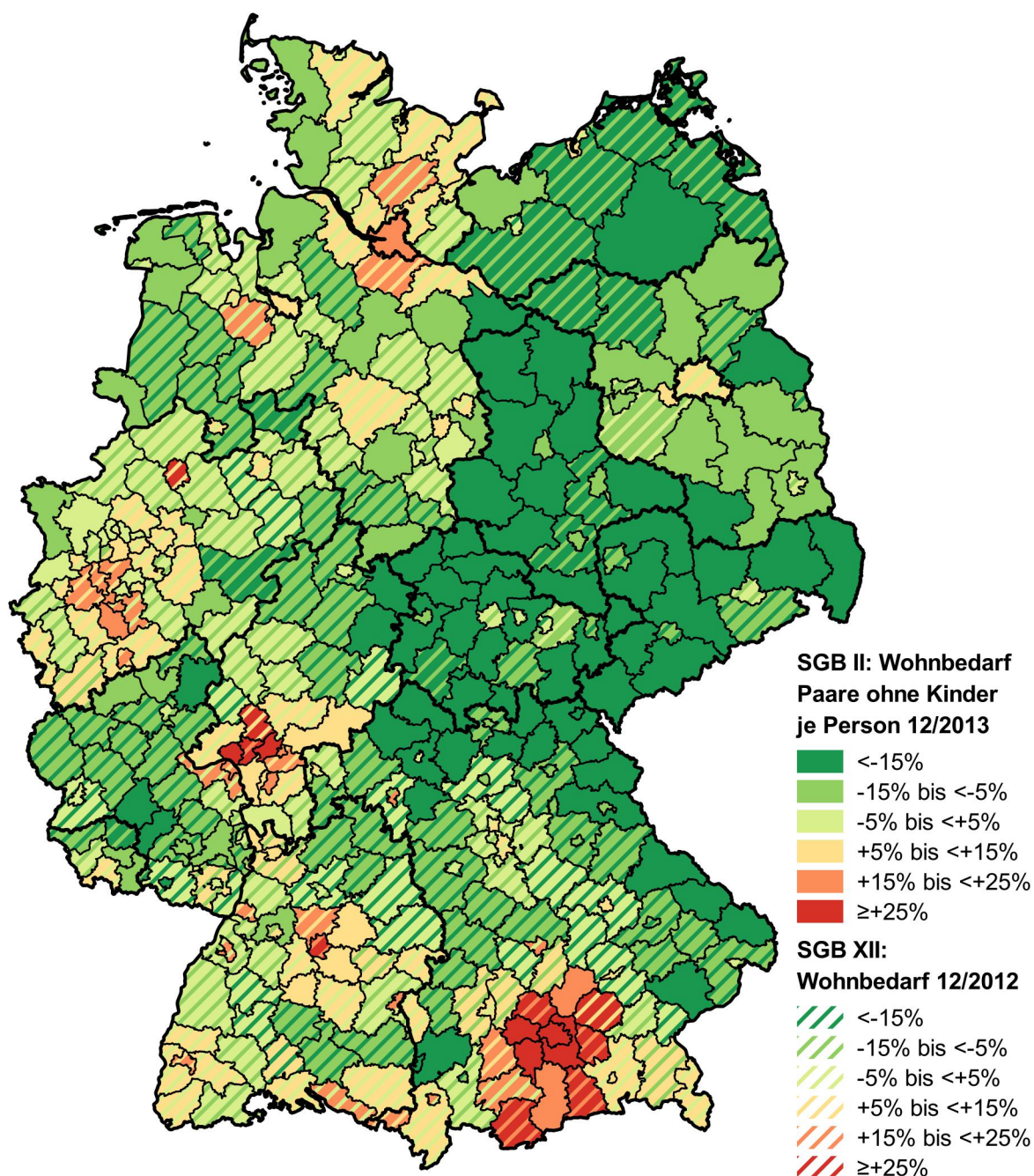
Abbildung 18: Laufende Wohnbedarfe nach dem SGB II (Alleinstehende) und dem SGB XII im Regionalvergleich



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 46.

Quelle: Regional differenzierte Ergebnisse zum SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a, S. 6]; SGB XII: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

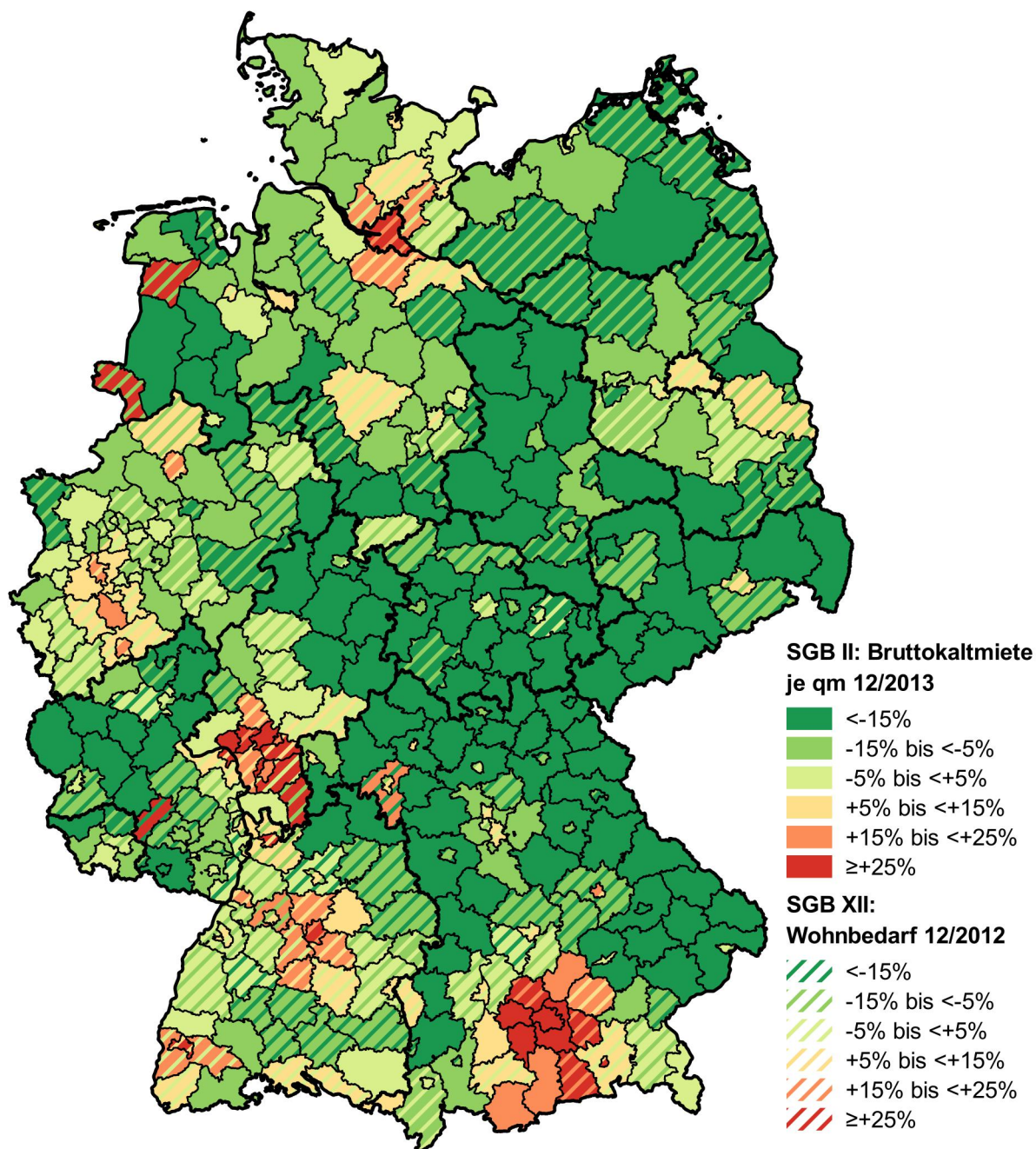
Abbildung 19: Laufende Wohnbedarfe nach dem SGB II (Paare ohne minderjährige Kinder) je Person und dem SGB XII im Regionalvergleich



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 46.

Quelle: Regional differenzierte Ergebnisse zum SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a, S. 6]; SGB XII: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

Abbildung 20: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter (SGB II-Bedarfsgemeinschaften) und laufende Wohnbedarfe (SGB XII) im Regionalvergleich



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 46.

Quelle: Regional differenzierte Ergebnisse zum SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a, S. 7]; SGB XII: Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

Anmerkung zu den Abbildungen 18, 19 und 20 sowie Abbildungen 22, 23 und 24 im Anhang:

Laufende Wohnbedarfe der Grundsicherung (Abbildungen 18, 19 und 20; identisch mit Abbildung 10 in Abschnitt 4.1): Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines der 402 örtlichen Träger (kreisfreie Städte und Kreise). Dargestellt ist die klassierte relative Abweichung der durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung (einschließlich zentrale Warmwasserbereitung) nach § 35 SGB XII (laufende Wohnbedarfe) der 402 örtlichen Träger im Dezember 2012 vom Bundesdurchschnitt der 399.628 Empfänger/innen aller Träger (317 EUR monatlich).

Laufende Wohnbedarfe nach dem SGB II (Abbildungen 18 und 19 sowie Abbildungen 22 und 23 im Anhang): Grundgesamtheit sind die Bedarfsgemeinschaften von Alleinstehenden (1.638.723) bzw. Paaren ohne minderjährige Kinder (343.016) mit SGB II-Bezug zum Zählstichtag Mitte Dezember 2013 mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung (endgültige Daten mit einer Wartezeit von drei Monaten). Dargestellt ist die klassierte relative Abweichung der durchschnittlichen anerkannten laufenden monatlichen Kosten für Unterkunft und Heizung (ohne Warmwasser) je Person in den 402 Kommunen (kreisfreie Städte und Kreise) im Dezember 2013 vom Bundesdurchschnitt (Alleinstehende: 323,45 EUR monatlich; kinderlose Paare: 201,67 EUR monatlich).

Tatsächliche SGB II-Quadratmetermieten (Abbildung 20 sowie Abbildung 24 im Anhang): Grundgesamtheit sind alle 2.845.966 Bedarfsgemeinschaften mit SGB II-Bezug zum Zählstichtag Mitte Dezember 2013 in der Unterkunftsart Miete mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung, für die Angaben zur Wohnfläche vorliegen (für ca. 6% der 3.017.233 Bedarfsgemeinschaften mit laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung liegen keine Angaben zur Wohnfläche vor). Dargestellt ist die klassierte relative Abweichung der durchschnittlichen tatsächlichen laufenden monatlichen Bruttokaltmieten je Quadratmeter Wohnfläche in den 402 Kommunen (kreisfreie Städte und Kreise) im Dezember 2013 vom Bundesdurchschnitt (6,65 EUR monatlich). Die Bruttokaltmieten umfassen die laufende Nettokaltmiete und die laufenden Betriebskosten, nicht jedoch die Heiz- und Warmwasserkosten.

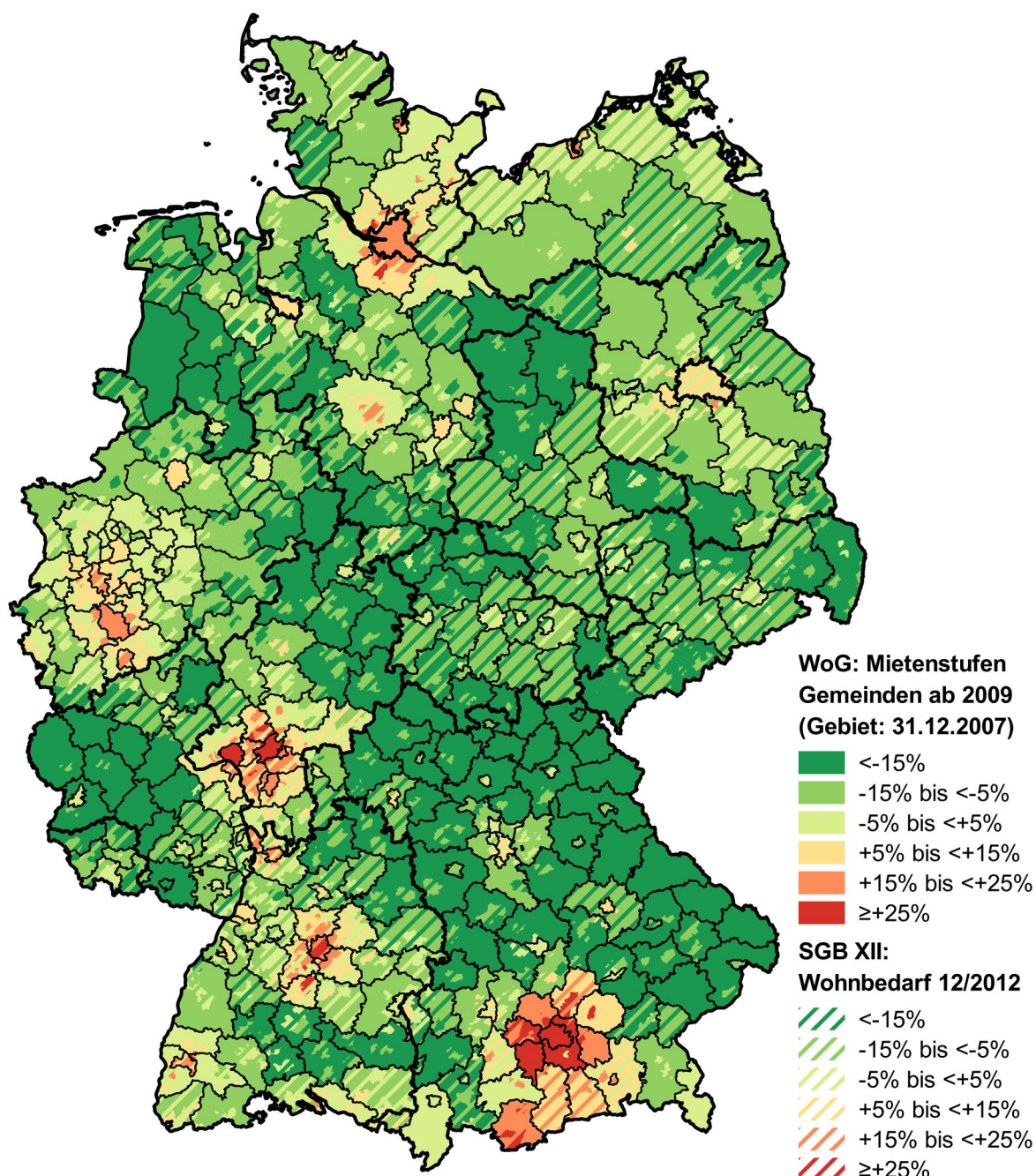
Bedarfsgemeinschaft (§ 7 Abs. 3 SGB II): Zur Bedarfsgemeinschaft gehört mindestens eine erwerbsfähige Person sowie

- bei unverheirateten Personen bis 24 Jahre: die im gleichen Haushalt lebenden Eltern bzw. der im gleichen Haushalt lebende Elternteil und deren bzw. dessen Partner/in;
- deren bzw. dessen Partner/in (nicht dauernd getrennt lebende/r Ehe- oder Lebenspartner/in, eheähnliche/r Lebenspartner/in im gleichen Haushalt);
- die im gleichen Haushalt lebenden unverheirateten Kinder bis 24 Jahre, sofern diese ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können.

SGB II-Bedarfsgemeinschaftstyp „Alleinstehende“ (Abbildung 18): „Alleinstehende“ sind Bedarfsgemeinschaften, die ausschließlich aus einer bzw. einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bestehen.

SGB II-Bedarfsgemeinschaftstyp „Paare ohne minderjährige Kinder“ (Abbildung 19): „Paare ohne minderjährige Kinder“ sind Bedarfsgemeinschaften aus einem Paar, zu deren Bedarfsgemeinschaft kein minderjähriges unverheiratetes Kind gehört; zur Bedarfsgemeinschaft können jedoch volljährige unverheiratete Kinder bis 24 Jahre gehören. Dabei müssen nicht alle Personen der Bedarfsgemeinschaft leistungsberechtigt sein (Ausschlussgründe: § 7 Abs. 4-6 SGB II sowie Erreichen der Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II). Insgesamt kann also eine Bedarfsgemeinschaft eines „kinderlosen Paares“ aus ein, zwei, drei oder auch mehr leistungsberechtigten Personen bestehen.

Abbildung 21: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter (Wohngeld-Mietenstufen) und laufende Wohnbedarfe (SGB XII) im Regionalvergleich



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 48.

Quelle: Anlage zu § 1 Abs. 3 WoGV; Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); Geobasisdaten zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

Anmerkung zu Abbildung 21 sowie Abbildung 25 im Anhang:

Laufende Wohnbedarfe der Grundsicherung (Abbildung 21; identisch mit Abbildung 10 in Abschnitt 4.1): Grundgesamtheit sind die 399.332 Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Zuständigkeitsbereich eines der 402 örtlichen Träger (kreisfreie Städte und Kreise). Dargestellt ist die klassierte relative Abweichung der durchschnittlichen monatlichen Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII (laufende Wohnbedarfe) der 402 örtlichen Träger im Dezember 2012 vom Bundesdurchschnitt der 399.628 Empfänger/innen aller Träger (317 EUR monatlich).

Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter (Wohngeld-Mietenstufen): Grundgesamtheit für die Berechnung der tatsächlichen Bruttokaltmieten je Quadratmeter und der daraus abgeleiteten Mietenstufen waren die Hauptmieterhaushalte (einschließlich mietähnliche Nutzungsverhältnisse) mit Bezug von Wohngeld am 31. Dezember 2006 (einschließlich der bis zum 31. März 2007 erfolgten rückwirkenden Bewilligungen). Da der Anlage zu § 1 Abs. 3 WoGV offenbar die kommunale Gebietsstruktur vom 31. Dezember 2007 zugrunde liegt, wurde dieser Gebietsstand für die Darstellung der Mietenstufen verwendet (also insbesondere vor den Kreisgebietsreformen in Sachsen zum 1. August 2008 und in Mecklenburg-Vorpommern zum 4. September 2011); die schwarz eingezeichneten Grenzen der Kreise und kreisfreien Städte geben jedoch den Gebietsstand am 31. Dezember 2012 wider. Für

- Gemeinden ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und
- kleinere Gemeinden und gemeindefreie Gebiete nach Kreisen zusammengefasst

wurden jeweils durchschnittliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter ermittelt. Die Bruttokaltmieten umfassen die laufende Nettokaltmiete und die laufenden Betriebskosten, nicht jedoch die Heiz- und Warmwasserkosten. Das Mietenniveau wurde dann als relative Abweichung dieser Quadratmetermieten vom Bundesdurchschnitt (5,73 EUR monatlich; vgl. Statistisches Bundesamt [2008, S. 53]) ermittelt. Das Mietenniveau wiederum war Grundlage für die Bildung der Mietenstufen entsprechend der in § 12 Abs. 5 WoGG und Tabelle 3 angegebenen Klassierung.

6 Aufwertung von Entgeltpunkten und Grundsicherungsbezug

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene von CDU, CSU und SPD [2013, S. 52] für die 18. Legislaturperiode sieht die Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente vor (vgl. Kapitel 2). Mit ihr soll die Rente langjährig Versicherter mit mindestens 35 bzw. 40 Beitragsjahren und weniger als 30 Entgeltpunkten aufgestockt werden. 30 Entgeltpunkte entsprachen Ende 2012 - nach Abzug des Eigenanteils an den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung - 754,52 EUR monatlich für Beitragszeiten in Westdeutschland und 669,85 EUR monatlich für Beitragszeiten in Ostdeutschland (Nettorente) (vgl. Tabelle 1 in Kapitel 2).

Dabei stellt sich die Frage, inwieweit es durch eine solidarische Lebensleistungsrente gelingt, im Alter ein Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu vermeiden. Grundsätzlich sind bei der Zielgruppe der solidarischen Lebensleistungsrente hinsichtlich des Grundsicherungsbezugs folgende Fallkonstellationen möglich:

- Personen der Zielgruppe haben auch ohne solidarische Lebensleistungsrente keinen Anspruch auf Grundsicherung. Hierfür können insbesondere folgende Gründe relevant sein:
 - Das eigene anrechenbare Einkommen (Altersrente und ggf. weiteres Einkommen) übersteigt den Grundsicherungsbedarf. Dies kommt insbesondere bei geringen Bedarfen in Betracht, also geringe tatsächliche Wohnkosten und keine erhebliche Beeinträchtigung im Straßenverkehr (kein Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen G).
 - Die bzw. der Partner/in verfügt über ausreichendes anrechenbares Einkommen.
 - Die Person und ggf. die bzw. der Partner/in verfügen über ausreichendes anrechenbares Vermögen.
- Personen der Zielgruppe haben ohne solidarische Lebensleistungsrente einen Anspruch auf Grundsicherung, mit ihr jedoch keinen mehr.
- Personen der Zielgruppe haben auch trotz solidarischer Lebensleistungsrente noch einen Anspruch auf Grundsicherung.

Die quantitative Bedeutung der genannten Fallkonstellationen kann anhand der vorliegenden Daten nicht präzise bestimmt werden. Gleichwohl kann die relative Bedeutung einer relevanten Teilgruppe anhand der in Kapitel 4 vorgestellten Ergebnisse der Empfängerstatistik der Grundsicherung zum 31. Dezember 2012 zumindest grob abgeschätzt werden.

Ausgangspunkt der Abschätzung ist die Verteilung der laufenden Bruttobedarfe von Empfänger/innen von Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahre Ende 2012 (vgl. Abbildung 4 in Abschnitt 4.1). Seinerzeit hatten 44% der älteren Empfänger/innen von Grundsicherung einen laufenden Bruttobedarf von weniger als 700 EUR monatlich. Geht man von einer Gleichverteilung der laufenden Bruttobedarfe innerhalb der beiden angrenzenden Bedarfsklassen aus, dann hatten 58% einen laufenden Bruttobedarf von höchstens 754,52 EUR monatlich (entspricht Nettorente aus 30 westdeutschen Entgeltpunkten) und 39% von höchstens 669,85 EUR monatlich (entspricht Nettorente aus 30 ostdeutschen Entgeltpunkten). Da Westdeutschland deutlich größer als Ostdeutschland ist, dürften Ende 2012 gut die Hälfte der älteren Empfänger/innen von Grundsicherung einen laufenden Bruttobedarf von mehr als 30 Entgeltpunkten gehabt haben.

Dies muss jedoch nicht in gleicher Weise auch für die Zielgruppe der solidarischen Leistungsrente gelten. Aus zumindest zwei Gründen war der Anteil bei dieser Zielgruppe systematisch etwas höher als bei Älteren im Grundsicherungsbezug:

- 21% der älteren Empfänger/innen von Grundsicherung hatten Ende 2012 einen Bedarf für Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, durchschnittlich betrug er bei ihnen 162 EUR monatlich (vgl. Abbildungen 1 und 2 in Abschnitt 4.1). Bei der Zielgruppe der solidarischen Lebensleistungsrente ist davon auszugehen, dass sie regelmäßig in der gesetzlichen Krankenversicherung und analog in der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert ist. Bei ihnen werden zur Berechnung der Grundsicherungsleistungen die entsprechenden Beiträge nicht als Bedarf berücksichtigt, sondern vom anrechenbaren Einkommen abgezogen. Dieser Abzug ist bei der Ermittlung der oben angegebenen Nettorenten bereits berücksichtigt. Daher müsste für einen sinnvollen Vergleich eine Verteilung der laufenden Bruttobedarfe ohne Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung verwendet werden. Da die als Bedarf anerkannten Beiträge mit durchschnittlich 162 EUR monatlich je Empfänger/in eine relevante Größenordnung haben, dürfte diese Bedarfsposition überproportional häufig bei höheren laufenden Bruttobedarfen auftreten. Gleichwohl wird es auch bei geringeren laufenden Bruttobedarfen Fälle mit einem Bedarf für Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung geben. Daher ist der Anteil derjenigen mit einem laufenden Bruttobedarf in Höhe von maximal einer Nettorente aus 30 Entgeltpunkten in der Zielgruppe der solidarischen Lebensleistungsrente etwas höher als bei den älteren Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung.
- Unter Älteren mit geringem Einkommen sind solche mit geringen Bedarfen, insbesondere solche mit geringen Wohnkosten in der Grundsicherung unterrepräsentiert. Dies liegt daran, dass bei geringen Bedarfen ein gegebenes anrechenbares Einkommen häufiger bedarfsdeckend ist und daher häufiger kein Anspruch auf Grundsicherung besteht. Dabei leistet bei Alleinstehenden das Wohngeld einen systematischen Beitrag dazu, dass bei einer ansonsten bestehenden geringfügigen Bedürftigkeit (anrechenbares Einkommen unterschreitet Grundsicherungsbedarf) diese vermieden wird und damit kein Anspruch auf Grundsicherung besteht. Bei Paaren hingegen ist dieser Effekt des Wohngelds grundsätzlich nicht relevant, da bei ihnen bereits ein anrechenbares Einkommen in Höhe bzw. unterhalb des Fürsorgebedarfs²⁴ jeweils dazu führt, dass kein Anspruch mehr auf Wohngeld besteht. Insgesamt ist jedoch wegen der eingangs genannten Unterrepräsentanz der Anteil derjenigen mit einem laufenden Bruttobedarf in Höhe von maximal einer Nettorente aus 30 Entgeltpunkten in der Zielgruppe der solidarischen Lebensleistungsrente etwas höher als bei den älteren Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung.

Insgesamt dürfte damit Ende 2012 eine Aufstockung der Renten langjährig Versicherter auf 30 Entgeltpunkte dazu geführt haben, dass die aufgestockte Rente bei mehr als der Hälfte der

²⁴ Fürsorgebedarf der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für beide Partner oder für eine Person und eine weitgehend analoge Fürsorgeleistung - Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II oder Hilfe zum Lebensunterhalt der Sozialhilfe nach dem SGB XII - für die bzw. den Partner/in, bestehend aus zwei Regelsätzen für Erwachsene in Partnerschaft, Bruttokaltmiete sowie Heiz- und Warmwasserkosten.

Begünstigten den Grundsicherungsbedarf überstiegen hätten. Allerdings hätte ein Teil von ihnen ohnehin - aufgrund eines geringen Bedarfs, sonstigen anrechenbaren Einkommens und Vermögens ggf. einschließlich der Partnerin bzw. Partnerin - keinen Grundsicherungsanspruch gehabt. Insgesamt hätte daher Ende 2012 eine Aufstockung der Renten langjährig Versicherter auf 30 Entgeltpunkte vermutlich bei weniger als der Hälfte der Begünstigten dazu geführt, dass *durch* diese Aufstockung ein Grundsicherungsbezug hätte vermieden werden können.

Die von der großen Koalition für April 2015 geplante Erhöhung des Wohngelds (CDU, CSU und SPD [2013, S. 80], MARSCHALL und QUADBECK [2014]) und die bis 2020 angestrebte Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland (CDU, CSU und SPD [2013, S. 53]) haben jeweils zwei Effekte auf die skizzierten Relationen:

- **Wohngelderhöhung:** Durch eine Wohngelderhöhung nimmt der Anteil der Zielgruppe einer solidarischen Lebensleistungsrente zu, die auch bereits ohne eine Rentenaufstockung ein Einkommen oberhalb ihres Grundsicherungsbedarfs haben. Zugleich nimmt der Anteil derjenigen zu, bei denen die aufgestockte Rente zuzüglich Wohngeld den Grundsicherungsbedarf übersteigt. Offen ist damit, in welche Richtung sich der Anteil derjenigen verändert, der *durch* die Rentenaufstockung nicht mehr auf Grundsicherung angewiesen ist.
- **Rentenangleichung:** Eine Rentenangleichung durch eine Anpassung des ostdeutschen aktuellen Rentenwerts an das westdeutsche Niveau hätte analog zu einer Wohngelderhöhung ebenfalls zwei Effekte: Zum einen würde sich der Anteil an der Zielgruppe einer solidarischen Lebensleistungsrente erhöhen, der auch ohne eine Rentenaufstockung ein Einkommen oberhalb des Grundsicherungsbedarfs hätte. Zum anderen würde der Anteil derjenigen erhöht, bei denen die aufgestockte Rente (ggf. einschließlich Wohngeld) den Grundsicherungsbedarf übersteigt. Wiederum ist unklar, in welche Richtung sich der Anteil derjenigen verändert, der *durch* die Rentenaufstockung nicht mehr auf Grundsicherung angewiesen ist.

7 Fazit

Die große Koalition plant, bis 2017 die Altersrenten langjährig versicherter Geringverdiener/innen mit weniger als 30 Entgeltpunkten aufzustocken. Damit soll erreicht werden, dass diese im Alter nicht auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind bzw. ein Alterseinkommen oberhalb von deren Niveau erhalten.

Wie eine Auswertung der Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Ende 2012 gezeigt hat, kann dieses Ziel nur teilweise erreicht werden. Mehr als die Hälfte der Begünstigten dürfte mit einer Aufstockung auf 30 Entgeltpunkte ein entsprechendes Einkommensniveau erreichen, allerdings wäre wohl nur bei weniger als der Hälfte eine solche Aufstockung hierfür erforderlich.

Die partielle Zielverfehlung liegt an den unterschiedlichen Konstruktionsprinzipien: Eine Aufstockung auf 30 Entgeltpunkte führt zu einem einheitlichen Betrag jeweils in West- und Ostdeutschland, während die Bedarfe der Grundsicherung eine große Bandbreite aufweisen. So ist der Regelsatz unterschiedlich für Alleinstehende und Leistungsberechtigte in Partnerschaft, die anerkannten Wohnkosten variieren erheblich und Personen mit erheblicher Einschränkung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erhalten einen Mehrbedarfszuschlag. Vor allem bei den anerkannten Wohnkosten gibt es eine erhebliche regionale Heterogenität aufgrund unterschiedlicher Mietniveaus.

Literatur

Bundesrat [2014]: „Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2014 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2014 - RWBestV 2014)“, Verordnung der Bundesregierung, *Drucksache*, 187/14, 30. April 2014, Berlin.

Internet:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2014/0187-14.pdf>

CDU, CSU und SPD [2013]: *Deutschlands Zukunft gestalten*, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, Dezember 2013, o.O.

Internet:

<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>

Deutscher Bundestag [2012a]: „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“, Gesetzentwurf der Bundesregierung, *Bundestagsdrucksache*, 17/10748, 24. September 2012, Berlin.

Internet:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/107/1710748.pdf>

Deutscher Bundestag [2012b]: „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss), *Bundestagsdrucksache*, 17/11382, 7. November 2012, Berlin.

Internet:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711382.pdf>

Deutscher Bundestag [2013]: „Rentenversicherungsbericht 2013 und Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2013“, Unterrichtung durch die Bundesregierung, *Bundestagsdrucksache*, 18/95, 20. November 2013, Berlin.

Internet:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/000/1800095.pdf>

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.) [2014]: *Empfehlungen des Deutschen Vereins zu den angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung*, Berlin.

DÜNN, SYLVIA, und RAINER STOSBERG [2013]: „Das ‚Rentenpaket‘ - Rückblick und Vorausschau“, *RVaktuell*, H. 6/2013, S. 119-126.

Internet:

http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/313796/publicationFile/58994/heft_6_duenn_stosberg.pdf

KRAUB, KAREN [2013]: „In Stichpunkten: Ein Überblick über das schlüssige Konzept in der Rechtsprechung des BSG“, *Angemessenheit bei den Kosten der Unterkunft im SGB II*, Dokumentation der DLT-Fachtagung vom 17.9.2013, Deutscher Landkreistag (Hrsg.), Dezember 2013, S. 7-11.

Internet:

http://www.kreise.de/_cms1/images/stories/publikationen/Bd.%20115.pdf

MARSCHALL, BIRGIT, und EVA QUADBECK [2014]: „NRW erhält neue Naturschutzgebiete“, Interview mit Barbara Hendricks, *Rheinische Post Online*, 17. April 2014.

Internet:

<http://www.rp-online.de/politik/deutschland/nrw-erhaelt-neue-naturschutzgebiete-aid-1.4182566>

Regierung der Oberpfalz [2013]: „Gebietsänderung der Landkreise Cham und Schwandorf“, *Presseinfo*, Nr. 308, 4. November 2013, Regensburg.

Internet:

<http://www.regierung.oberpfalz.bayern.de/aktuell/presse/pressemitteilung-4177.htm>

Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a]: *Wohn- und Kostensituation*, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten, <Kreisbezeichnung>, Dezember 2013, Nürnberg.²⁵

(<Kreisbezeichnung> ist die Bezeichnung jeweils einer der 402 kreisfreien Städte und Kreise)

Internet:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201312/iiii7/kdu-kdu/kdu-<Kreisschlüssel>-0-pdf.pdf>

(<Kreisschlüssel> sind die ersten fünf Stellen des Amtlichen Gemeindegemeinschaftsschlüssels; 402 Dokumente)

Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014b]: *Zeitreihe zu Strukturwerten SGB II nach Ländern*, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Berichtsmonat Januar 2014 - endgültige Daten mit Wartezeit von drei Monaten, Nürnberg.

Internet:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iiii7/zr-laender-struktur-rev/zr-laender-struktur-rev-d-0-xls.xls>

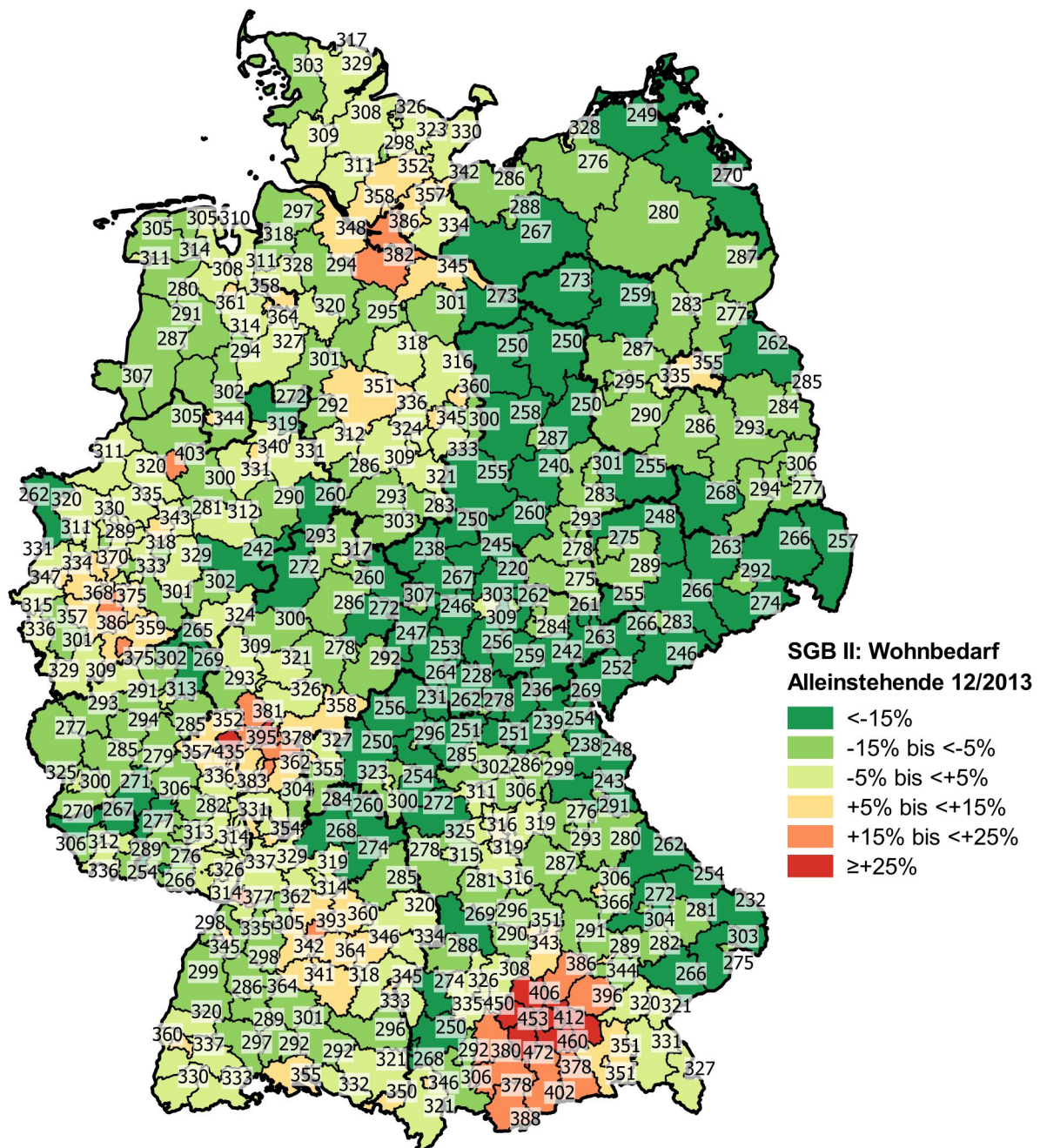
Statistisches Bundesamt [2008]: *Fachserie 13, Sozialleistungen, Reihe 4, Wohngeld*, Berichtsjahr 2006, 17. März 2008, Wiesbaden.

STEINWEDE, JACOB, BRUNO KALTENBORN, PETRA KNERR und STEFAN SCHIEL [2008]: *Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Eine Bilanz*, Juni 2008, München und Mering.

²⁵ Je kreisfreier Stadt bzw. Kreis jeweils ein Dokument, also 402 Quellen.

Anhang

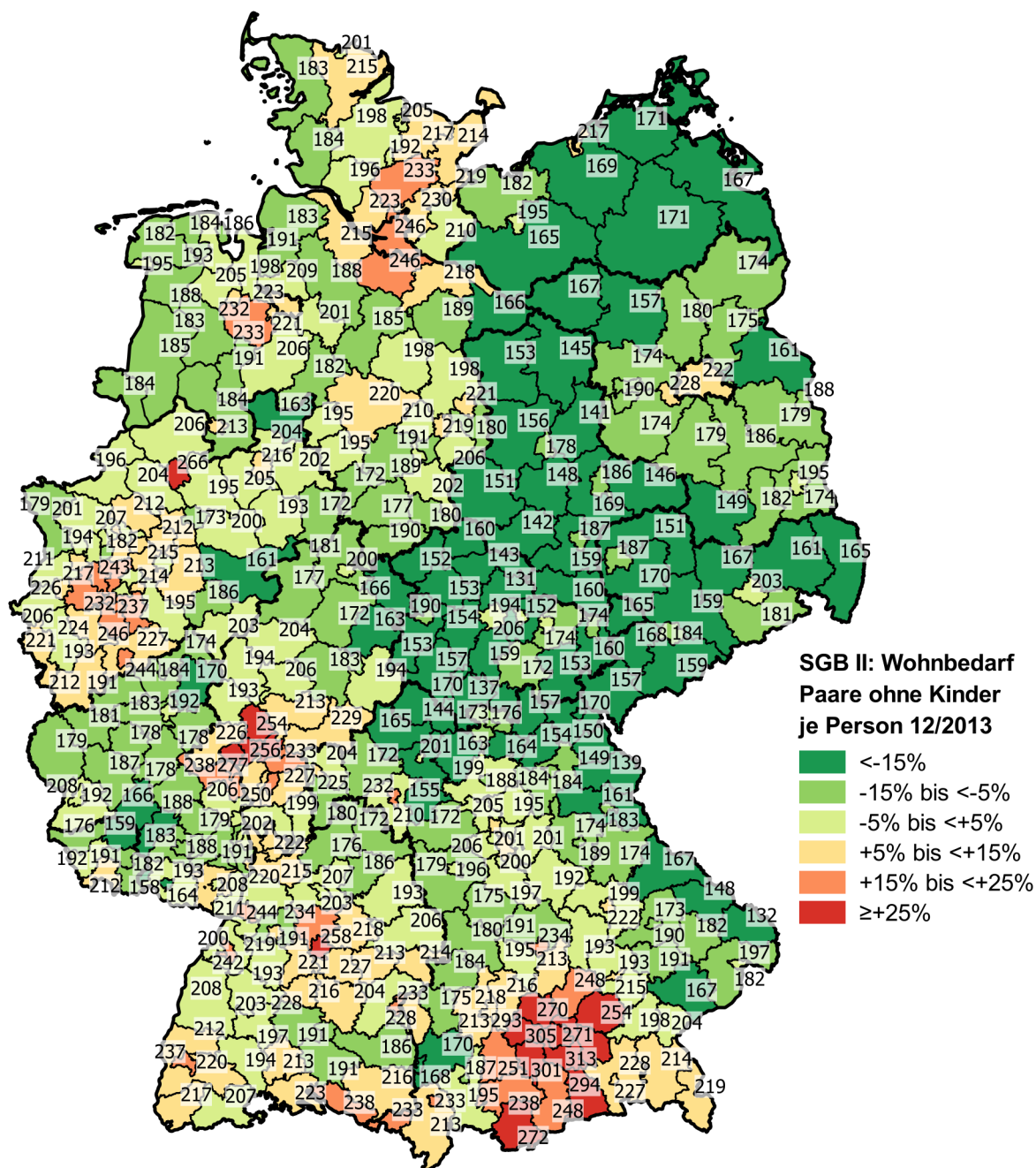
Abbildung 22: Laufende Wohnbedarfe nach dem SGB II (Alleinstehende) im Regionalvergleich



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 46 in Kapitel 5.

Quelle: Regional differenzierte Ergebnisse zum SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a, S. 6]; Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

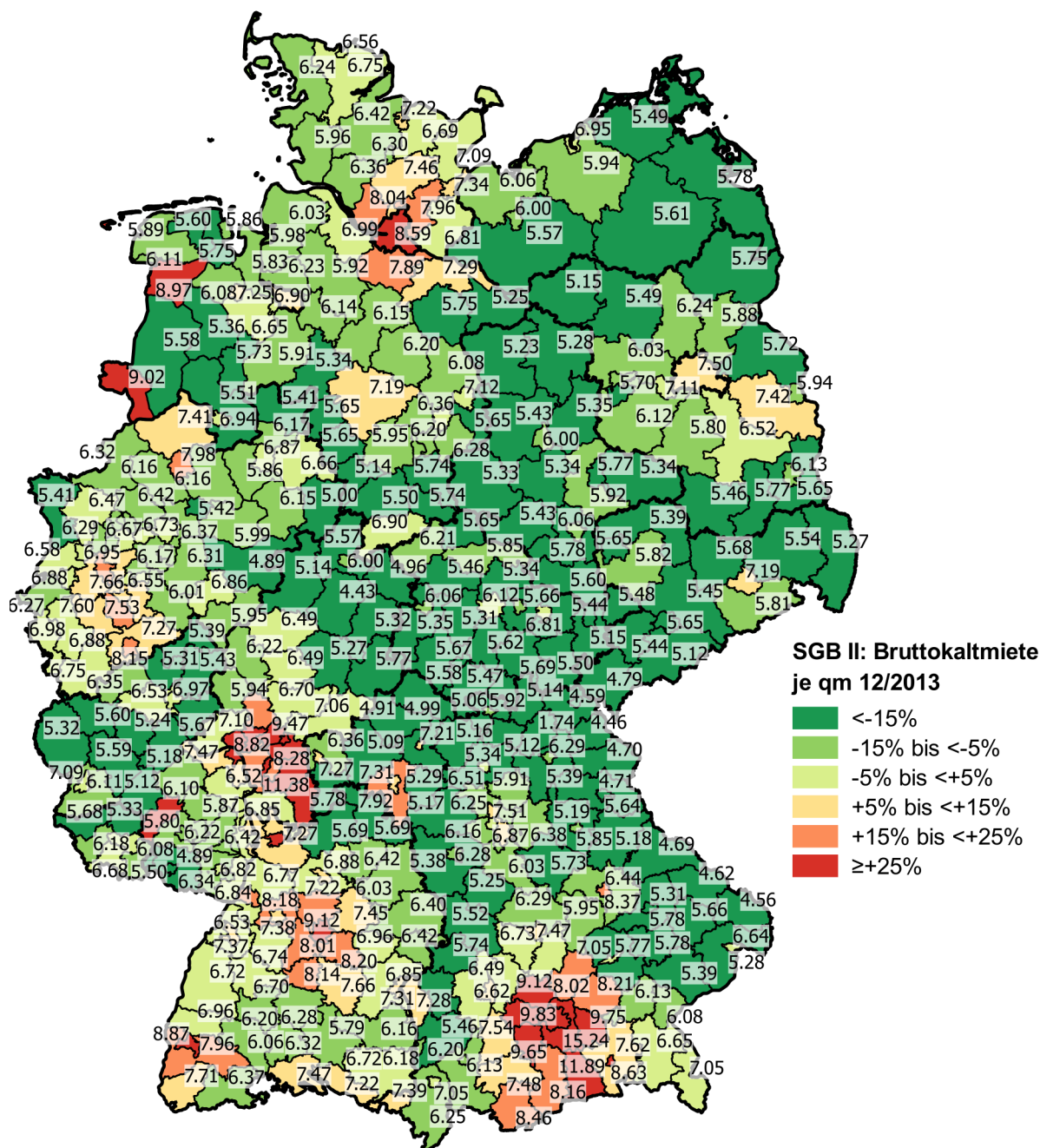
Abbildung 23: Laufende Wohnbedarfe je Person nach dem SGB II (Paare ohne minderjährige Kinder) im Regionalvergleich



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 46 in Kapitel 5.

Quelle: Regional differenzierte Ergebnisse zum SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a, S. 6]; Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

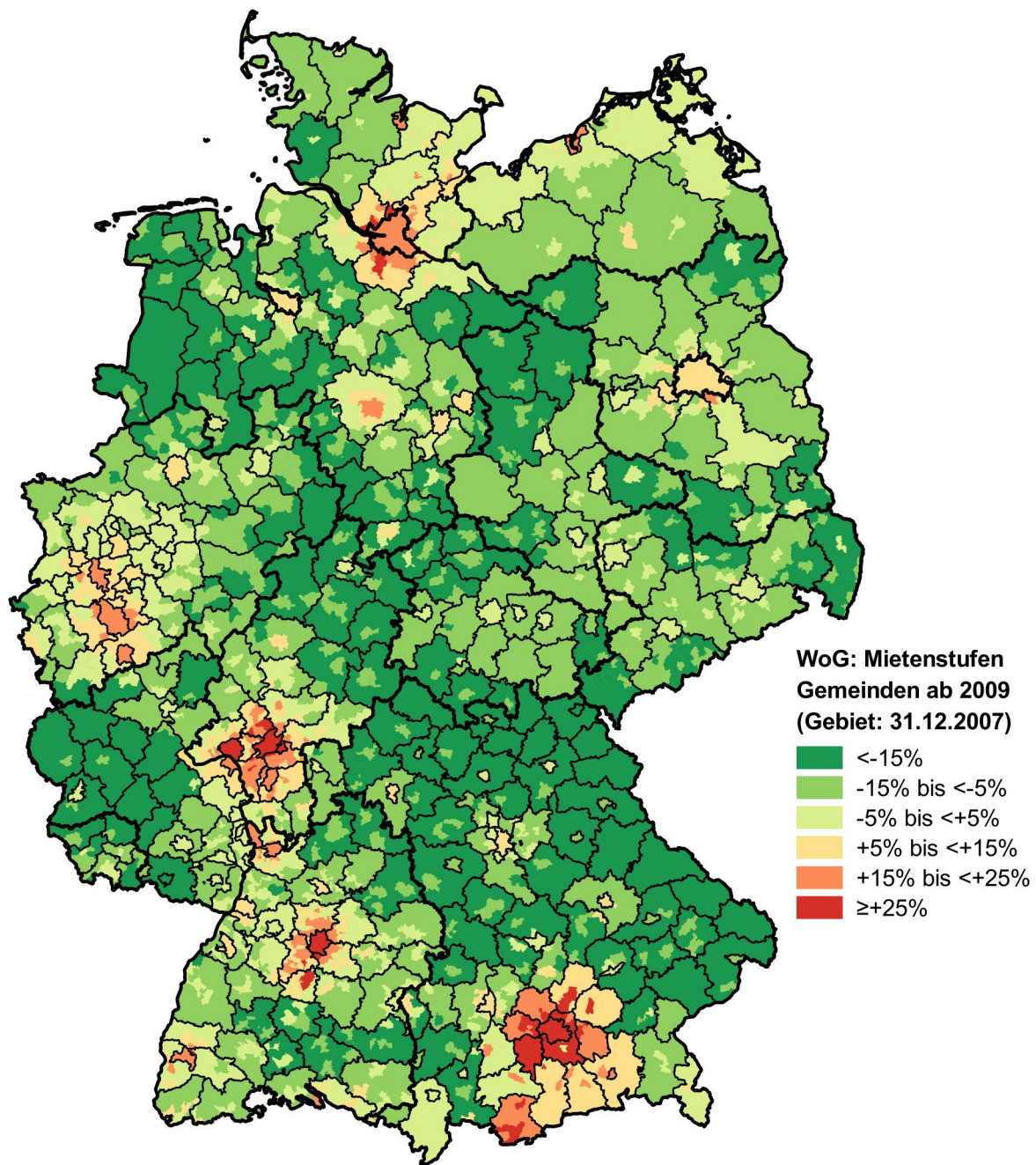
**Abbildung 24: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter von SGB II-Bedarfs-
gemeinschaften im Regionalvergleich**



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 46 in Kapitel 5.

Quelle: Regional differenzierte Ergebnisse zum SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a, S. 7]; Geobasisdaten zum 31. Dezember 2012: © GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

Abbildung 25: Tatsächliche Bruttokaltmieten je Quadratmeter (Wohngeld-Mietenstufen) im Regionalvergleich



Anmerkung: vgl. Kasten auf S. 48 in Kapitel 5.

Quelle: Anlage zu § 1 Abs. 3 WoGV; Geobasisdaten zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2012:
© GeoBasis-DE / BKG 2014; eigene Berechnungen.

Tabelle 5: Durchschnittliche Bruttobedarfe der Grundsicherung nach dem SGB XII und durchschnittliche Wohnkosten von Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II im Regionalvergleich

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
		in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)						
	Deutschland	399.628	727	317	410	323,45	201,67	6,81
01	Schleswig-Holstein	14.905	733 (+1%)	316 (-0%)	417 (+2%)	328,59 (+2%)	209,41 (+4%)	7,00 (+3%)
01001	Flensburg (krsfr. St.)	811	732 (+1%)	305 (-4%)	427 (+4%)	316,63 (-2%)	201,27 (-0%)	6,56 (-4%)
01002	Kiel (krsfr. St.)	2.178	754 (+4%)	338 (+7%)	416 (+1%)	325,58 (+1%)	204,72 (+2%)	7,22 (+6%)
01003	Lübeck (krsfr. St.)	2.433	751 (+3%)	332 (+5%)	419 (+2%)	342,37 (+6%)	218,51 (+8%)	7,34 (+8%)
01004	Neumünster (krsfr. St.)	624	706 (-3%)	291 (-8%)	415 (+1%)	298,39 (-8%)	192,04 (-5%)	6,30 (-7%)
01051	Dithmarschen (Krs.)	525	704 (-3%)	284 (-10%)	420 (+2%)	308,59 (-5%)	184,01 (-9%)	5,96 (-12%)
01053	Herzogtum Lauenburg (Krs.)	782	709 (-2%)	297 (-6%)	412 (+0%)	333,86 (+3%)	210,33 (+4%)	6,81 (+0%)
01054	Nordfriesland (Krs.)	552	704 (-3%)	289 (-9%)	415 (+1%)	302,99 (-6%)	183,47 (-9%)	6,24 (-8%)
01055	Ostholstein (Krs.)	915	746 (+3%)	321 (+1%)	425 (+4%)	330,13 (+2%)	214,16 (+6%)	7,09 (+4%)
01056	Pinneberg (Krs.)	1.466	742 (+2%)	331 (+4%)	411 (+0%)	358,36 (+11%)	223,39 (+11%)	8,04 (+18%)
01057	Plön (Krs.)	503	718 (-1%)	308 (-3%)	410 (+0%)	323,12 (-0%)	217,48 (+8%)	6,69 (-2%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
01058	Rendsburg- Eckernförde (Krs.)	918	707 (-3%)	287 (-9%)	420 (+2%)	307,92 (-5%)	198,39 (-2%)	6,42 (-6%)
01059	Schleswig- Flensburg (Krs.)	779	730 (+0%)	305 (-4%)	425 (+4%)	328,57 (+2%)	215,07 (+7%)	6,75 (-1%)
01060	Segeberg (Krs.)	1.114	732 (+1%)	320 (+1%)	412 (+0%)	351,86 (+9%)	232,52 (+15%)	7,46 (+10%)
01061	Steinburg (Krs.)	563	700 (-4%)	287 (-9%)	413 (+1%)	311,36 (-4%)	196,39 (-3%)	6,36 (-7%)
01062	Stormarn (Krs.)	742	735 (+1%)	319 (+1%)	416 (+1%)	356,85 (+10%)	230,26 (+14%)	7,96 (+17%)
02	Hamburg	19.445	801 (+10%)	384 (+21%)	417 (+2%)	385,50 (+19%)	246,21 (+22%)	8,59 (+26%)
02000	Hamburg (krsfr. St.)	19.445	801 (+10%)	384 (+21%)	417 (+2%)	385,50 (+19%)	246,21 (+22%)	8,59 (+26%)
03	Niedersachsen	39.777	703 (-3%)	297 (-6%)	406 (-1%)	324,53 (+0%)	202,35 (+0%)	6,51 (-4%)
03101	Braunschweig (krsfr. St.)	1.598	753 (+4%)	343 (+8%)	410 (+0%)	345,05 (+7%)	219,10 (+9%)	7,07 (+4%)
03102	Salzgitter (krsfr. St.)	694	725 (-0%)	316 (-0%)	409 (-0%)	324,42 (+0%)	191,21 (-5%)	6,20 (-9%)
03103	Wolfsburg (krsfr. St.)	422	713 (-2%)	317 (+0%)	396 (-3%)	360,05 (+11%)	220,77 (+9%)	7,12 (+5%)
03151	Gifhorn (Lkrs.)	420	673 (-7%)	275 (-13%)	398 (-3%)	315,60 (-2%)	198,11 (-2%)	6,08 (-11%)
03152	Göttingen (Lkrs.)	1.244	696 (-4%)	291 (-8%)	405 (-1%)	302,53 (-6%)	190,34 (-6%)	6,90 (+1%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
03153	Goslar (Lkrs.)	969	705 (-3%)	299 (-6%)	406 (-1%)	320,86 (-1%)	202,24 (+0%)	5,74 (-16%)
03154	Helmstedt (Lkrs.)	326	694 (-5%)	293 (-8%)	401 (-2%)	299,88 (-7%)	179,50 (-11%)	5,65 (-17%)
03155	Northeim (Lkrs.)	527	667 (-8%)	260 (-18%)	407 (-1%)	292,75 (-9%)	176,63 (-12%)	5,50 (-19%)
03156	Osterode am Harz (Lkrs.)	371	658 (-9%)	263 (-17%)	395 (-4%)	282,65 (-13%)	180,07 (-11%)	5,74 (-16%)
03157	Peine (Lkrs.)	497	704 (-3%)	294 (-7%)	410 (+0%)	336,00 (+4%)	209,93 (+4%)	6,36 (-7%)
03158	Wolfenbüttel (Lkrs.)	494	707 (-3%)	304 (-4%)	403 (-2%)	333,46 (+3%)	205,82 (+2%)	6,28 (-8%)
03241	Region Hannover	9.184	728 (+0%)	320 (+1%)	408 (-0%)	350,55 (+8%)	220,14 (+9%)	7,19 (+6%)
03251	Diepholz (Lkrs.)	926	693 (-5%)	290 (-9%)	403 (-2%)	326,86 (+1%)	206,31 (+2%)	5,91 (-13%)
03252	Hameln- Pyrmont (Lkrs.)	946	689 (-5%)	284 (-10%)	405 (-1%)	312,04 (-4%)	195,03 (-3%)	5,65 (-17%)
03254	Hildesheim (Lkrs.)	1.220	701 (-4%)	291 (-8%)	410 (+0%)	308,81 (-5%)	188,79 (-6%)	5,95 (-13%)
03255	Holzminen (Lkrs.)	398	642 (-12%)	246 (-22%)	396 (-3%)	286,35 (-11%)	171,50 (-15%)	5,14 (-25%)
03256	Nienburg (Weser) (Lkrs.)	571	663 (-9%)	261 (-18%)	402 (-2%)	300,59 (-7%)	182,05 (-10%)	5,34 (-22%)
03257	Schaumburg (Lkrs.)	763	682 (-6%)	275 (-13%)	407 (-1%)	292,16 (-10%)	194,80 (-3%)	5,65 (-17%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
03351	Celle (Lkrs.)	1.043	691 (-5%)	289 (-9%)	402 (-2%)	318,10 (-2%)	197,85 (-2%)	6,20 (-9%)
03352	Cuxhaven (Lkrs.)	700	681 (-6%)	270 (-15%)	411 (+0%)	297,30 (-8%)	183,41 (-9%)	6,03 (-11%)
03353	Harburg (Lkrs.)	927	771 (+6%)	352 (+11%)	419 (+2%)	381,59 (+18%)	246,40 (+22%)	7,89 (+16%)
03354	Lüchow-Danzenberg (Lkrs.)	249	648 (-11%)	238 (-25%)	410 (+0%)	273,37 (-15%)	166,46 (-17%)	5,25 (-23%)
03355	Lüneburg (Lkrs.)	733	740 (+2%)	324 (+2%)	416 (+1%)	344,91 (+7%)	218,07 (+8%)	7,29 (+7%)
03356	Osterholz (Lkrs.)	355	684 (-6%)	284 (-10%)	400 (-2%)	328,44 (+2%)	209,41 (+4%)	6,23 (-9%)
03357	Rotenburg (Wümme) (Lkrs.)	508	655 (-10%)	252 (-21%)	403 (-2%)	293,73 (-9%)	188,08 (-7%)	5,92 (-13%)
03358	Heidekreis	533	679 (-7%)	270 (-15%)	409 (-0%)	294,92 (-9%)	184,88 (-8%)	6,15 (-10%)
03359	Stade (Lkrs.)	829	719 (-1%)	312 (-2%)	407 (-1%)	348,22 (+8%)	215,30 (+7%)	6,99 (+3%)
03360	Uelzen (Lkrs.)	320	689 (-5%)	271 (-15%)	418 (+2%)	300,65 (-7%)	188,67 (-6%)	5,75 (-16%)
03361	Verden (Lkrs.)	538	695 (-4%)	301 (-5%)	394 (-4%)	320,37 (-1%)	200,75 (-0%)	6,14 (-10%)
03401	Delmenhorst (krsfr. St.)	663	735 (+1%)	325 (+3%)	410 (+0%)	363,54 (+12%)	220,71 (+9%)	6,90 (+1%)
03402	Emden (krsfr. St.)	325	697 (-4%)	301 (-5%)	396 (-3%)	311,06 (-4%)	194,55 (-4%)	6,11 (-10%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
03403	Oldenburg (Oldenburg) (krsfr. St.)	936	733 (+1%)	327 (+3%)	406 (-1%)	360,51 (+11%)	231,91 (+15%)	7,25 (+6%)
03404	Osnabrück (krsfr. St.)	1.535	712 (-2%)	305 (-4%)	407 (-1%)	343,94 (+6%)	213,40 (+6%)	6,94 (+2%)
03405	Wilhelmshaven (krsfr. St.)	686	726 (-0%)	307 (-3%)	419 (+2%)	309,90 (-4%)	185,84 (-8%)	5,86 (-14%)
03451	Ammerland (Lkrs.)	456	692 (-5%)	285 (-10%)	407 (-1%)	307,91 (-5%)	205,06 (+2%)	6,08 (-11%)
03452	Aurich (Lkrs.)	652	685 (-6%)	281 (-11%)	404 (-1%)	304,73 (-6%)	181,81 (-10%)	5,89 (-14%)
03453	Cloppenburg (Lkrs.)	639	615 (-15%)	224 (-29%)	391 (-5%)	290,58 (-10%)	182,65 (-9%)	5,36 (-21%)
03454	Emsland (Lkrs.)	1.036	648 (-11%)	251 (-21%)	397 (-3%)	286,80 (-11%)	185,24 (-8%)	5,58 (-18%)
03455	Friesland (Lkrs.)	400	700 (-4%)	296 (-7%)	404 (-1%)	314,27 (-3%)	192,98 (-4%)	5,75 (-16%)
03456	Grafschaft Bentheim (Lkrs.)	464	674 (-7%)	274 (-14%)	400 (-2%)	307,07 (-5%)	184,45 (-9%)	9,02 (+32%)
03457	Leer (Lkrs.)	707	668 (-8%)	270 (-15%)	398 (-3%)	280,10 (-13%)	187,64 (-7%)	8,97 (+32%)
03458	Oldenburg (Lkrs.)	494	704 (-3%)	302 (-5%)	402 (-2%)	313,65 (-3%)	232,87 (+15%)	6,65 (-2%)
03459	Osnabrück (Lkrs.)	1.262	667 (-8%)	268 (-15%)	399 (-3%)	302,17 (-7%)	184,33 (-9%)	5,51 (-19%)
03460	Vechta (Lkrs.)	489	634 (-13%)	243 (-23%)	391 (-5%)	294,41 (-9%)	191,45 (-5%)	5,73 (-16%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
03461	Wesermarsch (Lkrs.)	465	694 (-5%)	280 (-12%)	414 (+1%)	310,96 (-4%)	197,94 (-2%)	5,83 (-14%)
03462	Wittmund (Lkrs.)	263	649 (-11%)	253 (-20%)	396 (-3%)	305,00 (-6%)	184,33 (-9%)	5,60 (-18%)
04	Bremen	7.137	744 (+2%)	333 (+5%)	411 (+0%)	349,62 (+8%)	215,48 (+7%)	7,00 (+3%)
04011	Bremen (krsfr. St.)	5.745	747 (+3%)	336 (+6%)	411 (+0%)	358,05 (+11%)	222,99 (+11%)	7,26 (+7%)
04012	Bremerhaven (krsfr. St.)	1.392	731 (+1%)	318 (+0%)	413 (+1%)	317,55 (-2%)	191,46 (-5%)	5,98 (-12%)
05	Nordrhein-Westfalen	110.496	727 (+0%)	319 (+1%)	408 (-0%)	332,56 (+3%)	213,42 (+6%)	6,77 (-1%)
05111	Düsseldorf (krsfr. St.)	7.276	776 (+7%)	357 (+13%)	419 (+2%)	369,53 (+14%)	242,65 (+20%)	8,37 (+23%)
05112	Duisburg (krsfr. St.)	3.746	692 (-5%)	284 (-10%)	408 (-0%)	310,78 (-4%)	193,75 (-4%)	6,29 (-8%)
05113	Essen (krsfr. St.)	5.068	750 (+3%)	338 (+7%)	412 (+0%)	324,67 (+0%)	217,21 (+8%)	6,67 (-2%)
05114	Krefeld (krsfr. St.)	2.061	734 (+1%)	322 (+2%)	412 (+0%)	334,33 (+3%)	216,80 (+8%)	6,95 (+2%)
05116	Mönchengladbach (krsfr. St.)	2.494	724 (-0%)	317 (+0%)	407 (-1%)	346,76 (+7%)	225,91 (+12%)	6,88 (+1%)
05117	Mülheim an der Ruhr (krsfr. St.)	1.526	742 (+2%)	334 (+5%)	408 (-0%)	288,71 (-11%)	181,57 (-10%)	6,12 (-10%)
05119	Oberhausen (krsfr. St.)	1.439	716 (-2%)	302 (-5%)	414 (+1%)	318,85 (-1%)	194,95 (-3%)	6,29 (-8%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
05120	Remscheid (krsfr. St.)	583	729 (+0%)	312 (-2%)	417 (+2%)	333,09 (+3%)	213,82 (+6%)	6,57 (-4%)
05122	Solingen (krsfr. St.)	932	724 (-0%)	309 (-3%)	415 (+1%)	331,47 (+2%)	200,10 (-1%)	6,55 (-4%)
05124	Wuppertal (krsfr. St.)	2.998	718 (-1%)	305 (-4%)	413 (+1%)	291,58 (-10%)	193,75 (-4%)	6,17 (-9%)
05154	Kleve (Krs.)	1.161	689 (-5%)	289 (-9%)	400 (-2%)	262,48 (-19%)	178,78 (-11%)	5,41 (-21%)
05158	Mettmann (Krs.)	3.116	756 (+4%)	347 (+9%)	409 (-0%)	359,75 (+11%)	241,28 (+20%)	7,48 (+10%)
05162	Rhein-Kreis Neuss	2.113	744 (+2%)	341 (+8%)	403 (-2%)	367,55 (+14%)	232,43 (+15%)	7,66 (+12%)
05166	Viersen (Krs.)	1.254	727 (+0%)	314 (-1%)	413 (+1%)	331,15 (+2%)	211,13 (+5%)	6,58 (-3%)
05170	Wesel (Krs.)	2.000	712 (-2%)	306 (-3%)	406 (-1%)	319,54 (-1%)	200,82 (-0%)	6,47 (-5%)
05314	Bonn (krsfr. St.)	2.221	753 (+4%)	342 (+8%)	411 (+0%)	374,61 (+16%)	243,91 (+21%)	8,15 (+20%)
05315	Köln (krsfr. St.)	11.234	778 (+7%)	365 (+15%)	413 (+1%)	385,97 (+19%)	246,04 (+22%)	8,32 (+22%)
05316	Leverkusen (krsfr. St.)	1.003	738 (+2%)	327 (+3%)	411 (+0%)	375,37 (+16%)	236,73 (+17%)	7,53 (+11%)
05334	Städteregion Aachen	4.095	737 (+1%)	327 (+3%)	410 (+0%)	335,74 (+4%)	220,96 (+10%)	6,98 (+2%)
05358	Düren (Krs.)	1.117	684 (-6%)	275 (-13%)	409 (-0%)	301,29 (-7%)	192,66 (-4%)	6,88 (+1%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
05362	Rhein-Erft-Kreis	2.349	731 (+1%)	324 (+2%)	407 (-1%)	357,28 (+10%)	223,55 (+11%)	7,60 (+12%)
05366	Euskirchen (Krs.)	759	689 (-5%)	292 (-8%)	397 (-3%)	329,25 (+2%)	211,96 (+5%)	6,75 (-1%)
05370	Heinsberg (Krs.)	1.021	706 (-3%)	297 (-6%)	409 (-0%)	314,75 (-3%)	206,18 (+2%)	6,27 (-8%)
05374	Oberbergischer Kreis	1.085	687 (-6%)	285 (-10%)	402 (-2%)	301,46 (-7%)	195,07 (-3%)	6,01 (-12%)
05378	Rheinisch-Bergischer Kreis	1.331	734 (+1%)	329 (+4%)	405 (-1%)	370,59 (+15%)	239,26 (+19%)	7,74 (+14%)
05382	Rhein-Sieg-Kreis	2.474	727 (+0%)	326 (+3%)	401 (-2%)	358,68 (+11%)	226,73 (+12%)	7,27 (+7%)
05512	Bottrop (krsfr. St.)	604	742 (+2%)	324 (+2%)	418 (+2%)	329,52 (+2%)	207,40 (+3%)	6,39 (-6%)
05513	Gelsenkirchen (krsfr. St.)	2.311	726 (-0%)	312 (-2%)	414 (+1%)	312,88 (-3%)	195,42 (-3%)	5,88 (-14%)
05515	Münster (krsfr. St.)	1.672	759 (+4%)	348 (+10%)	411 (+0%)	403,20 (+25%)	265,90 (+32%)	7,98 (+17%)
05554	Borken (Krs.)	1.373	678 (-7%)	284 (-10%)	394 (-4%)	310,89 (-4%)	196,32 (-3%)	6,32 (-7%)
05558	Coesfeld (Krs.)	730	690 (-5%)	293 (-8%)	397 (-3%)	319,60 (-1%)	204,16 (+1%)	6,16 (-10%)
05562	Recklinghausen (Krs.)	3.794	723 (-1%)	318 (+0%)	405 (-1%)	335,09 (+4%)	212,29 (+5%)	6,42 (-6%)
05566	Steinfurt (Krs.)	1.560	686 (-6%)	291 (-8%)	395 (-4%)	305,02 (-6%)	205,78 (+2%)	7,41 (+9%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
05570	Warendorf (Krs.)	867	681 (-6%)	286 (-10%)	395 (-4%)	300,06 (-7%)	195,33 (-3%)	6,16 (-10%)
05711	Bielefeld (krsfr. St.)	2.165	721 (-1%)	319 (+1%)	402 (-2%)	340,50 (+5%)	216,48 (+7%)	6,87 (+1%)
05754	Gütersloh (Krs.)	1.474	644 (-11%)	259 (-18%)	385 (-6%)	330,77 (+2%)	205,43 (+2%)	5,86 (-14%)
05758	Herford (Krs.)	1.108	682 (-6%)	289 (-9%)	393 (-4%)	319,33 (-1%)	203,52 (+1%)	6,17 (-9%)
05762	Höxter (Krs.)	429	618 (-15%)	228 (-28%)	390 (-5%)	260,40 (-19%)	171,58 (-15%)	5,00 (-27%)
05766	Lippe (Krs.)	1.588	679 (-7%)	285 (-10%)	394 (-4%)	331,44 (+2%)	201,95 (+0%)	6,66 (-2%)
05770	Minden-Lübbecke (Krs.)	1.448	685 (-6%)	293 (-8%)	392 (-4%)	271,80 (-16%)	162,99 (-19%)	5,41 (-21%)
05774	Paderborn (Krs.)	1.333	649 (-11%)	257 (-19%)	392 (-4%)	290,47 (-10%)	193,04 (-4%)	6,15 (-10%)
05911	Bochum (krsfr. St.)	2.548	724 (-0%)	311 (-2%)	413 (+1%)	336,70 (+4%)	217,38 (+8%)	6,73 (-1%)
05913	Dortmund (krsfr. St.)	6.152	720 (-1%)	312 (-2%)	408 (-0%)	343,09 (+6%)	212,29 (+5%)	6,58 (-3%)
05914	Hagen (krsfr. St.)	1.464	699 (-4%)	290 (-9%)	409 (-0%)	307,26 (-5%)	195,55 (-3%)	6,13 (-10%)
05915	Hamm (krsfr. St.)	895	705 (-3%)	298 (-6%)	407 (-1%)	280,86 (-13%)	173,49 (-14%)	5,42 (-20%)
05916	Herne (krsfr. St.)	989	699 (-4%)	282 (-11%)	417 (+2%)	311,93 (-4%)	192,88 (-4%)	6,03 (-11%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
05954	Ennepe-Ruhr-Kreis	1.726	732 (+1%)	321 (+1%)	411 (+0%)	318,02 (-2%)	215,07 (+7%)	6,24 (-8%)
05958	Hochsauerlandkreis	1.079	673 (-7%)	270 (-15%)	403 (-2%)	242,32 (-25%)	161,39 (-20%)	4,89 (-28%)
05962	Märkischer Kreis	2.050	709 (-2%)	306 (-3%)	403 (-2%)	329,23 (+2%)	212,99 (+6%)	6,31 (-7%)
05966	Olpe (Krs.)	414	668 (-8%)	275 (-13%)	393 (-4%)	302,47 (-6%)	186,10 (-8%)	6,86 (+1%)
05970	Siegen-Wittgenstein (Krs.)	1.084	696 (-4%)	290 (-9%)	406 (-1%)	323,50 (+0%)	202,96 (+1%)	5,95 (-13%)
05974	Soest (Krs.)	1.189	688 (-5%)	282 (-11%)	406 (-1%)	311,74 (-4%)	200,46 (-1%)	5,99 (-12%)
05978	Unna (Krs.)	1.994	722 (-1%)	311 (-2%)	411 (+0%)	335,64 (+4%)	213,54 (+6%)	6,37 (-6%)
06	Hessen	36.028	747 (+3%)	343 (+8%)	404 (-1%)	358,89 (+11%)	220,85 (+10%)	7,70 (+13%)
06411	Darmstadt (krsfr. St.)	1.170	774 (+6%)	378 (+19%)	396 (-3%)	383,49 (+19%)	249,66 (+24%)	8,28 (+22%)
06412	Frankfurt am Main (krsfr. St.)	7.917	832 (+14%)	415 (+31%)	417 (+2%)	441,48 (+36%)	259,77 (+29%)	9,47 (+39%)
06413	Offenbach am Main (krsfr. St.)	1.455	788 (+8%)	371 (+17%)	417 (+2%)	373,46 (+15%)	238,42 (+18%)	8,98 (+32%)
06414	Wiesbaden (krsfr. St.)	2.781	830 (+14%)	420 (+32%)	410 (+0%)	435,29 (+35%)	277,24 (+37%)	9,05 (+33%)
06431	Bergstraße (Lkrs.)	1.089	703 (-3%)	303 (-4%)	400 (-2%)	331,67 (+3%)	202,85 (+1%)	6,82 (+0%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
06432	Darmstadt- Dieburg (Lkrs.)	943	728 (+0%)	329 (+4%)	399 (-3%)	361,85 (+12%)	226,93 (+13%)	11,38 (+67%)
06433	Groß-Gerau (Lkrs.)	1.098	729 (+0%)	334 (+5%)	395 (-4%)	356,16 (+10%)	228,22 (+13%)	8,30 (+22%)
06434	Hochtaunuskreis	1.004	761 (+5%)	354 (+12%)	407 (-1%)	380,74 (+18%)	253,68 (+26%)	7,89 (+16%)
06435	Main-Kinzig- Kreis	2.056	734 (+1%)	338 (+7%)	396 (-3%)	358,32 (+11%)	228,98 (+14%)	7,06 (+4%)
06436	Main-Taunus- Kreis	986	787 (+8%)	370 (+17%)	417 (+2%)	395,49 (+22%)	256,29 (+27%)	8,52 (+25%)
06437	Odenwaldkreis	372	677 (-7%)	274 (-14%)	403 (-2%)	303,64 (-6%)	198,57 (-2%)	8,89 (+31%)
06438	Offenbach (Lkrs.)	1.975	762 (+5%)	359 (+13%)	403 (-2%)	377,93 (+17%)	232,95 (+16%)	8,85 (+30%)
06439	Rheingau- Taunus-Kreis	610	697 (-4%)	302 (-5%)	395 (-4%)	351,56 (+9%)	225,95 (+12%)	7,10 (+4%)
06440	Wetteraukreis	1.371	704 (-3%)	304 (-4%)	400 (-2%)	326,01 (+1%)	213,29 (+6%)	6,70 (-2%)
06531	Gießen (Lkrs.)	1.451	685 (-6%)	293 (-8%)	392 (-4%)	320,57 (-1%)	205,81 (+2%)	6,49 (-5%)
06532	Lahn-Dill-Kreis	1.248	672 (-8%)	280 (-12%)	392 (-4%)	309,10 (-4%)	194,40 (-4%)	6,22 (-9%)
06533	Limburg- Weilburg (Lkrs.)	760	666 (-8%)	267 (-16%)	399 (-3%)	292,87 (-9%)	192,74 (-4%)	5,94 (-13%)
06534	Marburg-Bie- denkopf (Lkrs.)	1.015	679 (-7%)	282 (-11%)	397 (-3%)	299,89 (-7%)	203,66 (+1%)	6,49 (-5%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
06535	Vogelsbergkreis	362	643 (-12%)	252 (-21%)	391 (-5%)	278,28 (-14%)	183,07 (-9%)	5,27 (-23%)
06611	Kassel (krsfr. St.)	2.225	712 (-2%)	306 (-3%)	406 (-1%)	317,49 (-2%)	200,40 (-1%)	6,00 (-12%)
06631	Fulda (Lkrs.)	995	655 (-10%)	256 (-19%)	399 (-3%)	291,90 (-10%)	193,62 (-4%)	5,77 (-15%)
06632	Hersfeld-Rotenburg (Lkrs.)	486	648 (-11%)	254 (-20%)	394 (-4%)	272,40 (-16%)	163,37 (-19%)	5,32 (-22%)
06633	Kassel (Lkrs.)	896	657 (-10%)	265 (-16%)	392 (-4%)	293,06 (-9%)	181,20 (-10%)	5,57 (-18%)
06634	Schwalm-Eder-Kreis	678	639 (-12%)	247 (-22%)	392 (-4%)	285,60 (-12%)	172,49 (-14%)	4,43 (-35%)
06635	Waldeck-Frankenberg (Lkrs.)	601	622 (-14%)	234 (-26%)	388 (-5%)	272,17 (-16%)	176,70 (-12%)	5,14 (-25%)
06636	Werra-Meißner-Kreis	484	664 (-9%)	266 (-16%)	398 (-3%)	260,44 (-19%)	165,53 (-18%)	4,96 (-27%)
07	Rheinland-Pfalz	17.190	684 (-6%)	276 (-13%)	408 (-0%)	306,55 (-5%)	191,74 (-5%)	6,51 (-4%)
07111	Koblenz (krsfr. St.)	1.123	680 (-6%)	278 (-12%)	402 (-2%)	313,40 (-3%)	192,49 (-5%)	6,97 (+2%)
07131	Ahrweiler (Lkrs.)	448	708 (-3%)	283 (-11%)	425 (+4%)	308,78 (-5%)	190,51 (-6%)	6,35 (-7%)
07132	Altenkirchen (Westerwald) (Lkrs.)	370	642 (-12%)	242 (-24%)	400 (-2%)	265,32 (-18%)	174,30 (-14%)	5,39 (-21%)
07133	Bad Kreuznach (Lkrs.)	697	666 (-8%)	256 (-19%)	410 (+0%)	305,66 (-6%)	188,25 (-7%)	6,10 (-10%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
07134	Birkenfeld (Lkrs.)	382	649 (-11%)	244 (-23%)	405 (-1%)	270,79 (-16%)	165,87 (-18%)	5,12 (-25%)
07135	Cochem-Zell (Lkrs.)	215	638 (-12%)	230 (-27%)	408 (-0%)	294,47 (-9%)	177,64 (-12%)	5,24 (-23%)
07137	Mayen-Koblenz (Lkrs.)	872	664 (-9%)	258 (-19%)	406 (-1%)	291,44 (-10%)	182,67 (-9%)	6,53 (-4%)
07138	Neuwied (Lkrs.)	967	682 (-6%)	278 (-12%)	404 (-1%)	302,10 (-7%)	183,94 (-9%)	5,31 (-22%)
07140	Rhein-Hunsrück-Kreis	316	641 (-12%)	235 (-26%)	406 (-1%)	278,69 (-14%)	178,48 (-11%)	5,18 (-24%)
07141	Rhein-Lahn-Kreis	443	648 (-11%)	241 (-24%)	407 (-1%)	285,21 (-12%)	177,53 (-12%)	5,67 (-17%)
07143	Westerwaldkreis	592	624 (-14%)	224 (-29%)	400 (-2%)	268,76 (-17%)	169,98 (-16%)	5,43 (-20%)
07211	Trier (krsfr. St.)	997	734 (+1%)	315 (-1%)	419 (+2%)	325,11 (+1%)	207,94 (+3%)	7,09 (+4%)
07231	Bernkastel-Wittlich (Lkrs.)	372	639 (-12%)	236 (-26%)	403 (-2%)	285,30 (-12%)	187,13 (-7%)	5,59 (-18%)
07232	Eifelkreis Bitburg-Prüm	249	607 (-17%)	206 (-35%)	401 (-2%)	277,30 (-14%)	179,03 (-11%)	5,32 (-22%)
07233	Vulkaneifel (Lkrs.)	206	629 (-13%)	232 (-27%)	397 (-3%)	293,24 (-9%)	181,05 (-10%)	5,60 (-18%)
07235	Trier-Saarburg (Lkrs.)	370	664 (-9%)	248 (-22%)	416 (+1%)	299,80 (-7%)	192,35 (-5%)	6,11 (-10%)
07311	Frankenthal (Pfalz) (krsfr. St.)	302	685 (-6%)	291 (-8%)	394 (-4%)	331,38 (+2%)	201,57 (-0%)	6,85 (+1%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
07312	Kaiserslautern (krsfr. St.)	977	701 (-4%)	294 (-7%)	407 (-1%)	292,11 (-10%)	181,56 (-10%)	6,36 (-7%)
07313	Landau in der Pfalz (krsfr. St.)	184	713 (-2%)	298 (-6%)	415 (+1%)	326,05 (+1%)	208,18 (+3%)	6,82 (+0%)
07314	Ludwigshafen am Rhein (krsfr. St.)	1.149	705 (-3%)	295 (-7%)	410 (+0%)	331,43 (+2%)	201,12 (-0%)	7,21 (+6%)
07315	Mainz (krsfr. St.)	1.265	768 (+6%)	352 (+11%)	416 (+1%)	375,15 (+16%)	236,59 (+17%)	8,82 (+30%)
07316	Neustadt an der Weinstraße (krsfr. St.)	260	674 (-7%)	258 (-19%)	416 (+1%)	313,85 (-3%)	191,31 (-5%)	6,42 (-6%)
07317	Pirmasens (krsfr. St.)	272	657 (-10%)	243 (-23%)	414 (+1%)	265,91 (-18%)	164,09 (-19%)	5,08 (-25%)
07318	Speyer (krsfr. St.)	288	688 (-5%)	285 (-10%)	403 (-2%)	336,87 (+4%)	220,46 (+9%)	7,28 (+7%)
07319	Worms (krsfr. St.)	515	676 (-7%)	289 (-9%)	387 (-6%)	315,96 (-2%)	200,27 (-1%)	6,55 (-4%)
07320	Zweibrücken (krsfr. St.)	179	689 (-5%)	281 (-11%)	408 (-0%)	254,14 (-21%)	158,27 (-22%)	5,50 (-19%)
07331	Alzey-Worms (Lkrs.)	407	691 (-5%)	282 (-11%)	409 (-0%)	335,61 (+4%)	206,08 (+2%)	6,52 (-4%)
07332	Bad Dürkheim (Lkrs.)	350	697 (-4%)	274 (-14%)	423 (+3%)	312,52 (-3%)	188,41 (-7%)	6,22 (-9%)
07333	Donners- bergkreis	208	658 (-9%)	250 (-21%)	408 (-0%)	281,52 (-13%)	179,19 (-11%)	5,87 (-14%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Wohnbedarf		Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
			Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf		Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
07334	Germersheim (Lkrs.)	407	657 (-10%)	256 (-19%)	401 (-2%)	313,98 (-3%)	210,97 (+5%)	6,84 (+0%)
07335	Kaiserslautern (Lkrs.)	263	654 (-10%)	246 (-22%)	408 (-0%)	276,83 (-14%)	183,42 (-9%)	5,80 (-15%)
07336	Kusel (Lkrs.)	168	621 (-15%)	224 (-29%)	397 (-3%)	241,72 (-25%)	156,49 (-22%)	11,25 (+65%)
07337	Südliche Weinstraße (Lkrs.)	341	680 (-6%)	270 (-15%)	410 (+0%)	309,80 (-4%)	212,60 (+5%)	6,34 (-7%)
07338	Rhein-Pfalz-Kreis	283	650 (-11%)	246 (-22%)	404 (-1%)	311,16 (-4%)	190,72 (-5%)	6,59 (-3%)
07339	Mainz-Bingen (Lkrs.)	606	738 (+2%)	317 (+0%)	421 (+3%)	356,64 (+10%)	237,84 (+18%)	7,47 (+10%)
07340	Südwestpfalz (Lkrs.)	147	656 (-10%)	245 (-23%)	411 (+0%)	276,42 (-15%)	193,18 (-4%)	4,89 (-28%)
08	Baden-Württemberg	39.091	726 (-0%)	319 (+1%)	407 (-1%)	341,71 (+6%)	218,21 (+8%)	7,53 (+11%)
08111	Stuttgart (Stadtkreis)	4.167	805 (+11%)	391 (+23%)	414 (+1%)	393,07 (+22%)	258,30 (+28%)	9,12 (+34%)
08115	Böblingen (Lkrs.)	1.029	715 (-2%)	324 (+2%)	391 (-5%)	342,00 (+6%)	220,63 (+9%)	8,01 (+18%)
08116	Esslingen (Lkrs.)	1.460	738 (+2%)	336 (+6%)	402 (-2%)	363,73 (+12%)	226,89 (+13%)	8,20 (+20%)
08117	Göppingen (Lkrs.)	808	679 (-7%)	286 (-10%)	393 (-4%)	346,06 (+7%)	213,37 (+6%)	6,96 (+2%)
08118	Ludwigsburg (Lkrs.)	1.326	729 (+0%)	335 (+6%)	394 (-4%)	361,93 (+12%)	234,28 (+16%)	8,49 (+25%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
08119	Rems-Murr- Kreis	1.311	741 (+2%)	337 (+6%)	404 (-1%)	359,77 (+11%)	217,69 (+8%)	7,45 (+9%)
08121	Heilbronn (Stadtkreis)	614	676 (-7%)	279 (-12%)	397 (-3%)	313,52 (-3%)	202,60 (+0%)	7,22 (+6%)
08125	Heilbronn (Lkrs.)	800	654 (-10%)	266 (-16%)	388 (-5%)	319,20 (-1%)	206,83 (+3%)	6,88 (+1%)
08126	Hohenlohekreis	250	637 (-12%)	240 (-24%)	397 (-3%)	273,61 (-15%)	186,04 (-8%)	6,42 (-6%)
08127	Schwäbisch Hall (Lkrs.)	479	640 (-12%)	246 (-22%)	394 (-4%)	285,00 (-12%)	193,22 (-4%)	6,03 (-11%)
08128	Main-Tauber- Kreis	335	654 (-10%)	251 (-21%)	403 (-2%)	259,94 (-20%)	172,33 (-15%)	5,69 (-16%)
08135	Heidenheim (Lkrs.)	471	700 (-4%)	308 (-3%)	392 (-4%)	333,97 (+3%)	214,45 (+6%)	6,42 (-6%)
08136	Ostalbkreis	699	657 (-10%)	266 (-16%)	391 (-5%)	319,91 (-1%)	205,88 (+2%)	6,40 (-6%)
08211	Baden-Baden (Stadtkreis)	683	736 (+1%)	329 (+4%)	407 (-1%)	345,25 (+7%)	242,15 (+20%)	7,37 (+8%)
08212	Karlsruhe (Stadtkreis)	2.260	765 (+5%)	348 (+10%)	417 (+2%)	377,18 (+17%)	243,92 (+21%)	8,00 (+17%)
08215	Karlsruhe (Lkrs.)	1.000	701 (-4%)	294 (-7%)	407 (-1%)	311,76 (-4%)	210,21 (+4%)	6,77 (-1%)
08216	Rastatt (Lkrs.)	839	681 (-6%)	276 (-13%)	405 (-1%)	298,44 (-8%)	199,57 (-1%)	6,53 (-4%)
08221	Heidelberg (Stadtkreis)	912	760 (+5%)	345 (+9%)	415 (+1%)	354,50 (+10%)	221,60 (+10%)	9,28 (+36%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
08222	Mannheim (Stadtkreis)	2.595	772 (+6%)	347 (+9%)	425 (+4%)	361,64 (+12%)	228,79 (+13%)	7,78 (+14%)
08225	Neckar-Odenwald-Kreis	441	650 (-11%)	256 (-19%)	394 (-4%)	268,27 (-17%)	175,55 (-13%)	5,69 (-16%)
08226	Rhein-Neckar-Kreis	1.528	711 (-2%)	300 (-5%)	411 (+0%)	329,34 (+2%)	215,28 (+7%)	7,27 (+7%)
08231	Pforzheim (Stadtkreis)	782	701 (-4%)	300 (-5%)	401 (-2%)	335,16 (+4%)	219,12 (+9%)	7,38 (+8%)
08235	Calw (Lkrs.)	357	680 (-6%)	280 (-12%)	400 (-2%)	298,48 (-8%)	193,22 (-4%)	6,74 (-1%)
08236	Enzkreis	296	691 (-5%)	277 (-13%)	414 (+1%)	305,09 (-6%)	191,27 (-5%)	8,18 (+20%)
08237	Freudenstadt (Lkrs.)	266	659 (-9%)	251 (-21%)	408 (-0%)	285,54 (-12%)	203,22 (+1%)	6,70 (-2%)
08311	Freiburg im Breisgau (Stadtkreis)	1.468	771 (+6%)	359 (+13%)	412 (+0%)	360,11 (+11%)	237,08 (+18%)	8,87 (+30%)
08315	Breisgau-Hochschwarzwald (Lkrs.)	708	730 (+0%)	314 (-1%)	416 (+1%)	336,70 (+4%)	219,68 (+9%)	7,96 (+17%)
08316	Emmendingen (Lkrs.)	512	741 (+2%)	320 (+1%)	421 (+3%)	320,21 (-1%)	211,80 (+5%)	6,96 (+2%)
08317	Ortenaukreis	1.322	680 (-6%)	276 (-13%)	404 (-1%)	299,00 (-8%)	208,23 (+3%)	6,72 (-1%)
08325	Rottweil (Lkrs.)	400	663 (-9%)	264 (-17%)	399 (-3%)	289,32 (-11%)	197,07 (-2%)	6,20 (-9%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
08326	Schwarzwald-Baar-Kreis	807	694 (-5%)	284 (-10%)	410 (+0%)	297,20 (-8%)	194,34 (-4%)	6,06 (-11%)
08327	Tuttlingen (Lkrs.)	411	658 (-9%)	264 (-17%)	394 (-4%)	292,06 (-10%)	212,63 (+5%)	6,32 (-7%)
08335	Konstanz (Lkrs.)	1.176	745 (+2%)	330 (+4%)	415 (+1%)	355,39 (+10%)	222,88 (+11%)	7,47 (+10%)
08336	Lörrach (Lkrs.)	691	712 (-2%)	303 (-4%)	409 (-0%)	330,28 (+2%)	217,25 (+8%)	7,71 (+13%)
08337	Waldshut (Lkrs.)	466	716 (-2%)	295 (-7%)	421 (+3%)	333,31 (+3%)	206,88 (+3%)	6,37 (-6%)
08415	Reutlingen (Lkrs.)	954	705 (-3%)	304 (-4%)	401 (-2%)	341,21 (+5%)	216,17 (+7%)	7,66 (+12%)
08416	Tübingen (Lkrs.)	592	749 (+3%)	353 (+11%)	396 (-3%)	363,88 (+12%)	227,78 (+13%)	8,14 (+20%)
08417	Zollernalbkreis	361	655 (-10%)	259 (-18%)	396 (-3%)	300,73 (-7%)	190,52 (-6%)	6,28 (-8%)
08421	Ulm (Stadtkreis)	711	729 (+0%)	324 (+2%)	405 (-1%)	344,67 (+7%)	232,60 (+15%)	7,31 (+7%)
08425	Alb-Donau-Kreis	436	677 (-7%)	290 (-9%)	387 (-6%)	317,71 (-2%)	204,10 (+1%)	6,85 (+1%)
08426	Biberach (Lkrs.)	444	661 (-9%)	265 (-16%)	396 (-3%)	296,17 (-8%)	186,01 (-8%)	6,16 (-10%)
08435	Bodenseekreis	756	728 (+0%)	319 (+1%)	409 (-0%)	332,12 (+3%)	238,44 (+18%)	7,22 (+6%)
08436	Ravensburg (Lkrs.)	885	707 (-3%)	308 (-3%)	399 (-3%)	321,05 (-1%)	216,01 (+7%)	6,72 (-1%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
08437	Sigmaringen (Lkrs.)	283	668 (-8%)	266 (-16%)	402 (-2%)	292,35 (-10%)	190,81 (-5%)	5,79 (-15%)
09	Bayern	49.029	752 (+3%)	330 (+4%)	422 (+3%)	346,18 (+7%)	217,20 (+8%)	7,61 (+12%)
09161	Ingolstadt (krsfr. St.)	758	702 (-3%)	304 (-4%)	398 (-3%)	350,97 (+9%)	234,21 (+16%)	7,47 (+10%)
09162	München (krsfr. St.)	11.234	898 (+24%)	445 (+40%)	453 (+10%)	452,76 (+40%)	305,31 (+51%)	11,47 (+68%)
09163	Rosenheim (krsfr. St.)	440	767 (+6%)	345 (+9%)	422 (+3%)	351,34 (+9%)	227,09 (+13%)	8,63 (+27%)
09171	Altötting (Lkrs.)	507	663 (-9%)	267 (-16%)	396 (-3%)	321,44 (-1%)	203,51 (+1%)	6,08 (-11%)
09172	Berchtesgadener Land (Lkrs.)	406	719 (-1%)	318 (+0%)	401 (-2%)	326,63 (+1%)	219,18 (+9%)	7,05 (+4%)
09173	Bad Tölz-Wolfratshausen (Lkrs.)	431	801 (+10%)	374 (+18%)	428 (+4%)	401,96 (+24%)	248,25 (+23%)	8,16 (+20%)
09174	Dachau (Lkrs.)	296	793 (+9%)	383 (+21%)	410 (+0%)	406,36 (+26%)	269,70 (+34%)	9,12 (+34%)
09175	Ebersberg (Lkrs.)	216	814 (+12%)	394 (+24%)	421 (+3%)	412,17 (+27%)	271,08 (+34%)	9,75 (+43%)
09176	Eichstätt (Lkrs.)	121	649 (-11%)	260 (-18%)	389 (-5%)	295,64 (-9%)	191,41 (-5%)	6,29 (-8%)
09177	Erding (Lkrs.)	215	771 (+6%)	359 (+13%)	412 (+0%)	396,11 (+22%)	254,17 (+26%)	8,21 (+21%)
09178	Freising (Lkrs.)	275	794 (+9%)	373 (+18%)	421 (+3%)	386,32 (+19%)	247,76 (+23%)	8,02 (+18%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
09179	Fürstenfeldbruck (Lkrs.)	596	865 (+19%)	437 (+38%)	428 (+4%)	449,85 (+39%)	293,11 (+45%)	9,83 (+44%)
09180	Garmisch- Partenkirchen (Lkrs.)	321	815 (+12%)	370 (+17%)	445 (+9%)	387,80 (+20%)	271,80 (+35%)	8,46 (+24%)
09181	Landsberg am Lech (Lkrs.)	291	771 (+6%)	342 (+8%)	429 (+5%)	379,77 (+17%)	251,33 (+25%)	7,54 (+11%)
09182	Miesbach (Lkrs.)	321	814 (+12%)	383 (+21%)	431 (+5%)	377,92 (+17%)	294,18 (+46%)	11,89 (+75%)
09183	Mühldorf am Inn (Lkrs.)	316	716 (-2%)	294 (-7%)	422 (+3%)	320,25 (-1%)	197,88 (-2%)	6,13 (-10%)
09184	München (Lkrs.)	1.007	884 (+22%)	426 (+34%)	458 (+12%)	459,67 (+42%)	313,20 (+55%)	15,24 (+124 %)
09185	Neuburg- Schrobenhausen (Lkrs.)	136	658 (-9%)	263 (-17%)	394 (-4%)	289,76 (-10%)	194,56 (-4%)	6,73 (-1%)
09186	Pfaffenhofen an der Ilm (Lkrs.)	217	679 (-7%)	284 (-10%)	394 (-4%)	343,05 (+6%)	212,67 (+5%)	6,94 (+2%)
09187	Rosenheim (Lkrs.)	708	748 (+3%)	328 (+3%)	420 (+2%)	351,37 (+9%)	227,84 (+13%)	7,62 (+12%)
09188	Starnberg (Lkrs.)	414	865 (+19%)	431 (+36%)	433 (+6%)	471,65 (+46%)	301,40 (+49%)	9,65 (+42%)
09189	Traunstein (Lkrs.)	624	703 (-3%)	300 (-5%)	403 (-2%)	331,42 (+2%)	214,44 (+6%)	6,65 (-2%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
09190	Weilheim-Schongau (Lkrs.)	345	746 (+3%)	328 (+3%)	418 (+2%)	377,60 (+17%)	237,83 (+18%)	7,48 (+10%)
09261	Landshut (krsfr. St.)	364	728 (+0%)	313 (-1%)	415 (+1%)	344,06 (+6%)	215,04 (+7%)	7,05 (+4%)
09262	Passau (krsfr. St.)	274	685 (-6%)	272 (-14%)	413 (+1%)	303,24 (-6%)	196,84 (-2%)	6,64 (-2%)
09263	Straubing (krsfr. St.)	485	656 (-10%)	253 (-20%)	403 (-2%)	303,83 (-6%)	189,73 (-6%)	5,78 (-15%)
09271	Deggendorf (Lkrs.)	377	666 (-8%)	253 (-20%)	413 (+1%)	280,76 (-13%)	182,04 (-10%)	5,66 (-17%)
09272	Freyung-Grafenau (Lkrs.)	193	579 (-20%)	161 (-49%)	418 (+2%)	231,88 (-28%)	131,54 (-35%)	4,56 (-33%)
09273	Kelheim (Lkrs.)	189	645 (-11%)	242 (-24%)	403 (-2%)	290,87 (-10%)	192,63 (-4%)	5,95 (-13%)
09274	Landshut (Lkrs.)	227	657 (-10%)	249 (-21%)	409 (-0%)	288,70 (-11%)	192,79 (-4%)	5,77 (-15%)
09275	Passau (Lkrs.)	539	647 (-11%)	233 (-26%)	414 (+1%)	274,82 (-15%)	181,66 (-10%)	5,28 (-22%)
09276	Regen (Lkrs.)	144	574 (-21%)	175 (-45%)	399 (-3%)	253,80 (-22%)	148,50 (-26%)	4,62 (-32%)
09277	Rottal-Inn (Lkrs.)	309	643 (-12%)	223 (-30%)	420 (+2%)	266,29 (-18%)	167,35 (-17%)	5,39 (-21%)
09278	Straubing-Bogen (Lkrs.)	191	622 (-14%)	208 (-34%)	415 (+1%)	271,82 (-16%)	173,13 (-14%)	5,31 (-22%)
09279	Dingolfing-Landau (Lkrs.)	144	598 (-18%)	199 (-37%)	399 (-3%)	281,92 (-13%)	191,16 (-5%)	5,78 (-15%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
09361	Amberg (krsfr. St.)	298	651 (-10%)	251 (-21%)	400 (-2%)	293,19 (-9%)	188,99 (-6%)	5,85 (-14%)
09362	Regensburg (krsfr. St.)	985	754 (+4%)	343 (+8%)	411 (+0%)	365,90 (+13%)	222,05 (+10%)	8,37 (+23%)
09363	Weiden i. d. OPf. (krsfr. St.)	404	676 (-7%)	270 (-15%)	407 (-1%)	290,70 (-10%)	182,92 (-9%)	5,64 (-17%)
09371	Amberg-Sulzbach (Lkrs.)	196	638 (-12%)	230 (-27%)	408 (-0%)	276,49 (-15%)	173,98 (-14%)	5,19 (-24%)
09372	Cham (Lkrs.)	213	605 (-17%)	190 (-40%)	416 (+1%)	261,82 (-19%)	167,44 (-17%)	4,69 (-31%)
09373	Neumarkt i. d. OPf. (Lkrs.)	202	677 (-7%)	268 (-15%)	409 (-0%)	287,39 (-11%)	192,35 (-5%)	5,73 (-16%)
09374	Neustadt a. d. Waldnaab (Lkrs.)	205	648 (-11%)	239 (-25%)	409 (-0%)	243,08 (-25%)	161,08 (-20%)	4,71 (-31%)
09375	Regensburg (Lkrs.)	288	657 (-10%)	257 (-19%)	400 (-2%)	305,54 (-6%)	199,17 (-1%)	6,44 (-5%)
09376	Schwandorf (Lkrs.)	343	622 (-14%)	225 (-29%)	398 (-3%)	279,71 (-14%)	173,77 (-14%)	5,18 (-24%)
09377	Tirschenreuth (Lkrs.)	160	647 (-11%)	223 (-30%)	424 (+3%)	248,24 (-23%)	138,99 (-31%)	4,70 (-31%)
09461	Bamberg (krsfr. St.)	445	695 (-4%)	291 (-8%)	404 (-1%)	301,71 (-7%)	187,61 (-7%)	6,51 (-4%)
09462	Bayreuth (krsfr. St.)	485	652 (-10%)	255 (-20%)	397 (-3%)	299,40 (-7%)	184,06 (-9%)	6,29 (-8%)
09463	Coburg (krsfr. St.)	167	685 (-6%)	266 (-16%)	419 (+2%)	277,89 (-14%)	176,19 (-13%)	5,92 (-13%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
09464	Hof (krsfr. St.)	368	624 (-14%)	225 (-29%)	399 (-3%)	269,15 (-17%)	169,51 (-16%)	5,08 (-25%)
09471	Bamberg (Lkrs.)	193	673 (-7%)	269 (-15%)	404 (-1%)	284,88 (-12%)	199,27 (-1%)	5,34 (-22%)
09472	Bayreuth (Lkrs.)	133	665 (-9%)	242 (-24%)	423 (+3%)	286,29 (-11%)	184,26 (-9%)	5,39 (-21%)
09473	Coburg (Lkrs.)	154	631 (-13%)	225 (-29%)	406 (-1%)	262,35 (-19%)	172,78 (-14%)	5,06 (-26%)
09474	Forchheim (Lkrs.)	217	657 (-10%)	255 (-20%)	402 (-2%)	305,69 (-5%)	195,33 (-3%)	5,91 (-13%)
09475	Hof (Lkrs.)	187	619 (-15%)	206 (-35%)	413 (+1%)	253,74 (-22%)	150,01 (-26%)	4,59 (-33%)
09476	Kronach (Lkrs.)	160	614 (-16%)	216 (-32%)	398 (-3%)	235,61 (-27%)	156,68 (-22%)	5,14 (-25%)
09477	Kulmbach (Lkrs.)	136	611 (-16%)	204 (-36%)	406 (-1%)	239,48 (-26%)	153,70 (-24%)	1,74 (-74%)
09478	Lichtenfels (Lkrs.)	113	626 (-14%)	232 (-27%)	394 (-4%)	250,97 (-22%)	163,79 (-19%)	5,12 (-25%)
09479	Wunsiedel im Fichtelgebirge (Lkrs.)	232	613 (-16%)	209 (-34%)	403 (-2%)	237,85 (-26%)	149,08 (-26%)	4,46 (-35%)
09561	Ansbach (krsfr. St.)	212	667 (-8%)	262 (-17%)	405 (-1%)	314,98 (-3%)	196,26 (-3%)	6,28 (-8%)
09562	Erlangen (krsfr. St.)	403	734 (+1%)	326 (+3%)	408 (-0%)	331,31 (+2%)	227,54 (+13%)	7,51 (+10%)
09563	Fürth (krsfr. St.)	678	710 (-2%)	290 (-9%)	420 (+2%)	316,07 (-2%)	201,26 (-0%)	6,87 (+1%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
09564	Nürnberg (krsfr. St.)	5.312	731 (+1%)	312 (-2%)	420 (+2%)	353,90 (+9%)	223,34 (+11%)	7,57 (+11%)
09565	Schwabach (krsfr. St.)	153	686 (-6%)	275 (-13%)	411 (+0%)	319,05 (-1%)	199,62 (-1%)	6,37 (-6%)
09571	Ansbach (Lkrs.)	303	652 (-10%)	242 (-24%)	410 (+0%)	278,08 (-14%)	179,40 (-11%)	5,38 (-21%)
09572	Erlangen-Höch- stadt (Lkrs.)	138	670 (-8%)	273 (-14%)	397 (-3%)	311,47 (-4%)	204,69 (+1%)	6,25 (-8%)
09573	Fürth (Lkrs.)	199	712 (-2%)	289 (-9%)	423 (+3%)	324,94 (+0%)	205,73 (+2%)	6,16 (-10%)
09574	Nürnberger Land (Lkrs.)	266	699 (-4%)	278 (-12%)	421 (+3%)	319,08 (-1%)	200,54 (-1%)	6,38 (-6%)
09575	Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim (Lkrs.)	153	659 (-9%)	249 (-21%)	410 (+0%)	271,96 (-16%)	171,74 (-15%)	5,17 (-24%)
09576	Roth (Lkrs.)	249	688 (-5%)	276 (-13%)	412 (+0%)	316,01 (-2%)	196,83 (-2%)	6,03 (-11%)
09577	Weißenburg- Gunzenhausen (Lkrs.)	228	638 (-12%)	239 (-25%)	399 (-3%)	280,84 (-13%)	175,23 (-13%)	5,25 (-23%)
09661	Aschaffenburg (krsfr. St.)	515	714 (-2%)	314 (-1%)	400 (-2%)	355,11 (+10%)	225,38 (+12%)	7,27 (+7%)
09662	Schweinfurt (krsfr. St.)	426	653 (-10%)	258 (-19%)	395 (-4%)	296,45 (-8%)	200,79 (-0%)	7,21 (+6%)
09663	Würzburg (krsfr. St.)	1.007	700 (-4%)	289 (-9%)	411 (+0%)	323,25 (-0%)	232,14 (+15%)	7,31 (+7%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohn- bedarfe je Person		Tat- säch- liche Brutto- kalt- miete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohn- bedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohn- bedarf	Allein- stehen- de	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
09671	Aschaffenburg (Lkrs.)	314	681 (-6%)	286 (-10%)	396 (-3%)	327,27 (+1%)	204,36 (+1%)	6,36 (-7%)
09672	Bad Kissingen (Lkrs.)	288	638 (-12%)	233 (-26%)	405 (-1%)	255,83 (-21%)	165,48 (-18%)	4,91 (-28%)
09673	Rhön-Grabfeld (Lkrs.)	177	609 (-16%)	219 (-31%)	390 (-5%)	231,21 (-29%)	143,80 (-29%)	4,99 (-27%)
09674	Haßberge (Lkrs.)	130	628 (-14%)	217 (-32%)	410 (+0%)	250,88 (-22%)	163,40 (-19%)	5,16 (-24%)
09675	Kitzingen (Lkrs.)	173	616 (-15%)	205 (-35%)	411 (+0%)	254,27 (-21%)	154,81 (-23%)	5,29 (-22%)
09676	Miltenberg (Lkrs.)	308	650 (-11%)	253 (-20%)	396 (-3%)	283,78 (-12%)	179,64 (-11%)	5,78 (-15%)
09677	Main-Spessart (Lkrs.)	191	643 (-12%)	231 (-27%)	412 (+0%)	250,47 (-23%)	172,15 (-15%)	5,09 (-25%)
09678	Schweinfurt (Lkrs.)	154	662 (-9%)	260 (-18%)	402 (-2%)	262,94 (-19%)	162,45 (-19%)	4,93 (-28%)
09679	Würzburg (Lkrs.)	282	680 (-6%)	255 (-20%)	425 (+4%)	300,41 (-7%)	209,64 (+4%)	7,92 (+16%)
09761	Augsburg (krsfr. St.)	2.603	715 (-2%)	313 (-1%)	402 (-2%)	334,60 (+3%)	213,00 (+6%)	7,40 (+9%)
09762	Kaufbeuren (krsfr. St.)	236	668 (-8%)	264 (-17%)	404 (-1%)	292,01 (-10%)	186,72 (-7%)	6,20 (-9%)
09763	Kempten (All- gäu) (krsfr. St.)	442	722 (-1%)	308 (-3%)	414 (+1%)	346,38 (+7%)	232,69 (+15%)	7,05 (+4%)
09764	Memmingen (krsfr. St.)	216	662 (-9%)	250 (-21%)	412 (+0%)	267,58 (-17%)	167,54 (-17%)	6,18 (-9%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
09771	Aichach-Friedberg (Lkrs.)	207	682 (-6%)	271 (-15%)	411 (+0%)	308,19 (-5%)	215,51 (+7%)	6,49 (-5%)
09772	Augsburg (Lkrs.)	501	709 (-2%)	300 (-5%)	409 (-0%)	325,80 (+1%)	218,02 (+8%)	6,62 (-3%)
09773	Dillingen a. d. Donau (Lkrs.)	224	637 (-12%)	237 (-25%)	400 (-2%)	288,20 (-11%)	183,93 (-9%)	5,74 (-16%)
09774	Günzburg (Lkrs.)	245	598 (-18%)	218 (-31%)	381 (-7%)	273,64 (-15%)	174,54 (-13%)	5,74 (-16%)
09775	Neu-Ulm (Lkrs.)	506	723 (-1%)	305 (-4%)	418 (+2%)	333,10 (+3%)	228,06 (+13%)	7,28 (+7%)
09776	Lindau (Bodensee) (Lkrs.)	323	775 (+7%)	337 (+6%)	438 (+7%)	349,54 (+8%)	233,17 (+16%)	7,39 (+9%)
09777	Ostallgäu (Lkrs.)	231	693 (-5%)	274 (-14%)	419 (+2%)	305,67 (-5%)	194,66 (-3%)	6,13 (-10%)
09778	Unterallgäu (Lkrs.)	172	670 (-8%)	240 (-24%)	430 (+5%)	249,51 (-23%)	170,39 (-16%)	5,46 (-20%)
09779	Donau-Ries (Lkrs.)	213	640 (-12%)	238 (-25%)	402 (-2%)	268,84 (-17%)	179,70 (-11%)	5,52 (-19%)
09780	Oberallgäu (Lkrs.)	441	727 (+0%)	308 (-3%)	419 (+2%)	320,81 (-1%)	213,08 (+6%)	6,25 (-8%)
10	Saarland	6.196	715 (-2%)	304 (-4%)	411 (+0%)	316,43 (-2%)	198,41 (-2%)	6,41 (-6%)
10041	Regionalverband Saarbrücken	3.174	736 (+1%)	328 (+3%)	408 (-0%)	336,26 (+4%)	211,95 (+5%)	6,68 (-2%)
10042	Merzig-Wadern (Lkrs.)	359	674 (-7%)	252 (-21%)	422 (+3%)	269,51 (-17%)	175,51 (-13%)	5,68 (-17%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
						Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
10043	Neunkirchen (Lkrs.)	824	693 (-5%)	282 (-11%)	411 (+0%)	312,14 (-3%)	191,11 (-5%)	6,49 (-5%)
10044	Saarlouis (Lkrs.)	857	690 (-5%)	275 (-13%)	415 (+1%)	305,72 (-5%)	191,75 (-5%)	6,18 (-9%)
10045	Saarpfalz-Kreis	624	703 (-3%)	291 (-8%)	412 (+0%)	289,13 (-11%)	181,96 (-10%)	6,08 (-11%)
10046	St. Wendel (Lkrs.)	358	703 (-3%)	291 (-8%)	412 (+0%)	267,28 (-17%)	158,78 (-21%)	5,33 (-22%)
11	Berlin	31.839	725 (-0%)	324 (+2%)	401 (-2%)	354,85 (+10%)	222,09 (+10%)	7,50 (+10%)
11000	Berlin (krsfr. St.)	31.839	725 (-0%)	324 (+2%)	401 (-2%)	354,85 (+10%)	222,09 (+10%)	7,50 (+10%)
12	Brandenburg	5.972	689 (-5%)	287 (-9%)	402 (-2%)	285,91 (-12%)	176,61 (-12%)	6,05 (-11%)
12051	Brandenburg a. d. Havel (krsfr. St.)	318	682 (-6%)	282 (-11%)	400 (-2%)	294,86 (-9%)	189,55 (-6%)	5,70 (-16%)
12052	Cottbus (krsfr. St.)	374	693 (-5%)	290 (-9%)	403 (-2%)	306,47 (-5%)	195,36 (-3%)	6,13 (-10%)
12053	Frankfurt (Oder) (krsfr. St.)	294	657 (-10%)	258 (-19%)	399 (-3%)	285,37 (-12%)	188,07 (-7%)	5,94 (-13%)
12054	Potsdam (krsfr. St.)	764	751 (+3%)	346 (+9%)	405 (-1%)	334,76 (+3%)	228,49 (+13%)	7,11 (+4%)
12060	Barnim (Lkrs.)	301	656 (-10%)	256 (-19%)	400 (-2%)	276,82 (-14%)	175,43 (-13%)	5,88 (-14%)
12061	Dahme-Spree-wald (Lkrs.)	381	676 (-7%)	278 (-12%)	398 (-3%)	292,64 (-10%)	185,77 (-8%)	6,52 (-4%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
12062	Elbe-Elster (Lkrs.)	166	641 (-12%)	236 (-26%)	405 (-1%)	268,20 (-17%)	148,93 (-26%)	5,46 (-20%)
12063	Havelland (Lkrs.)	403	702 (-3%)	298 (-6%)	404 (-1%)	287,10 (-11%)	173,74 (-14%)	6,03 (-11%)
12064	Märkisch-Oderland (Lkrs.)	242	642 (-12%)	241 (-24%)	401 (-2%)	262,25 (-19%)	161,28 (-20%)	5,72 (-16%)
12065	Oberhavel (Lkrs.)	476	681 (-6%)	283 (-11%)	398 (-3%)	283,15 (-12%)	179,51 (-11%)	6,24 (-8%)
12066	Oberspreewald-Lausitz (Lkrs.)	215	665 (-9%)	270 (-15%)	395 (-4%)	294,08 (-9%)	182,34 (-10%)	5,77 (-15%)
12067	Oder-Spree (Lkrs.)	365	692 (-5%)	289 (-9%)	403 (-2%)	283,57 (-12%)	179,05 (-11%)	7,42 (+9%)
12068	Ostprignitz-Ruppin (Lkrs.)	244	662 (-9%)	270 (-15%)	392 (-4%)	258,53 (-20%)	157,49 (-22%)	5,49 (-19%)
12069	Potsdam-Mittelmark (Lkrs.)	364	715 (-2%)	304 (-4%)	411 (+0%)	290,17 (-10%)	174,32 (-14%)	6,12 (-10%)
12070	Prignitz (Lkrs.)	190	684 (-6%)	282 (-11%)	402 (-2%)	272,67 (-16%)	166,55 (-17%)	5,15 (-24%)
12071	Spree-Neiße (Lkrs.)	245	682 (-6%)	281 (-11%)	401 (-2%)	277,03 (-14%)	174,30 (-14%)	5,65 (-17%)
12072	Teltow-Fläming (Lkrs.)	312	697 (-4%)	286 (-10%)	411 (+0%)	286,40 (-11%)	178,71 (-11%)	5,80 (-15%)
12073	Uckermark (Lkrs.)	318	684 (-6%)	286 (-10%)	398 (-3%)	286,53 (-11%)	173,91 (-14%)	5,75 (-16%)
13	Mecklenburg-Vorpommern	4.670	678 (-7%)	276 (-13%)	402 (-2%)	280,65 (-13%)	176,71 (-12%)	5,97 (-12%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
13003	Rostock (krsfr. St.)	1.032	707 (-3%)	307 (-3%)	400 (-2%)	327,98 (+1%)	216,73 (+7%)	6,95 (+2%)
13004	Schwerin (krsfr. St.)	848	641 (-12%)	236 (-26%)	405 (-1%)	288,42 (-11%)	195,42 (-3%)	6,00 (-12%)
13071	Mecklenburgische Seenplatte (Lkrs.)	482	663 (-9%)	269 (-15%)	394 (-4%)	279,84 (-13%)	170,69 (-15%)	5,61 (-18%)
13072	Landkreis Rostock (Lkrs.)	320	669 (-8%)	273 (-14%)	396 (-3%)	275,96 (-15%)	168,91 (-16%)	5,94 (-13%)
13073	Vorpommern-Rügen (Lkrs.)	475	682 (-6%)	279 (-12%)	403 (-2%)	248,84 (-23%)	170,92 (-15%)	5,49 (-19%)
13074	Nordwestmecklenburg (Lkrs.)	503	694 (-5%)	286 (-10%)	408 (-0%)	286,28 (-11%)	182,01 (-10%)	6,06 (-11%)
13075	Vorpommern-Greifswald (Lkrs.)	571	688 (-5%)	278 (-12%)	410 (+0%)	269,68 (-17%)	167,36 (-17%)	5,78 (-15%)
13076	Ludwigslust-Parchim (Lkrs.)	439	669 (-8%)	273 (-14%)	396 (-3%)	266,60 (-18%)	164,94 (-18%)	5,57 (-18%)
14	Sachsen	8.535	663 (-9%)	262 (-17%)	401 (-2%)	270,29 (-16%)	171,89 (-15%)	5,72 (-16%)
14511	Chemnitz (krsfr. St.)	899	646 (-11%)	247 (-22%)	399 (-3%)	282,89 (-13%)	183,64 (-9%)	5,65 (-17%)
14521	Erzgebirgskreis	364	647 (-11%)	252 (-21%)	395 (-4%)	246,21 (-24%)	159,22 (-21%)	5,12 (-25%)
14522	Mittelsachsen (Lkrs.)	355	667 (-8%)	267 (-16%)	400 (-2%)	266,16 (-18%)	158,70 (-21%)	5,45 (-20%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
14523	Vogtlandkreis	303	628 (-14%)	225 (-29%)	403 (-2%)	251,98 (-22%)	156,55 (-22%)	4,79 (-30%)
14524	Zwickau (Lkrs.)	482	663 (-9%)	261 (-18%)	402 (-2%)	266,43 (-18%)	167,88 (-17%)	5,44 (-20%)
14612	Dresden (krsfr. St.)	1.599	681 (-6%)	282 (-11%)	399 (-3%)	292,38 (-10%)	202,66 (+0%)	7,19 (+6%)
14625	Bautzen (Lkrs.)	356	646 (-11%)	249 (-21%)	397 (-3%)	265,92 (-18%)	160,91 (-20%)	5,54 (-19%)
14626	Görlitz (Lkrs.)	458	644 (-11%)	243 (-23%)	401 (-2%)	257,17 (-20%)	165,46 (-18%)	5,27 (-23%)
14627	Meißen (Lkrs.)	413	657 (-10%)	255 (-20%)	402 (-2%)	263,08 (-19%)	166,78 (-17%)	5,68 (-17%)
14628	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Lkrs.)	344	664 (-9%)	264 (-17%)	400 (-2%)	274,20 (-15%)	180,97 (-10%)	5,81 (-15%)
14713	Leipzig (krsfr. St.)	2.290	674 (-7%)	269 (-15%)	405 (-1%)	275,33 (-15%)	186,67 (-7%)	5,65 (-17%)
14729	Leipzig (Lkrs.)	384	657 (-10%)	261 (-18%)	396 (-3%)	288,73 (-11%)	170,23 (-16%)	5,82 (-15%)
14730	Nordsachsen (Lkrs.)	287	645 (-11%)	250 (-21%)	395 (-4%)	247,74 (-23%)	150,56 (-25%)	5,39 (-21%)
15	Sachsen-Anhalt	5.371	660 (-9%)	265 (-16%)	395 (-4%)	269,18 (-17%)	159,40 (-21%)	5,64 (-17%)
15001	Dessau-Roßlau (krsfr. St.)	307	669 (-8%)	275 (-13%)	394 (-4%)	300,92 (-7%)	185,91 (-8%)	5,77 (-15%)
15002	Halle (Saale) (krsfr. St.)	847	678 (-7%)	275 (-13%)	403 (-2%)	292,66 (-10%)	186,92 (-7%)	6,06 (-11%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
15003	Magdeburg (krsfr. St.)	951	690 (-5%)	282 (-11%)	408 (-0%)	286,52 (-11%)	177,74 (-12%)	6,00 (-12%)
15081	Altmarkkreis Salzwedel	177	648 (-11%)	258 (-19%)	390 (-5%)	249,91 (-23%)	153,20 (-24%)	5,23 (-23%)
15082	Anhalt-Bitterfeld (Lkrs.)	336	662 (-9%)	274 (-14%)	388 (-5%)	283,42 (-12%)	169,01 (-16%)	5,92 (-13%)
15083	Börde (Lkrs.)	290	629 (-13%)	246 (-22%)	383 (-7%)	257,84 (-20%)	156,22 (-23%)	5,43 (-20%)
15084	Burgenlandkreis	380	668 (-8%)	269 (-15%)	399 (-3%)	275,05 (-15%)	159,60 (-21%)	5,60 (-18%)
15085	Harz (Lkrs.)	457	640 (-12%)	252 (-21%)	388 (-5%)	255,21 (-21%)	150,72 (-25%)	5,33 (-22%)
15086	Jerichower Land (Lkrs.)	128	658 (-9%)	259 (-18%)	399 (-3%)	249,56 (-23%)	140,68 (-30%)	5,35 (-21%)
15087	Mansfeld-Südharz (Lkrs.)	282	654 (-10%)	260 (-18%)	394 (-4%)	260,19 (-20%)	141,94 (-30%)	5,43 (-20%)
15088	Saalekreis	313	650 (-11%)	273 (-14%)	377 (-8%)	277,92 (-14%)	159,19 (-21%)	5,78 (-15%)
15089	Salzlandkreis	398	637 (-12%)	244 (-23%)	393 (-4%)	239,72 (-26%)	148,48 (-26%)	5,34 (-22%)
15090	Stendal (Lkrs.)	219	633 (-13%)	243 (-23%)	390 (-5%)	250,07 (-23%)	144,54 (-28%)	5,28 (-22%)
15091	Wittenberg (Lkrs.)	286	632 (-13%)	244 (-23%)	388 (-5%)	254,66 (-21%)	146,18 (-28%)	5,34 (-22%)
16	Thüringen	3.947	662 (-9%)	264 (-17%)	398 (-3%)	264,98 (-18%)	165,85 (-18%)	5,78 (-15%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
								in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)
16051	Erfurt (krsfr. St.)	821	685 (-6%)	284 (-10%)	401 (-2%)	308,54 (-5%)	206,10 (+2%)	6,50 (-5%)
16052	Gera (krsfr. St.)	251	657 (-10%)	261 (-18%)	396 (-3%)	260,63 (-19%)	173,64 (-14%)	5,44 (-20%)
16053	Jena (krsfr. St.)	314	652 (-10%)	260 (-18%)	392 (-4%)	279,11 (-14%)	199,17 (-1%)	6,81 (+0%)
16054	Suhl (krsfr. St.)	58	671 (-8%)	266 (-16%)	405 (-1%)	264,37 (-18%)	170,49 (-15%)	5,58 (-18%)
16055	Weimar (krsfr. St.)	198	682 (-6%)	288 (-9%)	394 (-4%)	303,01 (-6%)	194,46 (-4%)	6,12 (-10%)
16056	Eisenach (krsfr. St.)	141	693 (-5%)	295 (-7%)	398 (-3%)	307,18 (-5%)	190,39 (-6%)	6,06 (-11%)
16061	Eichsfeld (Lkrs.)	118	635 (-13%)	247 (-22%)	388 (-5%)	238,06 (-26%)	151,82 (-25%)	6,21 (-9%)
16062	Nordhausen (Lkrs.)	127	632 (-13%)	238 (-25%)	394 (-4%)	249,99 (-23%)	159,55 (-21%)	5,65 (-17%)
16063	Wartburgkreis	140	639 (-12%)	242 (-24%)	397 (-3%)	247,26 (-24%)	152,70 (-24%)	5,35 (-21%)
16064	Unstrut-Hainich-Kreis	203	646 (-11%)	249 (-21%)	397 (-3%)	266,80 (-18%)	153,46 (-24%)	5,46 (-20%)
16065	Kyffhäuserkreis	111	638 (-12%)	238 (-25%)	400 (-2%)	245,43 (-24%)	142,69 (-29%)	5,85 (-14%)
16066	Schmalkalden-Meiningen (Lkrs.)	103	683 (-6%)	287 (-9%)	396 (-3%)	252,99 (-22%)	156,92 (-22%)	5,67 (-17%)
16067	Gotha (Lkrs.)	186	629 (-13%)	238 (-25%)	391 (-5%)	245,55 (-24%)	153,80 (-24%)	5,31 (-22%)

AGS	Gebiet	Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen ab 65 Jahren am 31.12.2012				Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II Mitte Dezember 2013		
						Lfd. Wohnbedarfe je Person		Tatsächliche Bruttokaltmiete je qm
		Anzahl	Lfd. Bedarf	Lfd. Wohnbedarf	Lfd. Bedarf ohne Wohnbedarf	Alleinstehende	Paare	
in EUR im Dezember (Abweichung vom Bundesdurchschnitt)								
16068	Sömmerda (Lkrs.)	101	627 (-14%)	230 (-27%)	397 (-3%)	219,69 (-32%)	131,19 (-35%)	5,34 (-22%)
16069	Hildburghausen (Lkrs.)	60	628 (-14%)	226 (-29%)	402 (-2%)	227,88 (-30%)	136,99 (-32%)	5,47 (-20%)
16070	Ilm-Kreis	224	669 (-8%)	267 (-16%)	402 (-2%)	255,60 (-21%)	159,49 (-21%)	5,62 (-17%)
16071	Weimarer Land (Lkrs.)	98	679 (-7%)	262 (-17%)	417 (+2%)	261,89 (-19%)	152,04 (-25%)	5,66 (-17%)
16072	Sonneberg (Lkrs.)	77	649 (-11%)	256 (-19%)	393 (-4%)	258,46 (-20%)	167,31 (-17%)	5,31 (-22%)
16073	Saalfeld-Rudolstadt (Lkrs.)	141	657 (-10%)	256 (-19%)	401 (-2%)	258,64 (-20%)	172,08 (-15%)	5,69 (-16%)
16074	Saale-Holzland-Kreis	89	688 (-5%)	304 (-4%)	384 (-6%)	284,16 (-12%)	173,67 (-14%)	5,78 (-15%)
16075	Saale-Orla-Kreis	96	655 (-10%)	263 (-17%)	392 (-4%)	242,43 (-25%)	153,12 (-24%)	5,50 (-19%)
16076	Greiz (Lkrs.)	107	650 (-11%)	253 (-20%)	397 (-3%)	263,19 (-19%)	159,78 (-21%)	5,15 (-24%)
16077	Altenburger Land (Lkrs.)	183	665 (-9%)	257 (-19%)	408 (-0%)	254,84 (-21%)	164,86 (-18%)	5,48 (-20%)

Anmerkung: Gebietszuordnung beim SGB XII anhand der Trägerzuständigkeit (Bayern, Sachsen und Bund einschließlich nicht separat dargestellter überörtlicher Träger); Lfd. Bedarf: durchschnittliche laufende monatliche Bruttobedarfe ohne Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 Abs. 1-6 SGB XII), Übernahme von Mietschulden (§ 36 SGB XII), ergänzende Darlehen (§ 37 SGB XII) und einmalige Bedarfe (§ 31 SGB XII); Lfd. Wohnbedarf (SGB XII): durchschnittliche monatliche Bruttobedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII; Lfd. Wohnbedarf je Person (SGB II): durchschnittliche anerkannte laufende monatlichen Kosten für Unterkunft und Heizung (ohne Warmwasser); durchschnittliche tatsächliche laufende monatliche Bruttokaltmieten (laufende Nettokaltmiete und laufende Betriebskosten, nicht jedoch Heiz- und Warmwasserkosten) je Quadratmeter Wohnfläche; AGS: erste zwei bzw. fünf Stellen des Amtlichen Gemeindegchlüssels; zum SGB II vgl. auch Kasten auf S. 46 in Kapitel 5; zum Vergleich zwischen SGB XII und SGB II vgl. Tabelle 4 in Kapitel 5.

Quelle: Regional differenzierte Ergebnisse zum SGB II auf Kreisebene: Statistik der Bundesagentur für Arbeit [2014a, S. 6-7]; Empfängerstatistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2012 (Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt; regional differenzierte Sonderauswertung: © Statistische Ämter der Länder, 2014); eigene Berechnungen.